

1918

2018



100 JAHRE REVOLUTION IN DEUTSCHLAND

Broschüre
„Alle Macht den Räten!“
100 Jahre Revolution in Deutschland



Hrsg.]: Radikale Linke Berlin (RLB) / North East Antifascists (NEA) / Berlin Leftist Youth (BLY)

Impressum

Erschienen

Berlin | 2018 (1. Auflage)

V.i.S.d.P.

Ina Konnopke

Friedrichstraße 208

10969 Berlin

Coverartwork von

„Stoppelbart“

**Medien- und
Vertriebspartnerschaften**



re:volt magazine | www.revoltmag.org

Wir hoffen, die Broschüre gefällt euch. Bitte spendet für antifaschistische Arbeit in Berlin. Wir können freundlicherweise das Konto der Antifa-Nordost bei der Berliner VVN-BdA nutzen.

Berliner VVN-BdA e.V.

IBAN: DE90100500000013302663

BIC: BELADEBE

Verwendungszweck: NEA-Broschüre



Fire & Flames | www.fireandflames.com

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Name“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nicht-Aushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nicht-Aushändigung zurückzusenden.

Herausgeber*innen:



| Kontakt: RLB mail@radikale-linke.net | NEA nea@riseup.net | BLY b-l-y@riseup.net |

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Historische Beiträge

Vorwort.....	S.1
Protest statt Krieg.....	S.10
Vorboten des Novembers.....	S.13
100 Jahre Revolutionsstadt Kiel.....	S.18
Revolutions-Comic (Kunst und Kampf).....	S.20
Wer waren die revolutionären Obleute?.....	S.28
Vor 100 Jahren: Frauen dürfen wählen!.....	S.31
Generalstreik und Repression.....	S.35
Die Bayerische Räterepublik.....	S.42

Teil II: Debattenbeiträge

Kritik der Sozialdemokratie.....	S.52
100 Jahre: Reform oder Revolution?.....	S.57
Revolution statt Himmelfahrtskommando.....	S.62
Der Militarismus.....	S.74
Alle Macht den Räten!.....	S.79
Chronik der Ereignisse.....	S.82

Vorwort

/ Nick Brauns

*Ausgehend von der Matrosenrevolte bei der Kriegsmarine stürzten revolutionäre Arbeiter*innen und Soldaten am 9. November 1918 den deutschen Kaiser Wilhelm II. Sie erzwangen das Ende eines mörderischen Krieges, in dem seit Sommer 1914 Millionen Arbeiter in Uniform auf den Schlachtfeldern für die Interessen der kapitalistischen Monopole verblutet waren. Der Wunsch nach Frieden war die treibende Kraft der Novemberrevolution. Doch Uneinigkeit bestand innerhalb der Arbeiter*innenbewegung darin, was das Ziel der Revolution sein sollte, und wie der Frieden dauerhaft zu sichern war.*

Als im Sommer 1914 die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten über die (Neu-)Aufteilung der Erde unter den verschiedenen Kapitalverbänden zum Kriegsausbruch führten, waren die Führungen der Sozialdemokratie in Deutschland, Frankreich und anderen Staaten Europas alle Grundsätze von Frieden, Sozialismus und Geschwisterlichkeit der Völker über Bord. Einer Kaste von Berufspolitikern und Funktionären, die nicht mehr für, sondern von der Partei lebten, ging es schon lange nicht mehr um die Überwindung des Kapitalismus. Ihr Ziel bestand vielmehr darin, nicht länger politisch von den Herrschenden ausgegrenzt zu werden, sondern endlich im bestehenden System anzukommen. Stützen konnten sich diese sozialdemokratischen „Realos“ innerhalb des imperialistischen Systems auf eine konservative „Arbeiter*innenaristokratie“, also eine durch koloniale Extraprofite korrumpierte Schicht innerhalb der Arbeiter*innenklasse, die mehr als nur „ihre Ketten zu verlieren“ hatte.

Die SPD-Führung verband mit der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 die Hoffnung, endlich das Stigma der „vaterlandslosen Gesellen“ abzulegen und nach dem Krieg mit einer Parlamentarisierung des Kaiserreiches und der Einbindung in die Regierung belohnt zu werden. Umgekehrt befürchteten die SPD-Führer, im Falle von Widerstand gegen den Kriegskurs, die staatliche Zerschlagung des Parteiapparates und das Verbot ihrer umfangreichen Presse. Am 2. Dezember 1914 verweigerte sich als einziger Abgeordneter Karl Liebknecht der Fraktionsdisziplin und stimmte gegen die erneuten Kriegskredite. Sein „Nein!“ wurde zum Fanal für Kriegsgegner*innen, die sich insbesondere unter der Arbeiterjugend fanden und einen Einzug zur Truppe befürchten mussten. Im zweiten Kriegsjahr 1915 waren die Illusionen der Herrschenden vom schnellen Sieg geplatzt. An der West – und ab Herbst auch an der Ostfront - standen sich die Heere in Stellungskriegen gegenüber. Die

Zahl der Toten und Verwundeten ging in die Millionen. Hunger und Entbehrung machten sich auch an der Heimatfront breit. Ab März 1915 gab es erste Ansätze von Antikriegsprotesten in Deutschland. Im darauffolgenden Jahr, als in der Schlacht von Verdun auf beiden Seiten der Front hunderttausende Arbeiter in Uniform starben, war der „Burgfrieden“, den die „Vaterlandsverteidiger“ der rechten Sozialdemokratie im Einklang mit der Bourgeoisie verkündet hatten, ersten Erschütterungen ausgesetzt. Bei der erneuten Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite am 24. März schlossen sich erstmals 18 weitere SPD-Abgeordnete dem „Nein“ Karl Liebknechts und Otto Rühles an. Die Abtrünnigen wurden wegen Bruch der Fraktionsdisziplin aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen. Im April 1917 konstituierten sich die aus der SPD ausgeschlossenen oder ausgetretenen Kriegsgegner*innen als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (USPD). Diese zählte anfangs 120.000 Mitglieder – halb so viele, wie die kriegsbefürwortende SPD, die sich nun „Mehrheitssozialdemokraten“ (MSPD) nannte. Den linken Flügel der USPD bildete die marxistische Gruppe Internationale – der spätere „Spartakusbund“ – um Wilhelm Pieck, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, Käthe und Herrmann Dunker.

Eine Streikbewegung in mehreren großen Städten trat im April 1917 für eine Anhebung der Kohle- und Brotrationen, aber auch bereits für politische Forderungen nach demokratischen Rechten und einem Friedensschluss ein. Im Sommer kam es auf mehreren Schiffen der Kriegsmarine zu Protesten. Die Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis wurden als „Rädelsführer“ hingerichtet. In Russland eroberten im November 1917 die seit dem Sturz des Zaren in der Februarrevolution in Räten organisierten revolutionären Arbeiter*innen, Bäuer*innen und Soldaten unter Führung der Bolschewiki die Macht. Die unter der Losung „Brot, Land und Frieden“ erfolgte Oktoberrevolution war die Konsequenz aus

der fortgesetzten Weigerung der von gemäßigten Sozialdemokrat*innen geführten provisorischen Regierung in Russland, dem Wunsch der Massen nach einem sofortigen Friedensschluss nachzukommen. Entsprechend bestand die erste Handlung der russischen Räteregierung in der Verkündung des Dekrets über den Frieden. Lenins Friedensappell an die Arbeiter*innen der kriegsführenden Staaten wurde erhört, wie eine Massenstreikwelle im Januar 1918 zeigte. Von Groß-Berlin, wo auf Initiative des im Untergrund geknüpften Netzwerkes der Revolutionären Obleute eine halbe Million Arbeiter*innen die Arbeit niedergelegt hatten, griff die Bewegung auf Rüstungsbetriebe, Werften und Zechen in ganz Deutschland über. Ihre Forderungen waren die schnelle Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen, die Hinzuziehung von Arbeitervvertreter*innen aller Länder zu Friedensverhandlungen, eine tiefgreifende Demokratisierung des Staates, die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Hilfsdienstgesetzes zur Arbeitsverpflichtung in der Rüstungsindustrie, politische Amnestie und bessere Lebensmittelversorgung. Doch die MSPD-Führung stellte sich mit der Absicht an die Spitze der Streikbewegung, diese schnell wieder abzuwürgen. So endete die Generalprobe der Novemberrevolution mit einer Niederlage.

Im Herbst 1918 musste die Oberste Heeresleitung (OHL) einsehen, dass die deutsche Kriegsniederlage unvermeidbar war. Um einen vollständigen Zusammenbruch der Fronten und die drohende Besetzung Deutschlands durch Truppen der Entente abzuwenden, musste der Krieg um jeden Preis beendet werden. General Erich Ludendorff, Erster Generalquartiermeister in der von Paul von Hindenburg geführten Obersten Heeresleitung, war sich bewusst, dass die Entente nicht mit den alten Machthabern in Friedensverhandlungen treten würde. Zudem hatten Ludendorff und Hindenburg ein dringendes Interesse, die Verantwortung für den drohenden Zusammenbruch auf die zivilen Kräfte im Reich abzuwälzen und damit die Legende vom „Dolchstoß“ der Heimat gegen die „im Felde unbesiegte Truppe“ in die Welt zu setzen. Unter Reichskanzler Max von Baden wurde eine neue Regierung gebildet, die sich auf die Reichstagsmehrheit aus katholischem Zentrum, liberaler Fortschrittspartei und MSPD stützte. Durch eine Verfassungsreform vom 28. Oktober wurde das Kaiserreich auf dem Papier zu einer parlamentarischen Monarchie. Die Hoffnung der Herrschenden, so die drohende Revolution und den Sturz des Kaisers zu verhindern, erfüllte sich nicht. Die Anordnung eines Himmelfahrtskommandos der Kriegsmarine gegen England durch die deutsche Admiralität sollte am



Heinrich Ehmsen: Execution by Firing Squad (Red Jacket) (1919)

folgenden Tag der Funke sein, der die Revolution auslöste. Die rebellierenden Soldaten und Arbeiter*innen schlossen sich in Räten zusammen, die nun im ganzen Land die Macht übernahmen. Doch die Führung der MSPD, die sich bereits mit der Parlamentarisierung des Reiches am Ziel ihrer Wünsche sah, setzte nun auf die Verteidigung des Status Quo. Ihr Vorsitzender Friedrich Ebert, der nach eigenem Bekenntnis die „Revolution hasste, wie die Sünde“, ließ sich am 9. November von Max von Baden zum neuen Reichskanzler ernennen. Als neue Regierung bildete sich ein Rat der Volksbeauftragten aus je drei Vertretern der MSPD und USPD. Der rechte Sozialdemokrat Philipp Scheidemann rief vom Reichstag eine „freie deutsche Republik“ aus.

Doch kurz darauf erfolgte die Ausrufung einer „freien sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht vom Spartakusbund. „Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen“, verkündete Liebknecht vom Portal des Berliner Stadtschlusses vor einer Menge revolutionärer Arbeiter*innen und Soldaten mit roten Fahnen. „Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit.“ Die revolutionären Sozialist*innen sahen die Aufgabe der Revolution darin, nicht nur einen Friedensschluss herbeizuführen, sondern das kapitalistische System selbst als Ursache des Krieges zu beseitigen. Denn erst so konnten die Bedingungen für einen nachhaltigen Frieden errungen werden. Da der vom Kaiserreich übernommene Staatsapparat zur Unterdrückung der arbeitenden Klasse geschaffen war, konnte er nicht samt seiner monarchistischen Beamten und Generäle beibehalten werden. Er musste ersetzt werden durch ein System von Räten, in denen sich die Arbeiter*innen und die übrige erwerbstätige Bevölkerung zu ihrer Selbstregierung und Selbstverteidigung organisierten.

Das Bewusstsein für diese Notwendigkeit fehlte jedoch mehrheitlich. Zwar hatten sich im ganzen Land aus der Not heraus Räte gebildet, um die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Doch in vielen Räten dominierten die Anhänger (Frauen waren kaum vertreten) der MSPD, die ihren über Jahrzehnte etablierten und erfahrenen Parteiapparat nun zur Ausgrenzung der revolutionären Linken und zur Einhegung der Revolution einsetzten. Anders als in

Russland, wo sich die Bolschewiki seit 1903 als eigene Strömung herausgebildet hatten, hatte es die marxistische Linke in Deutschland versäumt, sich rechtzeitig als eigenständige Kraft zu etablieren. Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zum Jahreswechsel 1918/19 kam viel zu spät, um den organisierten Kampf um das Bewusstsein der Arbeiter*innen aufzunehmen. Zudem blieben die Revolutionären Obleute als tatsächliche proletarische Vorhut bei der Parteigründung außen vor, so dass der jungen Partei die direkte Verbindung in die Betriebe weitgehend fehlte. Mit dem von Rosa Luxemburg und anderen erfahrenen Marxist*innen scharf kritisierten Beschluss der Gründungskonferenz, sich nicht an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen, beschnitten sich die Kommunist*innen einer Möglichkeit zur politischen Einwirkung auf das Bewusstsein der noch im Fahrwasser der MSPD schwimmenden Mehrheit der Arbeiter*innen.

Den unter Einfluss der MSPD stehenden Arbeiter*innen und Soldaten erschienen die Räte nur als Übergangserscheinung. Dies wurde deutlich beim Reichsrätekongress im Dezember, der mit großer Mehrheit für die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung und die Abschaffung der Räte plädierte. Von den 489 Delegierten gehörten 288 der MSPD, 90 der USPD, 10 dem Spartakusbund an. Weder Liebknecht noch Luxemburg waren als Delegierte gewählt worden. Doch die Erfahrungen mit dem Voranschreiten der Konterrevolution, die alles daran setzte, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen, sowie mit der MSPD, die im Namen von Ruhe und Ordnung einen Pakt mit den alten Eliten in Wirtschaft und Militär geschlossen hatte, anstatt sozialistische Maßnahmen, wie die Sozialisierung des Großkapitals in Angriff zu nehmen, führten zu einer erneuten Radikalisierung in Teilen der Arbeiter*innenschaft. Auf die Absetzung des linken Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn im Januar reagierten die revolutionären Kräfte - KPD, Revolutionäre Obleute und Teile der USPD - mit bewaffneten Demonstrationen, der Besetzung der Zeitungsredaktionen und dem Ruf zum Sturz der Regierung. Isoliert von der Bewegung im restlichen Reich liefen sie in die Falle. Die fälschlich als Spartakusaufstand in die Geschichte eingegangenen Kämpfe zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften waren der Vorwand, den der sozialdemokratische Reichswehrminister und selbsternannte „Bluthund“ Gustav Noske gesucht hatte, um die unter seiner Verantwortung agierenden faschistoiden „Freikorpsverbände“ loszulassen. Luxemburg, Liebknecht und viele weitere

Revolutionär*innen wurden ermordet. Noch einmal bäumte sich die Rätebewegung in Berlin mit einer Massenstreikwelle im März 1919 auf, doch unter Einsatz von schweren Kriegswaffen wurde sie ebenso blutig zerschlagen, wie schließlich auch die bayerische Räterepublik im Mai.

Die 1919 ausgerufene bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik war das Kompromissergebnis einer abgewürgten Revolution, die von Arbeiter*innen mit und ohne Uniform mithilfe verschiedener proletarischer Kampfformen geführt worden war. Zu den Errungenschaften dieser Revolution gehörte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen, sowie demokratische Rechte, wie die Presse- und Koalitionsfreiheit zum Zusammenschluss in Gewerkschaften. Das kapitalistische Eigentum aber wurde nicht angetastet. Großbanken und Schwerindustrie und die ostelbischen Junker behielten ihre ökonomisch beherrschende Stellung. Der Kaiser musste gehen, doch seine Generäle, Richter und Ministerialbeamte blieben und sann auf Revanche. So konnten weder die bürgerliche Republik noch der Frieden dauerhaft gesichert werden. Durch die unter Verantwortung der Sozialdemokratie erfolgte Niederschlagung der sozialistischen Rätebewegung durch „Freikorps“ wurde 1919 der Samen für den Aufstieg der faschistischen Bewegung gelegt. Mit der 15 Jahre später erfolgten Machtübernahme der Faschisten bewahrheitete sich in schrecklicher Weise die Erkenntnis, wonach auf eine halbe Revolution stets eine ganze Konterrevolution folgt.

Die vorliegende Broschüre zeichnet die Vorgeschichte und den Verlauf der Novemberrevolution nach und legt ihren Schwerpunkt auf Berliner Ereignisse, einzelne Kapitel widmen sich aber auch der Kieler Matrosenrevolte und der bayerischen Räterepublik. Was leider nicht nur in der Broschüre, sondern generell in der Geschichtsforschung zu kurz kommt, ist eine Untersuchung der Rolle, die Frauen* vor und während der Revolution gespielt haben. Während der Kriegsjahre gingen von Frauen*, die vielfach an der „Heimatfront“ als Munitionsarbeiter*innen eingesetzt waren, immer wieder Proteste gegen Hunger und Teuerung aus. So spielte die russische Jüdin Sonja Lerch an der Seite des bayerischen USPD-Politikers und späteren Ministerpräsidenten Kurt Eisner eine führende Rolle beim Münchner Januarstreik 1918. Anschließend wegen Landesverrats inhaftiert, wurde Lerch am 29. März 1918 erhängt in ihrer Zelle im Gefängnis Stadelheim aufgefunden. Ohne den Kampf der sozi-

alistischen Arbeiter*innenbewegung wäre das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen in Folge der Novemberrevolution nicht durchgesetzt worden. In den von Soldaten oder männlichen Facharbeitern dominierten Räten waren Frauen allerdings kaum vertreten, so dass diese – wie die Sozialistin Rosa Kempf am 18. Dezember 1918 im bayerischen Landtag erklärte – nicht repräsentativ seien. Auf dem Reichsrätekongress waren gerade einmal zwei der 489 Delegierten weiblich. Während Kempf für eigene Frauenräte eintrat, schlug die USPD-Aktivistin Tony Sender als Generalsekretärin des Arbeiterrates in Frankfurt am Main eine Frauenquote gemäß der jeweiligen Anzahl weiblicher Beschäftigter in einem Betrieb vor. Letztlich konnten die Konzepte der wenigen Frauen in den Räten nicht mehr umgesetzt werden.

Diese Broschüre möchte die damaligen Erfahrungen in Erinnerung rufen und für den heutigen Kampf gegen Armut, Ausbeutung und Ausgrenzung, gegen faschistische Bewegungen und imperialistische Kriege sowie im Ringen um solidarische und sozialistische gesellschaftliche Alternativen jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik nutzbar machen. Insbesondere gilt es, die Form der Selbstorganisation in Räten wieder zu beleben. Rätepolitik ist dabei nicht nur eine schöne Theorie, sondern, wie Karl Marx bereits in seiner Analyse der Pariser Kommune von 1871 festgestellt hat, „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“. In der ersten russischen Revolution von 1905 bildeten sich ebenso Räte, wie in der russischen Revolution 1917 und in der Novemberrevolution 1918 und den nachfolgenden Kämpfen, wie in der Bayerischen und ungarischen Räterepublik aber auch in der italienischen Fabrikrätebewegung. Dass der Rätegedanke 100 Jahre nach dieser revolutionären Welle zu Ende des Ersten Weltkrieges nichts von seiner Aktualität verloren hat, beweist heute die Revolution in Rojava-Nordsyrien. Unter anderen politischen und sozialen Umständen und mit zum Teil anderen Problemstellungen, aber ebenfalls vor dem Hintergrund von Krieg und Bürgerkrieg, organisiert sich die Bevölkerung dort zu ihrer Selbstverwaltung in Kommunen und Volksräten. Diese Räte sind dabei ausdrücklich nicht als Behelfs- oder Übergangsmaßnahme gedacht, sondern entsprechend der Überlegungen des Vordenkers der kurdischen Freiheitsbewegung Abdullah Öcalan, als Basis einer freien Gesellschaft. Die Beschäftigung mit den Erfahrungen der Rätepolitik in Geschichte und Gegenwart sollte dabei nicht nur eine akademische Übung sein, sondern vielmehr ein Anstoß und eine Anregung auch

für die Organisationsdebatte hierzulande.

Derzeit erleben wir, wie die auf die Novemberrevolution zurückgehenden sozialen und demokratischen Errungenschaften in der Bundesrepublik erneut in Frage gestellt werden. Innerhalb des Staatsapparates verstärken sich autoritäre Tendenzen, Grundrechte werden durch neue repressive Polizeigesetze ausgehebelt, rassistische und faschistische Bewegungen sind auf dem Vormarsch und finden Befürworter*innen und aktive Unterstützer*innen innerhalb von Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr. Zugleich können sich immer weniger Beschäftigte auf Tarifverträge berufen und immer weniger Unternehmen haben Betriebsräte. Unter dem Stichwort der „neuen Klassenpolitik“ wird derzeit innerhalb der radikalen wie der reformistischen Linken darüber beraten, wie die soziale Frage und der Klassenkampf wieder in den Mittelpunkt linker politischer Praxis gerückt werden können, ohne dabei den Kampf gegen andere Unterdrückungsformen wie Rassismus und Sexismus zu vernachlässigen oder gar zu verdrängen. Die Novemberrevolution und die nachfolgenden Auseinandersetzungen haben uns den

Zusammenhang von Antimilitarismus, dem Eintreten für demokratische Rechte und die Gleichstellung der Geschlechter und der sozialen Frage deutlich gemacht. Indem letztere ungelöst blieb, weil die Grundlage der Klassengesellschaft, die Verfügungsgewalt der Besitzenden über das Kapital, über Banken und Fabriken, über Grundbesitz und Mietshäuser etc. nicht angetastet wurde, konnten auch der demokratische Kampf und der Friedenskampf nicht konsequent zum Ende geführt werden. Die Aufgaben, die sich 1918 den revolutionären Arbeiter*innen und Soldaten stellten, stehen damit 100 Jahre später weiterhin auf der Agenda.



Magnus Zeller (1919/20) aus: Zyklus „Revolutionszeit“





Teil I Historische Beiträge

Protest statt Krieg

Antikriegsbewegung in Weißensee

Als die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am 4. August 1914 im Deutschen Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte, war sie schon lange keine revolutionäre Partei mehr, sondern eine reformistische. Sie wollte nicht mehr den Staat umstürzen, sondern zusammen mit Liberalen und dem (konservativen) Zentrum unter dem deutschen Kaiser Wilhelm II. eine Regierung bilden. Der später als 1. Weltkrieg bezeichnete internationale Massenmord war ihre Chance, der Macht einen Schritt näher zu kommen.

Die Partei, die das Vertrauen der Massen besaß, hatte in den letzten 25 Jahren an Macht und Einfluss gewonnen. Von Wahl zu Wahl hatte sie an Stimmen und Mandaten zugelegt und sich im parlamentarischen System wohlig eingelebt. Seit 1912 war sie die stärkste Partei im Reichstag. Von einer sozialistischen Revolution wurde nur noch als dem „Kladderadatsch“ (August Bebel) gesprochen, der schon irgendwann kommen werde. Jedoch nicht durch die sozialdemokratische Arbeiter*innenbewegung erkämpft, sondern als Folge einer falschen Politik, an der die Bürgerlichen selbst schuld seien. Der SPD ging es um soziale Reformen, um die Lage der Arbeiter*innen Schritt für Schritt zu verbessern. Das Wilhelminische Kaiserreich wollte die Partei zu ihrem Reich umgestalten.

„Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichem Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hatte, wie die deutsche Sozialdemokratie“. (s. Luxemburg, S. 20 ff.)

Als am 28. Juli 1914 der 1. Weltkrieg mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien begann, wahrte die SPD zunächst ihre internationalistischen und antimilitaristischen Grundsätze. Erst im November 1912 hatte sie eine führende Rolle auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Basel gespielt, der die europäischen Arbeiter*innen nachdrücklich zum Widerstand gegen den Krieg aufrief. Sofort nach Kriegsausbruch richtete die SPD ihren „flammenden Protest gegen das verbrecherische Treiben der Kriegs-

hetzer“. Der Parteivorsitzende Friedrich Ebert reiste mit der Parteikasse nach Zürich. Mensch dachte, dass, wie bereits 1878 geschehen, die SPD wieder verboten und ihre Kader*innen verhaftet werden würden. Der zweite Parteivorsitzende Hugo Haase reiste zum Büro der Sozialistischen Internationalen in Brüssel, um über internationale Aktivitäten gegen den Krieg zu beraten. Aber als der Krieg wirklich real wurde, war der Grundgedanke jeder linken Politik, die internationale Solidarität, vergessen. Von nun an galt der falsche Grundsatz: „Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich“, so Hugo Haase am 4. August 1914 bei der Abstimmung über die Kriegskredite. Die SPD wurde zum ersten Mal vom Staat gebraucht und sie ließ sich kaufen in der Hoffnung, der Macht einen Schritt näher zu kommen. Von nun an galt ein „Burgfrieden“ im Deutschen Kaiserreich, der dazu führte, dass die Kriegskredite ohne Gegenstimmen bewilligt wurden. Doch der falsche Parteifrieden hielt nicht lange an. Bereits am 2. Dezember 1914 brach Karl Liebknecht den Fraktionszwang und stimmte als einziger SPD-Abgeordneter gegen die Kriegskredite. Liebknecht wurde damit im Deutschen Reich zur Symbolfigur für die linke Bewegung, die sich immer weniger von der SPD vertreten fühlte.

Der Berliner Industrie- und Arbeitervorort Weißensee, der damals noch zum Landkreis Niederbarnim gehörte, hatte bereits vor Kriegsbeginn eine stark sozialdemokratisch geprägte Arbeiter*innenschaft, die, angeführt von der Weißenseer SPD, im Jahr 1912 und in den folgenden Jahren immer wieder zu Antikriegskundgebungen zusammenkam. So kamen am Abend des 28. Juli 1914 mehrere hundert Weißenseer*innen zu einer Protestversammlung „Gegen den Krieg“ im Schloss Weißensee zusammen. Im Anschluss an die Veranstaltung formierte sich ein Demonstrationzug, der Richtung Innenstadt zog und am Königstor (heute Eingang zum Volkspark Friedrichshain, Straßenbahnhaltestelle „Am Friedrichshain“) von der preußischen Polizei zerschlagen wurde. Zahlreiche Demonstrant*innen wurden verhaftet. Ein großer Teil der SPD-Basis in Weißensee war mit der „Burgfriedenspolitik“ ihres Parteivorstandes nicht einverstanden. So lud sie am 10. Februar 1915 Karl Liebknecht ein, um ein Referat zum Thema „der Krieg und die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie“ zu halten.

Man kann mutmaßen, dass sicherlich auch die Proteststimmung in der Arbeiter*innenschaft dazu geführt hat, dass am 19. November 1915 die Militärbehörde fünf Kompanien des 1. Garde-Reserve-Regiments in Weißensee einrücken ließ. Die Soldaten wurden im Schloss und in verschiedenen Weißenseer Schulen stationiert.

Trotz der Truppenpräsenz und der Abwiegung von Protest durch die SPD-Führung, machte sich in der sozialdemokratischen Arbeiter*innenschaft immer größerer Unmut breit. Es wurden Protestbriefe an den Parteivorstand verfasst, Aufrufe und Flugblätter gegen den Krieg geschrieben und anschließend verteilt. In den Betrieben folgte eine Mobilisierung zum Streik gegen den Krieg. Im Juni 1916 beteiligten sich mehrere hundert Weißenseer Arbeiter*innen an einem eintägigen berlinweiten Streik gegen die Inhaftierung Karl Liebknechts. Insgesamt nahmen mehrere tausend Arbeiter*innen, manche Quellen sprechen von 50.000, teil. Am 1. Mai 1916 hatte Karl Liebknecht bei einer Demonstration auf dem Potsdamer Platz die Parole ausgerufen: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“. Dies führte schließlich zu seiner Verhaftung. Maßgeblich an dem Streik beteiligt waren Arbeiter*innen des Kugellagerwerks Riebeck. Durch große Rüstungsaufträge hatte sich der Betrieb in kurzer Zeit zum größten Weißenseer Industriebetrieb mit über 4000 Beschäftigten entwickelt, die sich unter Leitung ihrer Betriebsvertreter immer wieder an den Berliner Streiks der nächsten Jahre beteiligen sollten.

„Die Reallöhne sinken zwischen 1914 und 1918 auf ca. 40 Prozent des Ausgangswertes. Seit Februar 1915 gilt in Berlin die Rationierung für Brot, was auch auf die Vororte ausgedehnt wird. Im Folgejahr ist die Mangelernährung immer spürbarer. Diese Situation spitzt sich im Winter 1916/17 zu. Er geht als der „Kohlrübenwinter“ in die Geschichte ein. Immer mehr Waren des täglichen Bedarfs müssen rationiert werden. Vor allem die ärmeren Schichten sind hiervon betroffen. Sie können sich die Schwarzmarktpreise nicht leisten.“ (s. Hofmann, S.48 ff.)

Die Unzufriedenheit über die mangelhafte Versorgungslage und den jahrelangen Krieg führte im Januar 1918 zu einem großen Streik der Berliner Betriebe, infolgedessen sich ein Arbeiter*innenrat mit 500 Vertreter*innen streikender Betriebe bildete. Die Entschlossenheit der Streikenden und die Beteiligung unter der Arbeiter*innenschaft waren sehr groß. Nur die Berliner Verkehrsbetriebe taten weiterhin ihren Dienst.

„In den ersten drei Tagen verlief die Streikbewegung vollkommen ruhig, dann aber setzte eine Verschärfung ein. Wie im gesamten Berliner Streikgebiet, verteilten am 31. Januar Ausständische auch in den Zugangsstraßen des Weißenseer Straßenbahnhofs Flugblätter, in denen die Straßenbahner aufgefordert wurden, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Als diese jedoch der Aufforderung nicht nachkamen, entwendete man den Fahrern das Fahrgerät, insbesondere die Kurbeln, durchschnitt die Kontaktstangenschnüre und begann vereinzelt, die Weichen durch Zementfüllungen unbrauchbar zu machen. Gleichzeitig versuchten Demonstrationzüge, von Weißensee aus in das Stadtinnere Berlins zu gelangen [...] Starkem Polizeiaufgebot gelang es aber, sie am Königstor zurückzudrängen.“ (s. Nitschke, S.5 ff.)

Das Militär unter der Führung der Obersten Heeresleitung (OHL) bildete seit Herbst 1916 die wahre Regierung Deutschlands. Die Monarchie war einer Militärherrschaft gewichen. Am 31. Januar 1918 verhängte die OHL über Berlin den verschärften Belagerungszustand, was zum Verbot aller Versammlungen, Streiks und Demonstrationen führte. Infolgedessen kam es zu Verhaftungen und Tausende Protestierende wurden zur Armee einberufen.

Nach dem Matrosenaufstand Anfang November 1918 in Kiel war die revolutionäre Energie überall im Land zu spüren. Auch am militärischen Oberbefehlshaber (Generaloberst Alexander von Linsingen) in Berlin ging die Stimmung unter der Arbeiter*innenschaft nicht vorbei, so dass er in einem öffentlichen Schreiben daran erinnerte, dass die Bildung von „Arbeiter- und Soldatenräten nach russischem Muster“ verboten sei. So kam es zu Verhaftungen unter den revolutionären Betriebsvertretern. Auch in Weißensee versuchte die preußische Polizei am 8. November 1918 in der Gaststätte Alpenrose, Lindenallee Ecke Königschaussee (heute Berliner Allee), die versammelten Vertrauensleute der Weißenseer Betriebe zu verhaften. Jedoch blieb es bei dem Versuch, denn die Arbeiter*innen warfen kurzerhand die Polizisten in den nahe gelegenen Weißen See.

Als Reaktion auf die Verhaftungen der Vertrauensleute versammelten sich am Morgen des 9. November 1918 die Arbeiter*innen des Kugellagerwerks Riebeck vor dem Fabriktor zu einer Kundgebung. Doch anders als die vergangenen Streiks, sollte es dieses Mal um mehr gehen, als einzig um die Bekundung von Protest. Es sollte endgültig Schluss gemacht werden mit dem Staat. Es ging um einen Aufstand und die beginnende Revolution. Die Demonstration setzte sich in Bewegung und ihr Weg führte zunächst zur nahe gelegenen Schule in der Bernkasteler Straße, die noch immer von Soldaten als Kaserne genutzt wurde.

Der wachhabende Unteroffizier ergab sich der herein-drängenden Masse. Und ohne Widerstand versorgten sich die aufständischen Arbeiter*innen mit Waffen und Munition. Es soll auch zu spontanen Solidarierungen seitens der Soldaten gekommen sein. So sollen sich viele Soldaten Armbinden aus rotem Stoff angefertigt und sich der Demonstration angeschlossen haben. Als nächstes zog die Masse zum ebenfalls vom Militär besetzten Elektrizitätswerk in der Großen Seestraße, um die Stromerzeugung zu unterbrechen und damit die Weißenseer Bevölkerung von der beginnenden Revolution in Kenntnis zu setzen. Nun zog die Masse immer weiter Richtung Innenstadt und immer mehr Arbeiter*innen und stationierte Soldaten schlossen sich dem Demonstrationzug an.

Quellen:

Haffner, Sebastian (1995) „als Deutschland wurde, wie es ist“; Verlag 1900 Berlin Dietz Verlag Berlin

Hofmann, Jürgen (2016): „Oskar Ziethen : Stationen eines preußischen Kommunalbeamten“ ; Museum Lichtenberg im Stadthaus [Hrsg.] Nitschke, Günter (1965) „Die Antikriegsbewegung der Weissenseer Arbeiter vom Baseler Kongress der Zweiten Internationale bis zum Vorabend der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution“ ; Rat des Stadtbezirks Weissensee, Ausschuss für Ortschronik [Hrsg.]

Luxemburg, Rosa (2000) „Die Internationale“, Heft 1 vom 15. April 1915, Gesammelte Werke, Bd. 4;



Schloss Weißensee unter Bemannung von Soldaten während des 1. Weltkriegs

Die Vorboten des Novembers

Streiks und Anti-Kriegsmobilisierungen in Berlin 1916-1918

Vorbemerkung: Die gendergerechte Schreibweise ist hier nicht „nur“ aufgrund der Benachteiligung von anderen geschlechtlichen Identitäten als der cis-männlichen in der deutschen Sprache wichtig, sondern tatsächlich waren damals weibliche Arbeiterinnen ein großer Teil der Belegschaften und für die Durchführung der Streiks von hoher Wichtigkeit. Die männlichen Arbeiter waren eingezogen und mussten an der Front leiden und sterben, somit ergab sich zwangsweise der massenweise Eintritt von weiblichen Arbeiterinnen in die Produktion.

Die offizielle Geschichtsschreibung der Novemberrevolution von 1918, wie sie Millionen von jungen Menschen in der Schule eingetrichtert wird, hat einige Lücken. Selbst wenn Mensch sich für den staubtroffenen Geschichtsunterricht interessiert, wird Mensch dort nur sehr lückenhaft über die Ursachen, Voraussetzungen und Vorgeschichte der Novemberrevolution informiert. Meist wird einer*m noch beigebracht, dass 1914, zu Beginn des 1. Weltkrieges, die Menschen in Deutschland angeblich kriegsbegeistert waren. 1918 war diese Begeisterung schlagartig vorbei und es gab halt Revolution. So eine Geschichtsschreibung passt den Herrschenden recht gut, denn daraus können wir rein gar nichts für kommende Kämpfe und Revolutionen lernen. Doch genau das sollten wir tun. Denn keine Revolution passiert einfach so. Sie braucht Aktionen und Organisation im Vorfeld, tausende Aktivist*innen müssen sich im Vorfeld damit befassen, wie eine Revolution zu organisieren und durchzuführen ist.

Diesen Lernprozess soll der folgende Artikel nachzeichnen. Dafür werden die Kämpfe, Streiks und Demonstrationen der Jahre 1916 bis 1918 betrachtet. Einen regionalen Schwerpunkt bildet hierbei der Berliner Norden. Einerseits gäbe es ohne diese Einschränkung unendlich viele Geschichten zu erzählen, und andererseits ist es interessanter, die Geschichte von Kämpfen zu verfolgen, die vor der eigenen Haustür stattgefunden haben. Berlin als Industriestadt – und der Berliner Norden im Besonderen – waren damals ein wichtiges Standbein für den Imperialismus des Deutschen Reiches. Hier wurde Munition produziert, die Europa in Trümmer schoss und gleichzeitig lebten hier die Arbeiter*innen, die aktiv in den Kämpfen gegen diesen imperialistischen Krieg und die damit einhergehende Ausbeutung und Unterdrückung werden sollten. Diese Arbeiter*innen, ihre Lebensrealitäten, ihre Arbeitsplätze und die Straßen, in denen sie gelebt haben, sollen im Mittelpunkt stehen. Sie sind uns

häufig näher, als wir zu Beginn glauben mögen - 100 vergangene Jahre hin oder her.

Das erste bekannte massenhafte Aufbegehren gegen den Krieg fand in Berlin im Juni 1916 statt. Plünderungen aufgrund der schlechten Versorgungslage hingegen gab es schon früher, so z.B. im Oktober 1915. Die auch unter dem Namen „Liebknecht-Streik“ bekannten Ereignisse waren eine direkte Antwort auf die Festnahme des populären Sozialisten und Parlamentariers Karl Liebknechts am 1. Mai 1916, da dieser zuvor gegen den Krieg öffentlich Stellung bezogen hatte. 55.000 Berliner Arbeiter*innen, vor allem aus den Munitionsfabriken, legten die Arbeit nieder und versammelten sich an verschiedenen Orten in der Stadt. Organisiert wurde diese Aktion aus den Betrieben. Linke und radikale Vertrauensleute aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV, Vorläuferorganisation der IG-Metall) bewältigten die Basisarbeit in den (Munitions-)Fabriken. Dabei hatten sie starke Gegner: während die preußische Polizei sich von der Stärke der Berliner Arbeiter*innen einigermaßen überrascht gab, hetzten die Vorstände von SPD und DMV bereits im Vorfeld gegen die Streikenden. In Aufrufen aus dem „Vorwärts“ – dem Zentralorgan der SPD, kontrolliert vom rechten Parteivorstand – und auf massenhaft gedruckten Flugblättern hieß es einen Tag vor dem Streik: „Wer das putschistische Treiben mitmacht, trägt eher zur Verlängerung des Krieges bei“. Doch gerade weil die Arbeiter*innen sich durch den Verrat der Sozialdemokratie nicht mehr vom Streiken abhalten ließen, ist der Juni-Streik 1916 der Anfang vom Ende des Deutschen Kaiserreiches. 55.000 Berliner Arbeiter*innen zeigten erstmals, das Widerstand gegen den Krieg und den Kaiser möglich ist.

Auch wenn die Reaktion der preußischen Polizei nicht lange auf sich warten ließ und eine Reihe



George Grosz (1918): „Deutschland, ein Wintermärchen“

von Aktivist*innen aus den Betrieben und vom linken Rand der SPD gefangengenommen oder an die Front zum Sterben geschickt wurden, so kursierten bereits Ende Juli/Anfang August 1916 in Berlin wieder Gerüchte über bevorstehende Anti-Kriegs-Demonstrationen. Diese Gerüchte und vereinzelte Aufrufe veranlassten immerhin die preußische Polizei zur Aufstellung von Schlachtplänen für die Berliner Innenstadt. Es wurden Schutzmannschaften aus dem Berliner Umland herangezogen und der Repressionsapparat bereitete sich auf die Niederschlagung eines Aufstandes vor. Ähnlich, wie sich die Berliner Polizei heute z.B. auf den 1. Mai in Kreuzberg vorbereitet, so taten die Preußen dies auch schon vor 100 Jahren. In den Anweisungen für den 1. August 1916 vom Polizeipräsidenten Berlins heißt es: „Am Dienstag, dem 1. August ist eine mit teilweiser Arbeitseinstellung verbundene Friedenskundgebung geplant, die sich vornehmlich auf dem Potsdamer Platz und dessen Umgebung abspielen soll. Diese Kundgebung muss, wenn nicht verhindert, so doch mindestens im Keime erstickt werden, damit sie keinen bemerkbaren Umfang annehmen kann. Zusammenrottungen sind nicht zu dulden, geschlossene Züge zu sprengen, Fahnen und Plakate sofort zu entfernen und deren Träger (...) festzunehmen“ (A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 15823, Landesarchiv Berlin).

Ein Einsatzbefehl, der auch zum G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg passen könnte. An diesem Befehl ist außerdem interessant, dass sich die preußische Polizei nur auf Straßendemonstrationen im Zentrum Berlins konzentrierte. Die Arbeitsniederlegungen an sich, so schreibt die Polizei, seien Sache der Unternehmer. Dies kann bereits als Anzeichen der Schwäche interpretiert werden, da die Polizei sich offenbar lieber nicht in die Arbeiter*innen-Bezirke begeben wollte. Ebenfalls erwähnenswert ist erneut die Hetze gegen den Streikaufruf. So spricht die SPD von Syndikalist*innen, Spartakist*innen und verkappten Anarchist*innen, die hinter dem Aufruf stünden und mit denen sie nicht zusammenarbeiten wolle. Ein weiteres Argument, mit welchem sich die Aktivist*innen in den Munitionsfabriken häufig konfrontiert sahen, war, würden sie keine Munition produzieren, so wären ihre Männer an der Front dem Feind hilflos ausgesetzt. Letztendlich kam es am 1. August in Berlin zu keinen größeren Demonstrationen oder Streiks. Nicht jeder Versuch und Aufruf konnte sein Ziel erreichen. Ähnlich war der Fall einer weiteren anschließenden Handzettelaktion, die zu einem Generalstreik am 15. August 1916 aufrief und ebenso erfolglos war. Allerdings zeigt sich, wie lange sich manche Methoden ge-

halten haben: Auch heutzutage gehen häufig auf Demonstrationen noch kleine Zettelchen rum, auf denen zu weiteren Aktionen aufgerufen wird.

Die zweite große Massenaktion der Arbeiter*innen gegen den Krieg und die sich verschlechternde Lebensmittelversorgung erfolgte im April 1917. Der Winter 1916/1917 – auch bekannt als Kohlrübenwinter – hatte den Arbeiter*innen deutlich gezeigt, was Krieg bedeutet. Denn dieser findet nicht nur an der Front statt, auch die Zivilbevölkerung litt an der schlechten Versorgungslage mit Lebensmitteln und Brennstoffen. So streikten im April 1917 in Berlin knapp 200.000 Arbeiter*innen für drei Tage. Offizieller Auslöser war die Senkung der Brottration. Im Berliner Bezirk Wedding versammelten sich 5000 Arbeiter*innen am ersten Tag des Streikes im Humboldthain. Es gab kurze Redebeiträge, u. a. von einem Vertrauensmann der Firma Haß & Wrede, Osloer Straße 116a. Nach einer halben Stunde formierte sich unter Hochrufen auf die internationale revolutionäre Sozialdemokratie ein Demonstrationszug, der versuchte, in Richtung Innenstadt vorzudringen. Dieses Vorhaben scheiterte allerdings an der preußischen Polizei, die wieder mit hoher militärischer Genauigkeit auf den Streik vorbereitet war und die meisten Demonstrationszüge relativ leicht zerschlagen konnte. Es beteiligte sich zwar eine große Zahl der Arbeiter*innen an dem Streik, doch nur ein Bruchteil von diesen nahm dann auch an öffentlichen Versammlungen teil. Allerdings zogen immer wieder im Verlauf des Streiks Gruppen von bis zu mehreren hundert Jugendlichen durch die Straßen und nahmen sich, was Ihnen sowieso gehörte. Plünderungen - oder besser gesagt: „proletarische Aneignungen“ - waren an der Tagesordnung. Bei diesem Streik verfolgte die Führung von DVM und SPD allerdings eine andere Taktik. Anstatt gegen den Streik zu hetzen, setzten sich beide an dessen Spitze und würgten ihn nach drei Tagen ab.

Dieses Vorgehen sollte sich im November 1918 wiederholen. Im Nachhinein bezeichneten DVM und SPD den Streik als Fehler. Allerdings streikten bis zu 25.000 Arbeiter*innen unkontrolliert weiter. Sie hielten noch zwei weitere Tage durch und gingen erst wieder zur Arbeit, als die Militärbehörden begannen, die am Streik beteiligten Arbeiter*innen einzuziehen. Dafür wurden die Waffen- und Munitions-Arbeiter*innen unter Kriegsrecht gestellt und unter Androhung von schweren Strafen zum Arbeiten gezwungen. Ein Vorgehen, was häufig gegen Streikende in zentralen Bereichen angewandt wurde und noch

heute wird (z.B. der Fluglotsen-Streik USA in den 80ern etc.). Die Betriebe, in denen damals gestreikt wurde, gibt es teilweise noch heute. Dabei waren unter anderem Knorr-Bremse, AEG, Löwe, AEG Henningsdorf, die Deutsche Waffen und Munitionsfabrik in Wittenau, uvm. Alle zusammen beschäftigten damals mehrere 1000 Arbeiter*innen. Die preußische Polizei führte sehr genau Buch über die Berliner Betriebe, darüber, wie viele Arbeiter*innen dort streikten und wann sie wieder zur Arbeit erschienen. Diese Listen sind heute noch einsehbar und sie zeigen, wie wichtig der preußischen politischen Polizei das Streikgeschehen war und wie sehr sie es als Bedrohung für das Deutsche Kaiserreich angesehen hat.

Nicht vergessen werden sollte, dass die Februarrevolution 1917 in Russland und die darauffolgende Oktoberrevolution 1917 ebenfalls auf die Proteste in Berlin wie ein Katalysator gewirkt haben. Diese Information erschien sogar dem Königlichen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten als so wichtig, dass sie an den Polizeipräsidenten Berlins weitergeleitet wurde. Im November 1917 erfolgten bereits die nächsten Massenaktionen in Berlin gegen den Krieg und für den Frieden. Hier soll uns die Erinnerung eines Genossen vom 25. November 1917 genügen: „Fast überall trat die Polizei in Tätigkeit und sperrte die Straßen. Aber den Massen gegenüber, die oft die ganze Straßenbreite einnahmen, waren die Beamten machtlos. Die Demonstranten durchbrachen einfach die Schutzmannsketten und setzten ihren Weg fort, Hochrufe auf den Frieden und Liebknecht ausbringend. Auf dem Wege vom Gesundbrunnen nach der Invalidenstraße mussten die Genossen viermal die Schutzmannsketten durchbrechen. Ähnlich war es an anderen Stellen der Stadt. Immer fanden sich die da und dort zersprengten wieder zusammen. Aus den Fenstern sahen Neugierige und stimmten den Friedensdemonstranten freudig zu. An einigen Stellen kamen Arbeiter aus dem vierten Stock ihrer Wohnung herunter und schlossen sich den Genossen an“. Die gleiche Quelle gibt die Zahl von 5 Millionen Kriegsoffern zu diesem Zeitpunkt an (davon 3,1 Millionen verwundet, 0,65 gefangen und 1,25 tot).

Der vierte Kriegswinter (Jahreswechsel 1917/1918) mit all seinen Entbehrungen und seinem Leid war für die radikalen Berliner Betriebsvertrauensleute Grund genug, um mit der Organisation eines weiteren Massenstreiks zu beginnen. Dazu kam die ebenfalls populäre Forderung nach einem gerechten Frieden mit Sowjetrußland, da seit De-

zember 1917 zwischen dem Deutschen Kaiserreich und Sowjetrußland verhandelt wurde. So begann am 28. Januar 1918 der Streik, an dem sich in Berlin bis zu 400.000 Arbeiter*innen beteiligten. Fast die gesamte Waffen-, Munitions- und Metallindustrie stand still. Der Januar-Streik sollte die Generalprobe für die Novemberrevolution werden. Der Streik weitete sich sogar über Berlin hinaus aus, so dass reichsweit bis zu 750.000 Arbeiter*innen streikten. Die SPD versuchte erneut, sich an die Spitze des Streiks zu stellen, um ihn schnellstmöglich abzuwürgen, scheiterte jedoch diesmal mit dieser Taktik. Den Hauptschlag gegen den Streik führten die preußischen Repressionsbehörden. So wurde mit Säbel und Gewehr gegen streikende Arbeiter*innen vorgegangen. Es kam folglich zu massiven Auseinandersetzungen zwischen jungen Arbeiter*innen und der Polizei. Hier zeigte sich eine revolutionäre Dynamik, die allerdings noch wenig konkret und organisiert auf der Straße war. Ebenso wurden alle Zusammenkünfte der Streikleitung verboten und die Arbeiter*innen unter Androhung von Strafen zurück an ihre Arbeitsplätze gezwungen. Die Strafe bestand dabei zumeist im Einzug zum Kriegsdienst. So wurden hunderte – wenn nicht tausende – Arbeiter an die Front strafversetzt, wo sie dann mit dem Vermerk „Berlin Januar 1918“ in der kommenden deutschen Großoffensive verheizt werden sollten. Da dieser massiven Repression zu wenig entgegengebracht werden konnte, entschieden die Betriebsvertrauensleute, den Streik abubrechen. Keine einzige Forderung der Berlin Arbeiter*innen wurde erfüllt.

Exemplarisch für die massive Repression sei hier die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Berlin Wittenau erwähnt. Mehrere tausend Arbeiter*innen schufteten hier und stellten Munition für den Krieg her. Der Januarstreik brachte fast die komplette Produktion der Fabrik zum Erliegen. Da es sich um kriegswichtige Industrie handelte, stellte das Oberkommando in den Marken am 1. Februar 1918 die Fabrik (und sechs weitere Standorte) unter Militärkommando. Die Arbeiter*innen hatten es nun mit dem militärischen Repressionsapparat zu tun. So verlange der Oberbefehlshaber von Kessel von den Arbeiter*innen „(...) die Arbeit spätestens Montag, den 4. Februar 1918 bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Zuwiderhandelnde setzen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungsgesetzes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen“. Verschlafen oder Verspätung wurden beinahe mit dem Tode bestraft. Angesichts dieser Repression nahmen die Berliner Arbeiter*innen am 4. Februar kollektiv die Arbeit wieder auf. Doch die ver-

bliebenen Aktivist*innen wussten nun, dass es nicht ausreicht, einen Massenstreik zu planen und umzusetzen. Um das Deutsche Kaiserreich zu stürzen, war es notwendig, neben den Betrieben auch die Straßen zu erobern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Betriebe zur damaligen Zeit der zentrale Punkt der politischen Organisation und Radikalisierung der Arbeiter*innen waren. Betrachten wir die Jahre vor der Novemberrevolution, so wirken die Streiks und Aktionen wie Lehreinheiten für die kommende Revolution. Auch lässt sich in Berlin ein junges, radikales Arbeiter*innenmilieu beobachten, das Schluss ma-

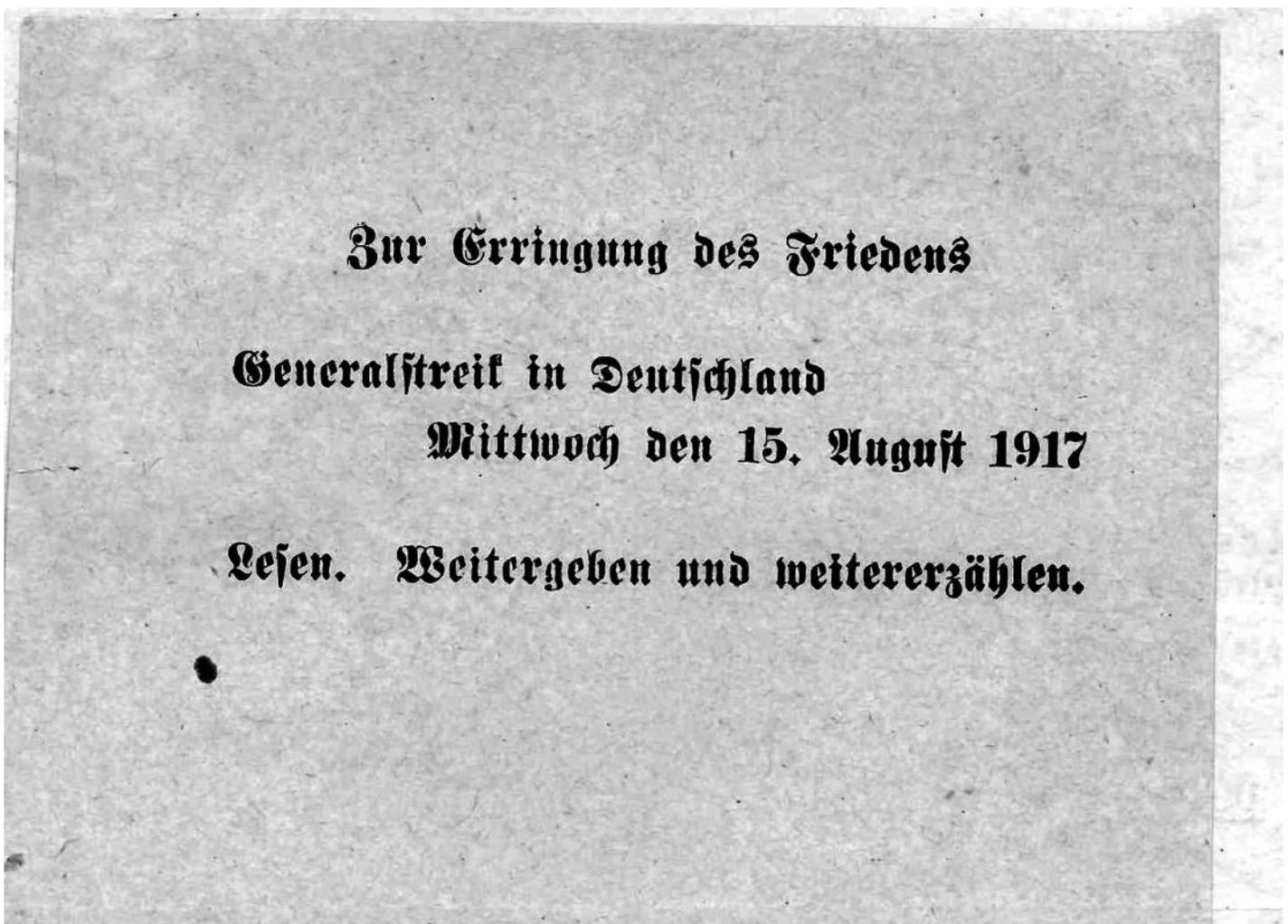
chen wollte mit Kaiser und Krieg. Dazu kommen die organisierenden Kräfte der Betriebsvertrauensleute und anderer linksradikalen Gruppen. Dies erzeugte eine explosive Mischung. Die Betriebe wurden für Revolutionär*innen der zentrale Ort ihrer Agitation und der Hauptbezugspunkt ihrer politischen Arbeit. Heute werden Betriebe als politische Kampffelder leider sträflich vernachlässigt.

Quellen:

Adam-Tkalec, Maritta (2018) „Steckrübenwinter – Als der Erste Weltkrieg Hunger nach Berlin brachte“ , In: Berliner Zeitung, Januar 2018

Boebel, Chaja / Wentzel, Lothar (2008) „Streiken gegen den Krieg! – Die Bedeutung der Massenstreiks in der Metallindustrie vom Januar 1918“

Schwarz, Leo (2018) „Unheimlich still – Januarstreik. Vor 100 Jahren begann der bis dahin größte politische Ausstand der deutschen Geschichte“ In: Tageszeitung Junge Welt, Januar 2018



Aufruf zum Generalstreik 15. August 1917

100 Jahre Revolutionsstadt Kiel

/ Autonome Antifa-Koordination Kiel

Vor 100 Jahren, im November 1918, spielte sich im militärisch de facto bezwungenen Deutschen Kaiserreich bis dahin Ungewohntes ab: nach über vier Jahren Weltkrieg, in dem in Europa die kriegstauglichen Männer im Interesse des Kapitals übereinander hergefallen waren, entschieden sich in Wilhelmshaven die Matrosen der Hochseeflotte für ihr Leben, statt für die preußische Ehrvorstellung ihrer Offiziere. Sie verweigerten den Befehl, um nicht in einer selbst innerhalb militärischer Logik völlig sinnfreien Schlacht gegen England zu sterben und verhinderten das Auslaufen ihrer Schiffe durch aktive Sabotage am Kriegsgeschütz. Die Meuterei konnte zunächst zerschlagen werden, setzte sich aber fort, als Teile der Flotte nach Kiel strafversetzt wurden und sich der Militärapparat an einzelnen vermeintlichen Rädelsführern für die kollektive Gehorsamsverweigerung rächen wollte. 47 Matrosen wurden am 31. Oktober noch auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal festgenommen und ins Militärgefängnis in der Wik verschleppt.

Entgegen dem Kalkül von Offizieren und Admirälen nutzten viele der verschont gebliebenen Matrosen den nun gewährten Landurlaub jedoch nicht zum Amusement, sondern nahmen bei ihrer Ankunft umgehend Kontakt zum linken Flügel der Arbeiter*innenbewegung in Kiel auf. Am späten Nachmittag des 3. November 1918 schlossen sich schließlich tausende Matrosen und Arbeiter*innen einer gemeinsamen Demonstration zum Knast an, um die gefangenen Kameraden zu befreien. Kurz vor Erreichen des Zielortes eskalierte die Situation an der heutigen Feldstraße, als ein zusammengestückeltes kaisertraues Marinekommando sich den zur Tat schreitenden Massen in den Weg stellte. Allgemeine Panik brach aus und insgesamt neun Demonstrant*innen fielen bei einer anschließenden Schießerei den Polizeikugeln zum Opfer.

Für den Moment konnte die Menge am Abend des 3. November zwar noch blutig auseinandergetrieben werden, jedoch nicht ohne eine unversöhnliche Entschlossenheit bei den Matrosen und Arbeiter*innen zu entfachen, nicht mehr nur einzelne Forderungen zu stellen, sondern die Machtfrage gegenüber Kaiserreich und Militärdiktatur. In den Kasernen und Betrie-

ben bildeten sich spontan Räte, der Oberste Soldatenrat sowie ein separater Arbeiter*innenrat wurden als revolutionäre Führung legitimiert. Bewaffnete Aufständische nahmen Stunde um Stunde die politischen und militärischen Zentren der Stadt unter ihre Kontrolle. Am Morgen des 5. November war Kiel rot. Der Militärgouverneur musste abtreten, die politische Macht lag in den Händen der Matrosen und Arbeiter*innen.

Der eilig zur Befriedung der Situation aus Berlin geschickte rechte und explizit anti-revolutionäre Sozialdemokrat Gustav Noske, fälschlicherweise von den euphorisierten Massen zunächst als Revolutionsführer empfangen, konnte den Kieler Aufstand in den folgenden Tagen zwar unter Kontrolle bringen und seine Ausweitung etwa auf die Eigentumsfrage verhindern - für den Kaiser war es jedoch zu spät. Im ganzen Reich verbreiteten die Matrosen bereits das Signal aus Kiel, überall wurde dem Beispiel nachgeeißt und die politischen Machthaber beseitigt. Am 9. November dankte der Kaiser ab, die Monarchie war Geschichte. Zwei Tag später endete schließlich auch der Krieg.

Die am 9. November von Karl Liebknecht ausgerufenen „Freie Sozialistische Republik“ konnte sich jedoch nicht gegen die bürgerliche „Weimarer Republik“ unter Führung der rechten Sozialdemokratie durchsetzen. Die regionalen Räterepubliken in Bremen oder München, welche die Novemberrevolution am nächsten an das Vorbild der russischen Revolution 1917 heranführten, wurden genauso blutig niedergeschlagen, wie die aufständischen Versuche der radikalen Linken in Berlin und anderswo, die Räte- und Arbeitermacht zu verteidigen und die Rückkehr der alten Eliten in den neuen Staat zu verhindern.

Um ein gemeinsames und organisiertes Vorgehen zu ermöglichen und handlungsfähig zu sein, taten sich die Kieler Revolutionäre von 1918 in spontan gebildeten Räten zusammen. Das Räteprinzip ermöglichte es, dort zu politisieren, zu mobilisieren, Entscheidungen zu treffen und zu handeln, wo die ersten Leidtragenden des Krieges und die Träger*innen der

Revolte ihren Alltag fristeten: in den Kasernen und Betrieben. Die Forderungen nach Befreiung der Gefangenen, nach Beendigung des Krieges, nach Rechtsgleichheit und einem Ende der Monarchie wurden auf Massenversammlungen entwickelt und von unten in die oberen Gremien der Revolution – den Soldatenrat und Arbeiter*innenrat – delegiert. Die Übernahme der politischen Macht durch die Revolutionär*innen fußte somit auf einer aktiven Massenbasis, deren rasanter Dynamik der abgewirtschaftete Militärstaat nichts mehr entgegensetzen konnte und binnen weniger Tage kapitulierte. Natürlich war die spontane Rätestruktur des Kieler Aufstands keineswegs eine ausgereifte Blaupause aus dem revolutionären Bilderbuch. Oberster Soldatenrat und Arbeiter*innenrat waren de facto eher eine, wenn auch von den Massen legitimierte, provisorische Revolutionsregierung der Arbeiter*innenorganisationen, als das Ergebnis eines wahrhaftig funktionierenden Delegationsprinzips von unten. Wie sonst hätte ein von außen gesandter Parteifunktionär wie Gustav Noske sich mit seinen konterrevolutionären Absichten an die Spitze des Aufstands stellen können, was im fundamentalen Widerspruch zum eigentlichen Rätegedanken steht?

Die Räte waren in der Vorstellung vieler Revolutionär*innen allerdings nicht nur das geeignete Werkzeug zur Durchsetzung der eigenen Interessen in einer Ausnahmesituation, sondern - orientiert am Vorbild des erfolgreichen revolutionären Umsturzes 1917 in Russland - gleichzeitig die Vision einer demokratischen und egalitären Organisation der Gesellschaft. Die Forderung nach der Räterepublik war allgegenwärtig. In Berlin wurde selbige wenig später – am Ende ohne Erfolg – ausgerufen, anderswo sogar kurzzeitig in regionalen Räterepubliken praktiziert. Wieder waren es die revolutionsfeindlichen Spitzen der Mehrheitssozialdemokratie, die ihren richtungsweisenden Einfluss auf die junge Rätebewegung nutzten, so dass ihre Mehrheit sich schließlich selbst entmachtete, während die revolutionäre Minderheit blutig niedergeschlagen wurde.

Wie in einer spezifischen historischen Situation, die immer auch von unvorhersehbaren Zufällen abhängt, eine Revolution organisiert wird, haben uns vor 100 Jahren meuternde Matrosen und revoltierende Arbeiter*innen vorgemacht. Keine*r von ihnen verfügte als Einzelne*r über irgendwelche politischen, militärischen oder ökonomischen Machtmittel, um den Kriegsverlauf zu beeinflussen. Sie hatten auch keine Superkräfte, waren keine unerreichbaren Iko-

nen, zu denen wir heute ehrfürchtig aufschauen müssten. Wir gedenken Ihrer in Würde, indem wir sie als diejenigen ernst nehmen, die sie waren: einfache Leute wie wir, die sich der Lüge widersetzt haben, dass eine würdelose Existenz alternativlos sei. Dies sind unsere politischen Vorfahren, deren Kampf fortzuführen heute in unsere Hände gelegt ist. Ihre Kraft entwickelten die Revolutionäre von 1918, als sie sich ihrer kollektiven Macht bewusst wurden, sich durch massenhafte und organisierte Gehorsamsverweigerung dem Kriegsgemetzel nicht nur widersetzen, sondern zugleich das ganze kaiserliche Herrschaftsgebäude einstürzen ließen.

Die damals wie heute grundlegenden Fragen liegen darin, wie wir unser Zusammenleben organisieren wollen, wie eine demokratische Selbstverwaltung von Gesellschaft funktionieren könnte, die über den Parlamentarismus hinausgeht. Wie wir eine vernünftige Produktion und gerechte Güterverteilung verwirklichen können und warum der Kapitalismus immer wieder weltweit Kriege – auch heute noch mit deutscher Beteiligung – entfacht und wie wir sie beenden können. Und wer hier eigentlich die Macht hat und wer nicht. Zentrale Forderungen, die unter den revoltierenden Matrosen und Arbeiter*innen von 1918 eine Rolle spielten und weit über das damals Erreichte, sowie das heute Bestehende, hinausreichen, bleiben aktuell: Räte Demokratie und Sozialismus.

Genauso sind Organisation und kollektive Aktion auch heute noch das Fundament jeglichen Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse. Etwas, woran es der BRD-Linken im Jahre 2018 genauso mangelt, sowie eine weitere Lehre aus der unvollendeten Novemberrevolution: ein konsequentes Misstrauen gegenüber der bürgerlichen Klasse, ihrem Staat und ihrem politischen Personal. In Anbetracht der derzeitigen Kräfteverhältnisse gilt es, viele Erinnerungslücken zu schließen, wollen wir uns beim nächsten Mal nicht wieder das Heft aus der Hand nehmen lassen. Weder von der reaktionären Rechten, noch von denen, die sich als die Unsrigen ausgeben, während sie im Namen der Verantwortung mit der Gegenseite paktieren. Revolutionäre Situationen können nur bedingt herbeigeführt werden. Sie erwachsen aus den immanenten Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft. Revolutionäre Pflicht ist es jedoch, sich auf solche Situationen vorzubereiten. Packen wir es an. Der Weg ist weit, aber zusammen gehört uns die Zukunft.



Der Matrosenaufstand 1918 in Kiel

Man schreibt das Jahr 1918: Seit vier Jahren tobt der I. Weltkrieg. In Deutschland regiert faktisch die Oberste Heeresleitung (OHL) unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff und zwingt das Land unter die Knute der totalen Kriegsführung. Die wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen sind erschöpft.

Allein zwei Millionen deutsche Soldaten sind gefallen und bis zu 900.000 Zivilisten elend an der ›Heimatfront‹ gestorben, weil die gegnerischen Staaten die Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr blockieren. Hinzu kommt 1918 eine Grippepandemie.

Düster sind die Aussichten für die deutsche Generalität vor allem seit die USA 1917 in den Krieg eingetreten sind. Aber noch gibt es in der OHL Hoffnung. Denn nach dem Machtantritt der Bolschewiki im Oktober 1917 unterzeichnet Russland einen separaten Friedensvertrag mit Deutschland.

Gleichzeitig wird Italien nachhaltig militärisch geschlagen. So kann die OHL eine Entscheidungsoffensive an der Westfront planen, die nur gelingen kann, solange die US-Verstärkungen noch nicht voll zur Geltung kommen. Unter Aufbietung aller Reserven scheitert diese ›Große Schlacht in Frankreich‹ Ende Juli 1918 und besiegelt die deutsche Niederlage. Umgehend sollen jetzt Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Aber mit dem deutschen Kaiser wollen

die Siegermächte nicht verhandeln. Es kommt zu einer Verfassungsänderung und Kaiser Wilhelm II. tritt einen Teil seiner Macht ab. Er ernennt den liberalen Aristokraten Max von Baden am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler. Eine parlamentarische Regierung, erstmals unter Einbeziehung der SPD, wird gebildet. Sie untersagt umgehend jegliche Offensivhandlungen, auch den U-Boot-Krieg, und setzt am 26. Oktober General Ludendorff ab.

Doch der Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen zieht sich hin, weil US-Präsident Woodrow Wilson sie von der vollständigen Abdankung des Kaisers abhängig macht. Wilhelm II. aber klammert sich an seine Krone. Ebenso kann sich ein großer Teil des Offizierskorps nicht mit einer Niederlage abfinden.

Vor allem trifft dies auf die Marineführung, die Elite des Kaiserreiches zu, die kaum zum Einsatz gekommen ist. Die Offiziere wollen sich nicht einfach ergeben und die Flotte ausliefern.

Da bietet sich Ende Oktober 1918 eine letzte Gelegenheit zum Kampf. Mit dem Ziel, der schwer bedrängten Westfront Entlastung zu verschaffen, wird ein Kampfverband aus dem I. und III. Geschwader vor Wilhelmshaven zusammengestellt. Woraufhin unter den nicht weiter informierten Mannschaften Gerüchte entstehen, als die Matrosen Wind von dem Unternehmen bekommen.



PEACE MEANS
NO KAISER,
DEMOCRACY!



LANGSAM KÖNNTE
MAL JEMAND MIT
UNS VERHANDELN.

WARUM TRÄGT DER
PRÄSIDENT EIGENTLICH
UNIFORM UND EINEN SÄBEL
UNTER DEM MANTEL?

NUR NICHT
KAPITULIEREN!

WIRD SCHON.



DENN WIR FAHREN GEGEN ENGLAND.

KAPITULIEREN?

AUF KEINEN
FALL!

WIR
DOCH
NICHT.

BIS ZUM
LETZTEN
MANN!

ICH HAB
NOCH GAR
KEINEN
ORDEN.

FÜR
KAISER
UND
REICH!

Es heißt, der Flottenvorstoß sei ein selbstmörderisches Vorhaben und durchkreuze die Anordnungen der Regierung. Mit wehender Fahne wollten die Offiziere untergehen und die Friedensverhandlungen durch einen letzten Verzweiflungsakt stören. Deshalb verweigern auf der Schilling-Reede, dem Bereit-

schaftsposten der Hochseeflotte vor Wilhelmshaven, die Mannschaften auf den Linienschiffen ›Thüringen‹ und ›Helgoland‹ beim Auslaufen den Dienst.

Erst als Torpedoboote und U-Boote drohen die Schiffe zu versenken, geben die streikenden Mannschaften auf. Damit ist der Flottenvorstoß gescheitert



und die Schiffe sind gezwungen in ihre Heimathäfen zurückzukehren. Rund 600 Matrosen werden gefangen genommen, 400 von ihnen in Wilhelmshaven und in den umliegenden Kasematten eingesperrt.

Die drei Großkampfschiffe des III. Geschwaders ›Bayern‹, ›Markgraf‹ und ›König‹ ziehen sich nach Kiel zurück. Dort sollen die restlichen 200 Gefangenen in Militärgefängnisse kommen. Kurz vor dem Einlaufen werden auf der ›Markgraf‹ weitere 47 Matrosen als Rädelführer verhaftet. Allen Gefangenen droht das Kriegsgericht – was ihre Kameraden nicht hinnehmen wollen.

Um die Gemüter zu beruhigen, wird den Mannschaften großzügig Landurlaub gewährt. Nach Zerstreuung und Zeitvertreib ist aber nicht allen Matrosen zumute. Etwa 250 versammeln sich am Abend des 1. November im Gewerkschaftshaus. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, der Forderung nach Freilassung der Gefangenen am nächsten Tag um 19.30 Uhr mit einer Demonstration Nachdruck zu verleihen. Da die Polizei von dem Vorhaben erfährt, befiehlt Gouverneur Souchon, das Gewerkschaftshaus am 2. November für Marineangehörige zu sperren. Polizisten riegeln das Gebäude ab. Einige hundert Matrosen

irren daraufhin durch die Stadt, bis sich schließlich circa 500 Menschen, meist Matrosen und Angehörige von Landmarineeinheiten, aber auch Vertrauensmänner der USPD, im Vieburger Gehölz im Süden Kiels versammeln. Die 1917 aus der SPD hervorgegangene USPD ist das Sammelbecken aller Kriegsgegner und Oppositionellen. Verschiedene Redner, darunter Karl Artelt, ergreifen das Wort.

Der 1890 geborene Karl Artelt aus Magdeburg, seit 1908 Mitglied der SPD, wird als Maschinenbauer mit Beginn des Krieges in die Germania-Werft in Kiel abkommandiert. Es folgt der Übertritt zur USPD. Im Jahr 1917 wird Artelt wegen »revolutionärer Tätigkeit unter den Matrosen und Werftarbeitern« zu sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Anschließend kommt er in Flandern an die Front, wird aber nach einem halben Jahr als gefragter Spezialist in die Torpedobootsreparaturwerft nach Kiel zurückbeordert.

Neben Karl Artelt ist Lothar Popp die zweite Persönlichkeit der USPD in Kiel. Popp, Jahrgang 1887, lebt als Kleinhändler in Hamburg und ist ein pazifistisch eingestellter Sozialdemokrat. Seit 1912 SPD-Mitglied, wechselt auch er im Krieg zur USPD. 1915 wird er zum Militär eingezogen und Anfang 1917 als



kriegsuntauglich entlassen. Als Schlosser wird er wenig später zur Germania-Werft in Kiel dienstverpflichtet und während des Januar-Streiks 1918 zum Vorsitzenden des Kieler Arbeiterrates gewählt. Nach dem Streik muss Popp eine Freiheitsstrafe von zwei Monaten verbüßen. Fortan bleibt er ohne feste Anstellung in Kiel und ist dort Vorsitzender der USPD. Bei seiner Rede am Abend des 2. November fordert Artelt neben der Freilassung der Inhaftierten die Niederlegung des Militarismus sowie die Entmachtung der herrschenden Klasse. Lothar Popp und andere USPD-Mitglieder treten ebenfalls in Erscheinung. Gemeinsam ruft man zu einer großen Volksversammlung am nächsten Tag am gleichen Ort auf. Zwar beobachten Polizisten, getarnt in Zivil, diese Versammlung, aber weder Polizei noch Militär greifen ein. Erst auf dem Rückweg tritt eine Kompanie Marinesoldaten aus der naheliegenden Waldwiesen-Kaserne den abziehenden Matrosen entgegen. Aber diese Kompanie ist ihren Kameraden wohlgesonnen.

Am selben Abend erstattet die Polizei dem Stadtkommandanten und Kapitän zur See Wilhelm Heine in dessen Privatwohnung Bericht von den Entwicklungen in der Stadt. Anwesend ist außerdem Konteradmiral Hans Küsel, Chef des Stabes der Ostseestation. Gouverneur Wilhelm Souchon, der erst seit drei Tagen im Amt ist, wird nicht hinzugezogen. Ergebnis der Unterredung ist eine allgemeine Urlaubssperre

für Sonntag. Zusätzlich werden in der Nacht weitere 57 Matrosen der ›Markgraf‹ verhaftet.

Am Sonntagvormittag gibt es ein erneutes Treffen, diesmal ist der Gouverneur anwesend. Es wird beschlossen, um 16 Uhr Stadtalarm auszulösen, der die Matrosen auf die Schiffe und in die Kasernen befiehlt. Trommeln und Pfeifen geben den Alarm um 15.30 Uhr bekannt. Aber viele Matrosen ignorieren die Anordnung und machen sich auf den Weg zum Exerzierplatz im Vieburger Gehölz. Etliche Marine-soldaten und Zivilisten schließen sich an. Bis 18 Uhr haben sich circa 5.000 Menschen versammelt.

Einige Redner versuchen sich Gehör zu verschaffen und wenig später, der Abend zieht heran, setzt sich die Menge in Bewegung. Ihr Ziel ist die Marine-Arrest-Anstalt in der Feldstraße. Die Matrosen wollen ihre inhaftierten Kameraden befreien und anschließend das Offiziercasino stürmen. Immer mehr Menschen reihen sich in den Demonstrationszug ein.

Auf ihrem Weg liegt das Lokal Waldwiese, das als Hilfskaserne dient. Die kleine Waldwiesenkaserne wird von der Masse einfach überrollt. Einige dort Arrestierte werden befreit und Waffen erbeutet. Nachdem der Gouverneur von den Vorgängen unterrichtet ist, befiehlt er, der Demonstration »mit allen Mitteln entgegenzutreten« und »rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.« Aber welche Einheiten sind noch loyal?



Als verlässliche Truppe gilt die Ausbildungskompanie der Torpedo-Division, zumeist Rekruten und Offiziersanwärter. Kurzerhand wird die Einheit bewaffnet. Während Hals über Kopf zusammengesuchte Befehlsempfänger zur Sicherung von Gouverneursitz und Arrestanstalt unterwegs sind, erreichen die Demonstranten gegen 18.30 Uhr den Bahnhof. Bei einem Gedränge gerät eine Frau unter eine Straßenbahn. Von diesem Unglück bekommen die meisten Demonstranten nichts mit. Sie ziehen mit Gesang und Parolen weiter in Richtung Marine-Gefängnis.

Es ist bereits dunkel, als die Menge, angeführt von untergehakt gehenden Matrosen, kurz vor 19 Uhr von der Brunswiker Straße in die Karlstraße abbiegen will. Vier Gaslaternen stehen an der Kreuzung. Doch ihr Licht kann die Szene, die sich etwas weiter in der Karlstraße abspielt, nur spärlich erhellen. Dort stehen 20 Schutzpolizisten auf der Straße und wollen den Weg versperren.

Als die Demonstration um die Ecke kommt und Sprechchöre tausender Kehlen in den Häuserzeilen widerhallen, verlieren die Polizisten die Nerven und türmen. Doch 20 Schritte weiter steht der kriegsversehrte Leutnant der Reserve Oskar Steinhäuser mit 30 Soldaten auf der Karlstraße. Etwa zehn Schritte tritt der Leutnant vor seine Patrouille und hebt die rechte Hand. Die vorderen Reihen der Matrosen stoppen ab, es wird ruhiger, und Steinhäuser erklärt, dass

er Befehl habe, schießen zu lassen und es im Interesse aller wäre, wenn es ihm erspart bliebe, ein solches Kommando zu geben. Die Lage scheint sich zu entspannen, Steinhäuser geht zurück, tritt hinter seine Soldaten.

Aber die Masse schiebt die vorderen Reihen immer weiter auf die Soldaten zu. Gedränge, Dunkelheit und aufgeregte Stimmung machen es unmöglich, einen klaren Überblick zu behalten. Einige wollen sich ohnehin nicht von der Handvoll Soldaten aufhalten lassen. So in die Enge getrieben, gibt Steinhäuser schließlich den Feuerbefehl. Die Salve soll in die Luft gehen, doch ein Matrose wird in die Schulter getroffen. Sofort stieben die Demonstranten auseinander, einzelne erwidern das Feuer.

In diesem Moment bekommt Steinhäuser von hinten einen Schlag auf den Schädel und bricht zusammen. Sofort preschen einige mutige Demonstranten vor, reißen andere mit sich. Ohne Offizier wissen die Rekruten nicht, was sie tun sollen, werden unsicher und geben eine gezielte Salve ab. Schreie, Verletzte wälzen sich am Boden. Die Rekruten geraten in Panik und laufen davon. Einige schießen wohl noch einmal, auch Matrosen feuern.

Steinhäuser kommt in diesem Tumult wieder zu sich, rappelt sich auf und bekommt erneut einen Schlag auf den Kopf, stürzt und wird von heranstürmenden Matrosen mit Gewehrkolben und Fußtritten



malträtiert. Als er sich aufzurichten versucht, feuert ein Matrose mit einer Pistole auf ihn. Der erste Schuss geht fehl, der zweite trifft Steinhäuser in die Brust.

Wenige Augenblicke später gelingt es einem Wachmeister und einem Leutnant, dem besinnungslosen Steinhäuser zu Hilfe zu eilen.

Sofort gehen Matrosen auf die Männer los und schlagen sie zusammen. Der Leutnant wird von einem Kopfschuss getroffen. Erst das energische Eingreifen einer Krankenschwester sorgt dafür, dass von den dreien abgelassen wird. Einige Demonstranten tragen die Schwerverletzten in ein nahegelegenes Lokal. Sie überleben.

Plötzlich rast ein Löschfahrzeug der Feuerwehr, vom Gouverneur alarmiert, in den Tumult. Gleichzeitig taucht ein Zug eines Marine-Bataillons hinter der Demonstration auf und feuert auf die Beine der Menge. Wieder werden Demonstranten verwundet, die Matrosen zerstreuen sich in die Nebenstraßen – ein Pyrrhussieg für den Gouverneur. Zwar kann er den Sturm auf das Gefängnis verhindern, doch aus der Befehlsverweigerung der Matrosen ist nun eine aktive Rebellion geworden. Souchon glaubt zunächst noch, wieder Herr der Lage zu sein. Er gibt für den kommenden Tag den Befehl zum Auslaufen des III. Geschwaders.

Doch sieben Matrosen sind gefallen und 29 verwundet, von denen zwei wenig später sterben. Die Toten

und Verwundeten erbittern ihre Kameraden umso mehr. Matrosen ziehen los, dringen in Waffenkammern ein. Sie besorgen sich Waffen und Munition.

Am Morgen des 4. November entgleitet der Führung die Macht. Gegen 10 Uhr liegen die Arbeiten auf der Germania-Werft und in der Torpedowerkstatt still. Das Auslaufen des III. Geschwaders verzögert sich. Auf den Schiffen meutern die Mannschaften.

Als gegen 13 Uhr der Kommandeur der großen Kaserne in der Wik, Kapitän zur See Rudolf Bartels, seine Division mit einer Ansprache von der Teilnahme an dem angekündigten Demonstrationszug in die Stadt abhalten will, ist er mit einem Mal mit einer Gruppe Matrosen konfrontiert. Sie teilen dem Kapitän mit, welche Forderungen dieser der politischen Führung zu übermitteln hat.

Der Sprecher der Matrosen ist Karl Artelt. Nach einer ersten Verhandlung um 15 Uhr zwischen Gouverneur Souchon und einer Matrosenabordnung unter Artelt, will der Befehlshaber die Wogen glätten, indem er auf die Forderungen der Matrosen- und Arbeiterdelegation eingeht: die Freilassung der Inhaftierten; jeglicher Flottenvorstoß unterbleibt; die Schießerei am Vorabend soll gerichtlich untersucht werden. Mehrere tausend Matrosen ziehen anschließend im Triumphzug zur Arrestanstalt und holen ihre Kameraden dort ab. Damit sind die Würfel gefallen. Am Nachmittag des 4. Novembers wäre ein Eindämmen



der Bewegung in Kiel nur noch durch einen massiven Militäreinsatz möglich. Den ganzen Tag über treffen militärische Einheiten in Kiel ein, die den Aufstand niederschlagen sollen. Doch die Soldaten laufen zum großen Teil über oder lassen sich von den Aufständischen entwaffnen. Schießereien bleiben die Ausnahme. Trotzdem werden bis zum 5. November noch einmal zehn Tote gezählt.

Symbole des Aufstands sind die mit dem Lauf nach Unten getragenen Gewehre, um zu zeigen, dass Waffen nur noch zur Verteidigung gebraucht werden, und die rote Fahne, die auf allen öffentlichen Gebäuden aufgezogen wird, so auch auf dem Kieler Schloss.

Dort residiert Prinz Heinrich, der älteste Bruder des Kaisers und seit Jahrzehnten Repräsentant der Hohenzollern in Schleswig-Holstein. Am Morgen des 5. Novembers sieht der Prinz Pistolen auf sich gerichtet. Eine Abordnung der aufständischen Matrosen ist in seine Residenz eingedrungen und zwingt ihn, die Treppe auf den Turm hinaufzusteigen – und oben, für jedermann sichtbar, eigenhändig die rote Fahne der Revolution zu hissen.

Eine Episode, die Rechtsradikalen als Vorbild gilt, spielt sich ebenfalls an diesem Morgen ab. Zur Flaggenparade werden an diesem Tag auf allen Kriegs- und Hilfskriegsschiffen in Kiel rote Flaggen gesetzt. Nur die ›Schlesien‹ und die ›König‹ zeigen noch die Reichskriegsflagge.

Während die ›Schlesien‹ schnell ausläuft und das Weite sucht, bleibt die ›König‹, das Flaggschiff des III. Geschwaders, im Dock. Es liegt hier zur Reparatur. Kapitän Carl Wilhelm Weniger verweigert dem Soldatenrat, die rote Fahne auf seinem Schiff zu hissen. Mit einigen Offizieren stellt er sich vor den Flaggenmast. Es kommt zum Feuergefecht. Der erste Offizier, Korvettenkapitän Bruno Heinemann, und der Adjutant, Leutnant zur See Wolfgang Zenker, sterben unter den Kugeln der revoltierenden Matrosen. Dann weht die rote Fahne auch am Mast der ›König‹. Kapitän Weniger überlebt schwer verwundet. In der NS-Zeit werden zwei Zerstörer nach den Toten benannt werden.

Ein weiterer Offizier, der den Umsturz nicht überlebt, ist der Stadtkommandant von Kiel, Kapitän zur See Heine, der verantwortlich für das Blutvergießen vom 3. November ist. Er wird in der Nacht zum 6. November in seiner Wohnung von einer Matrosenpatrouille erschossen.

Für die Matrosen steht jetzt alles auf dem Spiel: Entweder gelingt es den Aufstand zu verbreiten, oder sie werden als Meuterer abgeurteilt enden. Spontan finden sich Gruppen zusammen, die sich ›Sturm­vögel‹ nennen. Sie wollen die Flamme der Revolution in andere Städte tragen.

Schließlich bestehen die ›Sturm­vögel‹ aus mehreren tausend Mann, die binnen weniger Tage dafür sorgen, dass in Norddeutschland die Revolte auf



mindestens 50 Städte übergreift und schnell auch das ganze Land erfasst. Am 8. November ruft Kurt Eisner in München den »Freistaat« (Frei von Monarchie) Bayern aus. Um überhaupt noch handlungsfähig zu sein, verkündet Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Doch diese Maßnahme wird von der Realität überholt: Am selben Tag erreicht die Revolution Berlin, und der Kaiser macht sich nach Holland aus dem Staub.

Am 11. November unterzeichnet Matthias Erzberger als deutscher Regierungsvertreter die Waffenstillstandsbedingungen in Campiègne. Am 28. November, als es längst keine Relevanz mehr hat, schickt Wilhelm II. aus dem Exil seine offizielle Abdankungsurkunde nach Berlin. Mit dem Schriftstück kann niemand mehr etwas anfangen. Die Novemberrevolution hat die Monarchie hinweggefegt, das Deutsche Reich ist eine Republik.

Wer waren die revolutionären Obleute?

/ Felix Broz (re:volt mag)

Sprechen wir von der Novemberrevolution 1918/19 oder vom „Spartakusaufstand“ im Januar 1919, dürfen wir von den revolutionären Obleuten nicht schweigen. Sie waren aktiv an der entstehenden revolutionären Rätebewegung und am Widerstand gegen die militaristische Politik des Deutschen Kaiserreichs, sowie gegen den sozialdemokratischen Betrug an der Revolution beteiligt.

Die Obleute waren Vertrauensleute in den Betrieben. In Berlin kamen sie u.a. aus der Branchengruppe der Dreher*innen (vergleichbar mit dem heutigen Beruf Zerspanungsmechaniker*in) innerhalb des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV). Ein prominenter Branchenleiter war beispielsweise Richard Müller, der in den folgenden Jahren als bedeutender Kader der revolutionären Obleute wirkte. Ursprünglich aus 50 bis 80 Personen in verschiedenen Großbetrieben entstanden, wuchs deren Anzahl während der Novemberrevolution auf mehrere Tausend an. Neben Berlin waren sie vor allem in industriellen Zentren vertreten, bspw. in Braunschweig und Düsseldorf. Viele verorteten sich politisch ursprünglich in der deutschen Sozialdemokratie, brachen jedoch teilweise aufgrund der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 mit der Politik dieser Partei.

Während innerhalb der SPD nationalistische und kriegstreiberische Stimmungen Überhand nahmen, wurden Kriegsgegner*innen und die linke Opposition systematisch ausgegrenzt, mit dem Vorwurf des „unpatriotischen Verhaltens“ versuchte man, diese mundtot zu machen. Auch die wirtschaftliche Lage der eigenen Basis sollte von der SPD aufgrund der Kriegsorientierung beinahe aller Mitglieder der Parteiführung nicht angemessen aufgegriffen und revolutionär kanalisiert werden. Durch die Anforderungen des Krieges legte die Sozialdemokratie ganz im Sinne eines „patriotischen Verständnisses“ die sozialen Kämpfe auf Eis. Die Arbeiter*innen begannen zu hungern, schufteten in den unmenschlichen Produktionsstätten oder starben für die Interessen der monarchistischen Autoritäten und ihrer Unterstützer*innen auf den Schlachtfeldern für „Glanz und Gloria“. Die Zustimmung zur deutschen Kriegspolitik unter den Arbeiter*innen sank schnell.

Aufgrund der uneingeschränkten Priorität, welche die Rüstungsindustrie in der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs genoss, kam es immer wieder zu immensen Engpässen bei der Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs. Es herrschten katastrophale Arbeitsbedingungen in den kriegsrelevanten Fabriken. Die Obleute schafften es während ihres Wirkens, drei Massenstreiks durchzuführen, die genau diese sozialen Schieflagen aufgriffen: den Solidaritätsstreik gegen die Verhaftung des sozialistischen SPD-Reichtagsabgeordneten Karl Liebknecht (1916), den sogenannten „Brotstreik“ im Jahr 1917 (ein vorwiegend von Frauen* getragener Streik, u.a. gegen die kriegsbedingte Rationierung und Preissteigerung von Grundnahrungsmitteln), sowie den Januarstreik 1918 (für ein Ende des Krieges und die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen).

Karl Liebknecht genoss unter Teilen der Bevölkerung große Sympathien, da er aufgrund seines konsequent antimilitaristischen Auftretens die Ablehnung des Krieges, der autoritären Monarchie und der politischen und wirtschaftlichen Eliten verkörperte. Angeklagt wegen Anführung und Organisation einer Friedenskundgebung am 1. Mai 1916, wurde Liebknecht mit einem eintägigen Massenstreik von ca. 75.000 Arbeiter*innen in Berlin politisch unterstützt. Es war der erste politische Massenstreik im Deutschen Reich. Schon früh agitierten die SPD-Zeitung „Vorwärts“ sowie die politische Führung um Philipp Scheidemann gegen die angeblichen „Putschisten“ und „erbärmlichen Hetzer“. Diese Diffamierungen durch die Sozialdemokratie förderten die politische Distanzierung der Obleute, wodurch viele sich revolutionären Strömungen zuwandten.

Nach internen Kämpfen spaltete sich 1917 schließlich links der SPD die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD) ab und sammelte Kriegsgegner*innen und linke Kräfte in ihren Reihen. Inspiriert von der russischen Revolution und dem Wunsch nach sofortiger Beendigung des Krieges mit seinen verheerenden (sozialpolitischen) Folgen, überwarfen sich viele Obleute im Laufe der Zeit mit der (Mehrheits-)SPD und schlossen sich der

neugegründeten Partei an. Die SPD bezeichnete sich nun als MSPD, um die politische Differenz zur USPD deutlich betonen zu können. Da sich die Obleute unabhängig von den großen deutschen Gewerkschaften organisierten, und somit keine offiziellen Betriebsräte waren, hatten sie kaum Anerkennung seitens der Industriellen. Die Aufgabe bestand also darin, betriebliche Mehrheiten zu gewinnen und die Arbeiter*innen hinter sich zu vereinen, um revolutionäre Interessen durchsetzen zu können. Sie schafften es innerhalb der Betriebe, zusätzliche Vertrauensleute aufzubauen, welche unter den Arbeiter*innen agitierten und so schrittweise ihre politische Reichweite in den Betrieben ausbauten bzw. systematisch weitere Arbeiter*innen dazugewannen.

Durch die vorangegangene betriebliche Erfahrung in den großen Gewerkschaften schafften sie es, ganze Industriezweige zu dominieren und drohten, diese lahmzulegen. Auch gegenüber der neu gegründeten USPD bewahrten sich die Obleute ab 1917 eine Autonomie in ihrer Arbeit und ihrer Strategie. Dies sorgte dafür, dass die Obleute stets als „links der USPD-Führung“ betrachtet wurden. Im Sinne einer Rätebewegung war das Ziel, starke Organisationsformen in den Betrieben aufzubauen und die Produktion sowie Produktionsmittel, bspw. Maschinen, in die eigenen Hände zu nehmen. Schon damals gab es Konflikte um die geeignete Strategie, um den revolutionären Umsturz zu fördern: Streiks, Demonstrationen und viele andere Aktionsformen lösten interne Diskussionen aus. Im Sinne Rosa Luxemburgs plädierten viele Obleute für den politischen Massenstreik, um das Land, seine Produktion und damit auch den Krieg mitsamt allem Blutvergießen beenden zu können. U.a. der deutsche Krieg gegen das revolutionäre Russland veranlasste ab 1917 zahlreiche revolutionäre Obleute, politische Unterstützung gegen die Bedrohung der erfolgreichen Oktoberrevolution in Russland durch betriebliche Kämpfe und somit durch Lahmlegung kriegswichtiger Produktionen, zu leisten.

1918 planten die revolutionären Obleute weitere Massenstreiks, die sich zunehmend auch bewaffnen sollten. Dies war zudem zum Schutz der Demonstrant*innen vor der schießwütigen kaisertreuen Polizei gedacht, um dieser gegenüber abschreckend zu wirken. Ab Herbst 1918 wurde der Kontakt zu den russischen revolutionären Sozialist*innen (Bolschewiki) ausgebaut und Finanzhilfen für den Kauf von Waffen vereinbart. Innerhalb der USPD gab es bereits seit einiger Zeit Missbilligung und Verur-

teilung der Obleute. Aus Angst vor eingeschleusten Spitzel*innen in der Partei schotteten sich große Teile der Obleute gegenüber Mitgliedern der USPD und sogar gegenüber dem linken Spartakus-Flügel ab. Nachdem sich am 8. November die Nachricht von der Festnahme des prominenten Revolutionärs Ernst Däumling und auch fälschlicherweise der von Karl Liebknecht und Richard Müller, Protagonist der Obleute, verbreitete, riefen die revolutionären Obleute in strategischer Zusammenarbeit mit der USPD, der Spartakusgruppe, sowie Sozialdemokrat*innen in Berlin zum Aufstand auf. Bereits Tage zuvor begann der Kieler Matrosenaufstand, dessen Soldaten in großen Städten die zivile und militärische Macht Stück für Stück übernahmen. Den Demonstrationen der Berliner Arbeiter*innen in die Innenstadt schlossen sich große Verbände von Soldaten an, die bereits für eine sozialistische Revolution agitiert worden waren oder zumindest grundlegende Sympathien dafür hatten, um den Krieg mit seinen Folgen endlich überwinden zu können.

Die Novemberrevolution sorgte schlussendlich für die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. und die Übertragung der politischen Macht an die MSPD und USPD im Rat der Volksbeauftragten. Obleute waren nun auch in den sich bildenden revolutionären Räten, gerieten aber in die Machtkämpfe zwischen USPD und MSPD. MSPD-Mitglieder und -Funktionäre forderten schnelle Wahlen und die Zusammensetzung einer Nationalversammlung, um Fakten schaffen und revolutionäre Positionen ausgrenzen zu können. Während viele aus der politischen Elite und jene, die sich dahin wünschten, ein bürgerlich-parlamentarisches Modell bevorzugten, gerieten revolutionäre Räte Modelle in die Minderheitenposition. Auch innerhalb der USPD wurden diese Positionen immer marginaler. Während die Räte spontan und häufig ohne theoretisches Fundament entstanden, nutzte die MSPD die Gunst der Stunde und überzog die aufständischen Revolutionär*innen mit blutiger Repression.

Vor allem seit Januar 1919 wurden die Forderungen nach Kontrolle der Fabriken und gesellschaftlicher Bereiche durch Arbeiter*innen verfolgt. Die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, angeführt von Friedrich Ebert (MSPD), brachte das Fass zum Überlaufen. Ebert ließ nationalistische, paramilitärische Einheiten (sogenannte „Freikorps“) und andere reaktionäre bewaffnete Soldaten und Freiwillige zusammenziehen und setzte sie auf Obleute und andere Revolutionäre an. Die Niederschlagung des Januaraufstandes und der Märzkämpfe

bedeuteten eine heftige Niederlage des revolutionären Räteystems in Deutschland. Die Obleute orientierten sich in den folgenden Jahren weiter an betrieblichen Kämpfen, beispielsweise im Rahmen der Betriebsrätebewegung und den Kämpfen für weitergehende Macht für Arbeiter*innen in den Fabriken. Im Laufe der Zeit gingen einige Obleute mit dem linken USPD-Flügel in der neu gegründeten Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) auf, wo sie jedoch häufig aufgrund der parlamentarisch orientierten Arbeit ihre basisbetonten Räteansätze entweder aufgaben oder sich aufgrund fehlender Mehrheiten zurückzogen.

Quellen:

Hoffrogge, Ralf (2017) „Räteaktivisten in der USPD, Richard Müller und die revolutionären Obleute“ In: „INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft“, H. 4-2016, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG ; Göttingen



Besetzung des Berliner Zeitungsviertels, 11. Januar 1919

Vor 100 Jahren: Frauen dürfen wählen!

Waren damit alle Frauenträume erfüllt?

/ Gisela Notz

In vielen Veröffentlichungen zum 100. Jahrestag der Durchsetzung des Frauenwahlrechts werden heute vor allem die Verdienste der Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung hervorgehoben, die für das Stimmrecht gekämpft haben, aber lange Zeit nicht wussten, ob sie das wirklich auch für die unteren Klassen erkämpfen sollen. Vergessen wird der Kampf der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung, ohne den das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen nicht durchgesetzt worden wäre. Die Frauen in Deutschland haben das Wahlrecht durch die Novemberrevolution von 1918 nicht geschenkt bekommen. Es war ein langer Frauen- und Klassenkampf, bis es durchgesetzt war. Denn es bestand gerade in dieser Frage „ein enormer Unterschied zwischen arbeitenden Frauen und den besitzenden Ladies, zwischen einer Dienerin und ihrer Herrin“ (Alexandra Kollontai). Auf der Strecke blieben die revolutionären Träume von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und vielen zu Unrecht vergessenen Frauen.

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten – der im Zuge der revolutionären Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg ab dem 10. November 1918 die höchste Regierungsgewalt inne hatte und aus Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) und Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) bestand – an das deutsche Volk am 12. November 1918 hieß es eindeutig: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht ... für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen“. Mit der Formulierung „alle männlichen und weiblichen Personen“ war eine Forderung der Frauenbewegung erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Zielsetzungen, jahrelang mit viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatte.

Der Rat der Volksbeauftragten, dessen Vorsitzender der Chef der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert, war, bestand ebenso wie das Kabinett ausschließlich aus Männern. Friedrich Ebert hasste die Revolution wie die Sünde, Rosa Luxemburg und ihre Anhängerinnen fanden sie großartig. Die Vertreter der USPD verließen den Rat der Volksbeauftragten am 29. Dezember 1918, weil sie Deutschland in Richtung eines Rätestaats verändern wollten. Der mehrheitssozialdemokratische Rat setzte sich für baldige Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung ein. Die Wahlen zur Nationalversammlung, an der sich erstmals Frauen beteiligen, erfolgten am 19. Januar 1919.

Ein Endpunkt der im November 1918 begonnenen Revolution waren diese Wahlen nicht. Zeitlich lagen sie mitten in den Revolutionsereignissen, die vom Oktober 1918 bis zu ihrem gewaltsamen Ende im Juni 1919 dauerten. Zwar war der Erste Weltkrieg zu Ende, der Obrigkeitsstaat war zusammengebrochen und das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt, die Forderung der rebellierenden Arbeiter*innenmassen nach höheren Löhnen, Durchsetzung kürzerer Arbeitszeiten und Sozialisierung des Kohlebergbaus und der großen Industrien waren jedoch lange nicht erfüllt. Der Wunsch danach, Verantwortung und Macht an die Räte zu übergeben, die sich nach dem Matrosenaufstand Anfang November 1918 von Kiel ausgehend in nahezu sämtlichen deutschen Städten gebildet hatten, war noch nicht erloschen. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die am 1. Januar 1919 gegründet worden war, hatte sich nicht an den Wahlen beteiligt, weil sie die Räterepublik wollte, und für viele Linke war der Wahltag überschattet von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts vier Tage zuvor.

Bei den meisten Texten, die sich mit der Sichtbarmachung der Ereignisse aus einer Geschlechterperspektive befassen, fehlt der Kampf der Frauen um eine eindeutig sozialistisch geprägte Räterepublik. Auch die umfangreiche Revolutionsforschung und die Bewegungsforschung haben sich, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum für Geschlechterfragen im Zusammenhang mit der Rätebewegung interessiert. Selbst der seit etwa 40 Jahren bestehenden Frauen- und Geschlechterforschung gelang es unzureichend, diese Lücke zu schließen. Festgestellt wird meist, dass Frauen in den Räten kaum zu finden wa-

ren und Frauenthemen für die Rätebewegung keine große Rolle gespielt haben. Für die Soldatenräte ist das nachvollziehbar, denn Frauen waren zu dieser Zeit in Deutschland keine Soldatinnen. Die vielen Frauen, die in den Rüstungsbetrieben arbeiteten und in den Lebensmittelschlängen standen, rebellierten schon lange. Sie forderten Frieden, Demokratie und Brot für ihre Lieben. Zudem gab es auch Erwerbslosenräte und kommunale Räte, Künstler-, Kultur-, Schüler- und Bauernräte. Viele Frauen waren bei den revolutionären Aktionen, Demonstrationen und Streiks, z.B. am Generalstreik im März 1919, und sogar an bewaffneten Aufständen beteiligt, etliche sind dabei umgekommen. Dennoch waren die Hauptagenten Soldaten, Matrosen und Arbeiter.

Die wenigen vorhandenen Berichte über Frauen in den Räten stammen aus der bayerischen Räteregierung und von den beteiligten Frauen selbst. Rosa Kempf (1870–1948), die mit Anita Augspurg und weiteren sechs weiblichen Delegierten im neuen (bayerischen) provisorischen Nationalrat saß, dem die Vertreter*innen der Räte und des bayerischen Landtags angehörten, wies in ihrer Rede am 18. Dezember 1918 im Plenum des bayerischen Landtages mit scharfen Worten darauf hin, dass die Räte ohne die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen nicht repräsentativ seien.

Uneinig waren die Frauen, wie dieses Problem zu lösen sei. Kempf wollte nicht darauf warten, dass Männer die Interessen der Frauen in den Räten vertreten, sondern erhoffte sich mehr von speziellen Frauenräten. Diese Meinung teilten auch Augspurg und Heymann. Sie stellten auf dem bayerischen Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte am 7. März 1918 den „Antrag zur Errichtung von Frauenräten, um insbesondere auf dem Lande der Propaganda der Reaktion durch Aufklärung und Politisierung der Frauen entgegenzuwirken“. Die „Propaganda der Reaktion“ sah sie vor allem bei den Kirchen, die in ihren Gottesdiensten, durch „Beichtstuhl und Aufgebot und alles mögliche ... die Frauen nach ihrem Willen leiten“ wollten.

Tony Sender (USPD), die seit der Novemberrevolution Mitglied und Generalsekretärin der Exekutive des Arbeiterrats in Frankfurt am Main war, kämpfte dagegen für die Integration von Frauen in die bestehende Arbeiterrätebewegung. Sie schlug eine Quotierung vor: Frauen sollten in den Räten entspre-

chend ihrem Anteil an der Anzahl der Beschäftigten vertreten sein. Wie Clara Zetkin (USPD, später KPD), die die Stuttgarter Räte unterstützte, richtete sie ihr Augenmerk vor allem auf die Heimarbeiterinnen und Hausangestellten und wandte sich gegen den Ausschluss der Hausfrauen aus der Rätebewegung, weil sie durch ihre wichtige Reproduktionsarbeit politische Aktionen erst ermöglichten. Sie wollte das Problem durch Hausfrauenräte lösen, die in die lokalen Räteversammlungen eingebunden waren bzw. durch die Einbeziehung von Hausfrauen in die Arbeiterräte der Betriebe ihrer Männer. Tony Sender entwarf gleichzeitig Konzepte zur rationellen und gemeinschaftlichen Gestaltung der Hausarbeit, um die Hausfrau zu entlasten und für andere Arbeiten freizustellen. Martha Arendsee (USPD, später KPD) konkretisierte die Vorschläge durch Konzepte für Einküchenhäuser, öffentliche Waschanstalten, Kindergärten und andere Gemeinschaftseinrichtungen, machte sich also ebenfalls Gedanken um den „zweiten Arbeitsbereich“ der Frauen. Letztlich wäre das Ziel der Hausfrauenräte gewesen, diesen Berufsstand abzuschaffen. Keines der Konzepte wurde verwirklicht.

Tatsächlich waren im November 1918 in 28 Städten nur 50 Frauen in den Räten verzeichnet und nur in wenigen entfalteten sie eine bedeutende Mitarbeit. Offensichtlich wurden sie von den männlich dominierten Gremien ausgegrenzt. Auf dem Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin waren von 496 Delegierten zwei Frauen: Käthe Leu aus Danzig (USPD) und Klara Noack aus Dresden (SPD). Um die geringe Repräsentanz der Frauen deutlich zu machen, begann Käthe Leu ihre Rede mit der Anrede: „Parteigenossen und Parteigenossin“. Beide Frauen sind heute vergessen.

Einzelne Frauen fanden sich in den regionalen und kommunalen Frauenräten. Aber auch nach ihnen muss man auf den wenigen vorhandenen Fotografien suchen, weil sie zwischen den zahlreichen Männern kaum zu finden sind. Noch schwieriger wird die Suche nach Reden, die die Frauen einbrachten. Mitglieder des Großberliner Arbeiter- und Soldatenrats war Anna Nemitz (USPD), die auch dem Arbeiter- und Soldatenrat von Charlottenburg angehörte und sich bei der Vollversammlung der kommunalen Räte Groß-Berlins am 7. Februar 1919 kämpferisch für den Erhalt der kommunalen Räte einsetzte, um die Revolution abzusichern.

An den Januarstreiks 1918, als 400000 Rüstungsarbeiterinnen und -arbeiter aus Protest gegen den Krieg und die schlechte Versorgungslage in den Streik traten, war die engagierte Berliner Gewerkschafterin und Pazifistin Cläre Casper als einzige Frau maßgeblich beteiligt. Sie wurde ins Streikkomitee gewählt und von der Polizei als „unbekannte Frauensperson unter den Männern“ registriert. Nachdem der Streik blutig niedergeschlagen war, beschlossen die Revolutionären Obleute, sich für zukünftige Auseinandersetzungen zu bewaffnen. Casper, die ihre Wohnung für die Lagerung der Waffen zur Verfügung gestellt hatte, wurde bei der Polizei denunziert. Sie konnte diese aber davon überzeugen, dass sie sich niemals auf solche „gefährlichen Sachen“ einlassen würde. Gemeinsam mit ihren Genossen verteilte sie vor einer Munitionsfabrik Flugblätter, beteiligte sich an der Besetzung von Rüstungsbetrieben, Rathaus und Polizeiwache und an einem großen Demonstrationzug zum Reichstag.

In München war neben den schon erwähnten Rosa Kempf, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, auch Sara Sonja Lerch (1882–1919) aktiv. Lerch, eine russische Jüdin, die schon 1905 bei der Russischen Revolution dabei war, stand im Januar-

streik zusammen mit der USPD mit Kurt Eisner an der Spitze an der Seite der Arbeiter. Als alle Streikenden wegen Landesverrats verhaftet wurden, kam auch sie ins Gefängnis. Anträge auf Haftverschonung wegen Krankheit wurden rigoros abgelehnt. Stattdessen kam sie in Isolationshaft. Nach acht Wochen, am 29. März 1918, wurde sie in ihrer Zelle in Stadelheim tot aufgefunden – erhängt.

Die Konzepte der wenigen Frauen in den Räten konnten nicht mehr umgesetzt werden, weil mit dem Zusammentreten der Nationalversammlung die Bedeutung der Räte bereits abgenommen hatte. Einige der wenigen Frauen, die in den Räten aktiv waren, fanden sich in der Nationalversammlung und später im Reichstag wieder. Die Sozialistinnen brachten frischen Wind und neue Themen in das Parlament, denn sie sorgten dafür, dass soziale Probleme, die die unteren Schichten betrafen, zu denen die meisten als Dienstmädchen, Weberinnen oder Heimarbeiterinnen einmal selbst gehört hatten, öffentlich diskutiert wurden und die Sozialgesetzgebung nach deren Interessen weiterentwickelt wurde. Die liberalen und konservativen Volksvertreterinnen sahen sich eher als Repräsentantinnen ihres Standes.

Erschien ursprünglich in der SoZ (Sozialistische Zeitung) Nr. 11/2018



In dem Band sind 192 Frauen versammelt, die in sechzehn Wandkalendern aus den Jahren 2003 bis 2018 erschienen sind. Zahlreiche HistorikerInnen und an Geschichte interessierte Frauen und einige Männer haben daran über 16 Jahre lang gearbeitet. Entstanden ist eine Sammlung von Politikerinnen, Gewerkschafterinnen, Wissenschaftlerinnen, Künstlerinnen, Sozialarbeiterinnen, Tänzerinnen, Sängerinnen, Schauspielerinnen, Pädagoginnen, Architektinnen, Fotografinnen, Schriftstellerinnen, Freidenkerinnen, Frauenrechtlerinnen und Feministinnen, Widerstandskämpferinnen, Friedenskämpferinnen und anderen Frauen aus den internationalen emanzipatorischen Bewegungen. Das Buch ist ein Nachschlagewerk über bekannte, aber auch zu Unrecht vergessene Frauen, die zwischen den Welten gewandert sind und zeitlebens keine Ruhe geben wollten. Sie kämpften für eine bessere friedliche Welt. Weiterführende Literaturhinweise und ein ausführliches Register machen das Buch zu einem hilfreichen Handbuch.

Notz, Gisela (2018) [Hrsg.]: „Wegbereiterinnen: Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte“; Verein zur Förderung der sozialpolitischen Arbeit



Heraus mit dem Frauenwahlrecht

FRAUEN-TAG

8. MÄRZ 1914

Historisches sozialdemokratisches Mobilisierung-Plakat zum 8. März 1918 wurde das allgemeine Wahlrecht ohne Geschlechtsunterschied eingeführt

Generalstreik und Repression

Berlin im März 1919

/ FSI Geschichte (FU Berlin)

Aus dem öffentlichen Gedächtnis ist weitgehend verdrängt, dass die revolutionäre Phase in Berlin nicht mit der Novemberrevolution und dem sogenannten Spartakusaufstand 1919 endete, sondern es im März des gleichen Jahres, wie Richard Müller in „Der Bürgerkrieg in Deutschland“ schreibt, zur „gewaltigste[n] Erhebung des deutschen Proletariats, der Arbeiter, Angestellten und Beamten und selbst eines Teils der kleinbürgerlichen Mittelschichten [kam]. Eine Erhebung, die an Größe und Tiefe bisher noch nicht zu verzeichnen war“. (s. Müller, S. 668)

Was war passiert? In vielen Städten und Industriegebieten Deutschlands kam es im Frühjahr 1919 zu großen Streiks, aus denen sich viele Zeitgenoss*innen eine zweite revolutionäre Welle (angelehnt an Russlands Februar- und Oktoberrevolution 1917) erhofften. Die Forderungen waren v.a. die Anerkennung der Arbeitenden- und Soldaten-Räte als wichtigste politische Struktur in Abgrenzung zur in Weimar tagenden Nationalversammlung, sowie die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Während im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland bereits Mitte Februar der Generalstreik begann, dauerte es in Berlin bis zum 3. März, dass die Vollversammlung der Berliner Räte auf Drängen der Basis den entsprechenden Beschluss fasste. Bis dahin waren die Streiks in anderen Gebieten bereits wieder am Abflauen bzw. niedergeschlagen worden.

Die Verzögerung kam u.a. durch das Hintertreiben des Streiks durch die MSPD-Delegierten im Zentralrat und im Berliner Vollzugsrat zustande. Letztendlich gab es aber doch kein Halten mehr. Einige Großbetriebe waren bereits von sich aus in den Streik getreten und auch viele MSPD-Arbeiter*innen schlossen sich, enttäuscht von der Tatenlosigkeit und dem Opportunismus der Regierung Scheidemann, den Streikforderungen an. Der Streikbeschluss wurde schließlich mit den Stimmen der USPD und KPD, sowie einigen aus der MSPD, verabschiedet. Zusätzlich zu den oben erwähnten Forderungen wurden noch eine Umstrukturierung des Militärwesens, die Freilassung aller politischen Gefangenen, ein Revolutionstribunal gegen die Hauptschuldigen am Krieg, die Bildung einer Roten Garde und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert. Die Streikleitung ging an den Vollzugsrat der Arbeiter*innen- und Soldatenräte Groß-Berlins. Jedoch verweigerten die demokratische Fraktion

(aufgrund von Ablehnung des Streiks) und die KPD (da sie nicht mit bisher gegen den Streik agitierenden MSPD-Mitgliedern die Streikleitung bilden wollte), die Teilnahme an dieser. Die KPD bildete schließlich ihre eigene Streikleitung. Außerdem wurde beschlossen, einige Branchen vom Streik auszunehmen, z.B. die Strom-, Gas-, und Wasserversorgung, die Lebensmittelbranche, die Feuerwehr und das Krankenhauswesen. Jedoch wurde es versäumt, die Drucker*innen vom Streik auszunehmen, was letztlich dazu führte, dass die Arbeiter*innenpresse, mit Ausnahme des „Mitteilungsblattes“ der Streikleitung, welches nur einmal erschien, stillstand.

Auf den Straßen kam es bereits in den ersten Stunden des Streiks zu Zusammenstößen zwischen Soldaten und Polizisten auf der einen, sowie Matrosen und Arbeiter*innen auf der anderen Seite. Auch wurden bis zum 4. März 32 Polizeireviere überfallen und geplündert. Vermutlich wurden diese Aktionen nicht gesteuert, sondern von den Arbeiter*innen nach Provokationen in Eigenregie durchgeführt. Ebenso kam es zu vereinzelt Plünderungen von Geschäften rund um den Alexanderplatz. Noch am 3. März verhängte die Regierung den Belagerungszustand über Berlin und die umliegenden Kreise. Damit ging sämtliche Gewalt auf den Reichswehrminister Gustav „Bluthund“ Noske über, der sogleich davon Gebrauch machte, indem er elementare Grundrechte, u.a. die persönliche Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf ordentliche Gerichtsbarkeit aussetzte und seine militärischen Kompetenzen erweiterte. Dietmar Lange interpretiert dieses Vorgehen passend als Verkündung einer Militärdiktatur. Sogleich wurde von rechten Freikorps das Regierungsviertel abgeriegelt und Mitglieder der KPD wurden in „Schutz“haft genommen.

Am Morgen des 4. März schrieb Ernst Däumig im „Mitteilungsblatt“: „Die Große Streikwelle, die über das ganze Reich hinweggeht, ist jetzt auch über Berlin gebrandet. Zwei Millionen Proletarier haben die Arbeit niedergelegt und protestieren gegen die ganze Jämmerlichkeit der jetzigen Regierung, geben ihrem Groll darüber Ausdruck, daß bis heute die dringenden Forderungen des Proletariats nicht allein nicht erfüllt, sondern mit Füßen getreten worden sind“ (s. „Mitteilungsblatt“ 04.03.1919, Nr.1). Außerdem appellierte er an alle Hand- und Kopfarbeiter*innen, solidarisch zu sein, prangerte den Belagerungszustand an und warnte vor unüberlegten Aktionen (Plünderungen u.ä.). Die Zahl von zwei Millionen war zum Erscheinen des „Mitteilungsblatts“ deutlich übertrieben, da die meisten Kleinbetriebe erst im Laufe des 4. März in den Streik eintraten. Dietmar Lange schätzt, dass sich auf dem Höhepunkt des Streiks (5.–6. März) 700.000–800.000 Arbeiter*innen im Streik befanden.

Der Streik hatte also große Wirkung und ein Großteil der Industrie, des Gewerbes und der Verkehrsbetriebe befand sich im Ausstand. Nun zeigte sich aber ein großes Problem: die Zeitungen der KPD konnten nicht erscheinen, da die Druckerei der „Roten Fahne“ von Regierungstruppen zerstört worden war. Die der USPD auch nicht, da sie sich an den Beschluss der Streikleitung gebunden fühlte. Das „Mitteilungsblatt“ wurde von Noske auf Grundlage des Belagerungszustands verboten. Auf der anderen Seite erschienen die meisten bürgerlichen Zeitungen und der „Vorwärts“ weiter und agitierten gegen den Streik. Damit wurden sie zur einzigen Informationsquelle, was zu Verunsicherung unter den Streikenden führte.

Mit knapper Mehrheit wurde auf der Vollversammlung am 4. März entschieden, eine Verhandlungskommission nach Weimar zu entsenden. Die Zugeständnisse, die diese bekam, waren eher gering. Es sollte zwar Räte geben, die sich jedoch nur mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen hätten und paritätisch aus Arbeiter*innen- und Unternehmervertreter*innen zusammengesetzt sein sollten. Hinsichtlich der geforderten Sozialisierungen wurde auf die Gesetzesvorlagen in der Nationalversammlung verwiesen, die jedoch eher eine mögliche Bildung von Syndikaten im Sinne einer Kriegswirtschaft als wirkliche Vergemeinschaftung der Produktionsmittel vorsahen. Bezüglich der weiteren Forderungen (Freilassung der Gefangenen, Abzug der Freikorps usw.) wurde auf die aktuellen Unruhen in der Stadt verwiesen und somit die Erfüllung dieser Forderungen auf die Zukunft

nach Wiederherstellung der „Ordnung“ verschoben. Der Wunsch nach diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wurde mit Verweis auf ein wahrscheinliches Verbot der Alliierten abgelehnt. Mit diesen allenfalls symbolischen Zugeständnissen kehrte die Kommission am 6. März nach Berlin zurück. Einem recht großen Teil der MSPD-Räte genügte dieses Verhandlungsergebnis jedoch, um wenig später ohne Gesichtsverlust aus dem Streik austreten zu können.

Neben den bereits erwähnten Überfällen auf Polizeireviere kam es recht bald zu militärischen Auseinandersetzungen auf den Straßen Berlins. Von wem diese ursprünglich ausgingen, ist unklar. Es sollte jedoch erwähnt werden, dass die meisten revolutionären Organisationen von Spitzel*innen und Provokateur*innen durchsetzt waren, die sicherlich nicht untätig blieben. Auch waren die zurückliegenden Niederlagen unter den Arbeiter*innen noch sehr präsent: Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die brutale Niederschlagung des Januaraufstands, die Restauration der kaiserlichen Gewalt und letztlich das selbstherrliche Auftreten der rechten Freikorps.

Die Volksmarinedivision (VMD), welche nach dem Ausscheiden der meisten radikaleren Mitglieder nach den Weihnachtskämpfen ihre Treue zur Regierung erklärt hatte und sich zunächst daran machte, Plündernde zu verhaften, wurde von Freikorpsoldaten beschossen. Glaubte sie zunächst noch an ein Missverständnis, wurde sie durch die Erschießung ihres Anführers und die Tatsache, dass keine Garantie über Sicherheit vor weiterem Beschuss abgegeben wurde, eines Besseren belehrt. Daraufhin begann sie am Abend des 5. März, Waffen an die Menge auszugeben und den Widerstand gegen die Freikorps zu organisieren. Auch Teile der Republikanischen Soldatenwehr (RSW) schlossen sich ihnen an. Die Regierungstruppen, angeführt von der Gardekavallerieschützendivision (GKSD), setzten nun z.T. Minenwerfer und schwere Artillerie gegen die Aufständischen und Matrosen ein, wodurch der Widerstand um den Alexanderplatz und das Regierungsviertel bis zum 7. März gebrochen werden konnte.

Mit dem Einmarsch der Regierungstruppen kam es zu zahlreichen, willkürlichen Verhaftungen der Streikenden. Dies und die parallel stattfindenden Kämpfe in der Stadt radikalisierten weite Teile der Arbeiter*innenschaft. Es wurde gefordert, den Streik



Mobilisierungsplakat des Spartakusbundes (KPD) 1919

auch auf Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke auszudehnen, umgehend eine Rote Garde zu bilden und die Kommandogewalt an den Arbeiter*innen- und Soldatenrat zu übergeben. Richard Müller lehnte diese Forderungen ab, da es keine Mittel für die Bewaffnung einer Roten Garde und keine Truppen zum Befehligen gäbe. Dies verkannte jedoch die kämpfenden Matrosen und Soldaten von VMD und RSW. Der Streik der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke wurde schließlich per Abstimmung angenommen, woraufhin ein Großteil der MSPD-Fraktion (bis auf ca. 20 Mitglieder) den Saal - und damit den Streik - verließ. Richard Müller trat daraufhin von der Streikleitung zurück, übernahm sie jedoch später wieder. Die Einigung zwischen USPD und KPD über eine neue, paritätisch besetzte, Streikleitung scheiterte. Am folgenden Tag (7. März) begann eine massive Propagandakampagne der MSPD gegen die Fortführung des Streiks. Auch die (MSPD-nahe) Gewerkschaftskommission empfahl einen Abbruch - mit der Begründung, dass „ein Teil der Forderungen der streikenden Arbeiterschaft von der Regierung bewilligt wurde“ (s. Lange, S. 118) und eine Ausdehnung des Streiks schwere Folgen für die „Volksgesundheit“ haben würde. Ebenfalls am 7. März verschärfte sich die Repression der GKSD, diesmal v.a. gegen die Streikenden. Es wurden Streikposten verhaftet und Betriebe besetzt, insbesondere die Elektrizitäts- und Wasserwerke. Dadurch konnte die Versorgung in den bürgerlich geprägten Westteilen Berlins, beispielsweise in Charlottenburg, wiederaufgenommen werden, während in den Arbeiter*innenquartieren im Osten Berlins und in Spandau der Strom ausblieb.

Die Lage schien aussichtslos. Die Aktionsgemeinschaft war zerbrochen, die Bestreikung der Versorgungsbetriebe zeigte nicht die gewünschte Wirkung und die Bedrohung durch die rechten Freikorps wuchs. Angesichts dieser Umstände wurde über einen Abbruch des Streiks beraten und dieser anschließend beschlossen - unter der Bedingung, dass es zu keinerlei Maßregelungen kommen würde, alle während des Streiks Verhafteten freigelassen würden, das Militär die besetzten Betriebe räumen würde, die Freikorps aus der Stadt abziehen würden und der Belagerungszustand aufgehoben würde. Noske lehnte sämtliche Forderungen ab, abgesehen von einem kleinen Zugeständnis, dass von ihm selbst keinerlei Maßregelungen ausgehen würden und verwies auf andere Stellen, z.B. die Staatsanwaltschaft. Die Regierungstruppen waren derweil zu offenem Terror übergegangen und legten teilweise ganze Straßenzüge in Schutt und Asche. Aufgrund der Ausweglosigkeit beantragte Müller, den

Streik, nun quasi bedingungslos, zu beenden. Dieser Antrag wurde (knapp, denn viele Delegierte wollten den Streik trotz allem fortsetzen) angenommen. Somit war der Generalstreik am 8. März offiziell beendet und der Betrieb wurde nach und nach wieder aufgenommen.

Nach den Niederlagen am Alexanderplatz zogen sich die Kämpfenden, v.a. (männliche) Arbeiter und Matrosen, aber auch viele Jugendliche und Frauen, die beim Barrikadenbau oder anderswie geholfen und zum Teil auch aktiv in die Kämpfe eingegriffen hatten, in die umliegenden Straßen und v.a. Richtung Osten, wo es den meisten Zulauf gab, zurück. Zur Parteizugehörigkeit schilderte Kurt Nettball (Freie Sozialistische Jugend): „Die mit der Waffe in der Hand Kämpfenden waren nicht alle Kommunisten und linke USPD-Genossen, es waren nicht wenige SPD-Mitglieder und parteilose Arbeiter dabei, aber auch viele Anarchisten und Syndikalisten“ (s. Lange, S. 133). Das brutale Vorgehen der Freikorps ließ die Arbeiter*innen also sämtliche Spaltungen vergessen, um gemeinsam gegen die Reaktion zu kämpfen und die eigenen Viertel zu verteidigen. Während die Aufständischen - oder inzwischen vielmehr die Verteidiger*innen, nur über leichte Bewaffnung und wenig Artillerie verfügten, hatten die Freikorps eine Vielzahl an Geschützen und setzten sogar Fliegerbomben ein, um so die Barrikaden ohne Rücksicht auf zivile Opfer oder Zerstörungen der Stadt eine nach der anderen niederzumachen. Einige Bewohner*innen hätten eine feindliche Besatzungsmacht dieser sozialdemokratischen Regierung vorgezogen, wie es aus einer zeitgenössischen Notiz hervorgeht: „Schade, daß es [gemeint ist Berlin] nicht von Feinden besetzt ist (Amerikaner oder Franzosen)“ (s. Lange, S. 135).

Besonders lange und heftig tobten die Kämpfe im damals noch eigenständigen Lichtenberg. Nachdem von Schüssen aus dem Lichtenberger Polizeipräsidium berichtet wurde, entschlossen sich die Aufständischen am 8. März zum Angriff. Nach MG-Sperrfeuer und Einsatz von Handgranaten gaben die Polizisten auf, auch weil die erhoffte Verstärkung ausblieb. Ein Beamter wurde bei den Kämpfen getötet, ein Großteil konnte fliehen und ca. 20 Polizisten wurden von den Aufständischen gefangengenommen. Ein besonders unbeliebter Offizier, genannt „Schweinebacke“, wurde von der aufgebrachten Menge gelyncht, bevor die Kämpfenden ihn in einen LKW laden konnten. Am darauffolgenden Tag, den 9. März 1919, berichtet die B.Z. am Mittag von einem Massaker der „Spar-



Freikorpsstruppen stürmen den Alexanderplatz 1919

takisten“ bei einem Überfall auf eine Polizeistation, bei der 60 Polizisten „auf viehische Weise niedergemacht“ (s. BZ am Mittag, 9.3.1919, Nr. 9.) worden seien. Die bürgerliche Presse (inkl. des „Vorwärts“) übernahm die Meldung, während kritische Zeitungen, z.B. die USPD-Zeitung „Freiheit“, verboten wurden und schmückte sie um weitere angebliche Gräueltaten aus. Damit war der Boden für Noskes berüchtigten Schießbefehl bereitet: „Die Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu folgendem Befehl: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen“ (s. Lange, S. 138).

Es handelte sich jedoch um eine gezielte Falschmeldung. Die B.Z. legte später ihre Quellen offen, die belegen, dass ihr die Meldung sowohl von militärischen Stellen als auch aus dem Preußischen Staatsministerium übermittelt wurde. Das zeigt, dass die Falschmeldung von der GKSD mit Absicht gestreut wurde, um den Schießbefehl durchsetzen zu können. Auch in anderen Fällen dämonisierte die Presse die Aufständischen, indem sie ihre Zahl weit übertrieb, von weiteren angeblichen Massakern, Besetzungen, Plünderungen und Zerstörungen berichtete und auch bei die Bewaffnung weit übertrieb. Selbst ein Flie-

gerangriff sollte auf das Konto der Aufständischen gehen. Viele dieser Fälle waren vollkommen aus der Luft gegriffen, die meisten realen Ereignisse wurden stark skandalisiert. Das USPD-Mitglied Hugo Albrecht kommentierte: „[Sie] wissen, daß wir Deutschen an dem Unfug leiden, daß wir lesen können; wenn wir zur Hälfte Analphabeten wären, würde es nicht möglich sein, uns so belügen zu können“ (s. Engel/ Huch/ Materna, S. 124).

Die Militärs nutzten den Schießbefehl, um noch brutaler vorzugehen. Es kam zu massenhaften Exekutionen. Für viele Militärs war es auch eine Möglichkeit, sich für die als Schmach empfundene Revolution zu rächen. So äußerte sich z.B. ein Hauptmann: „Wir haben am 9. November beide Augen zugeedrückt, jetzt gibt es kein Pardon mehr, jetzt gehen wir durch“ (ebd. S. 158). Die Aufständischen wurden am 10. Und 11. März endgültig in Lichtenberg eingekesselt. Zuletzt waren es vermutlich nur noch ca. 300 Kämpfer*innen, die der Direktor der städtischen Gas-, Wasser, und Elektrizitätswerke (also ein Bürgerlicher) als „eigentliche Verteidiger von Lichtenberg“ (ebd. S. 137) bezeichnete. Sie erklärten sich zur Kapitulation bereit, sollten die Freikorps abziehen und eine partei- und klassenübergreifende Volkswehr gebildet werden. Für Noske gab es jedoch nur „entweder bedingungs-

lose Übergabe oder gar nichts“ (s. Lange, S. 147). Im Laufe des 12. März gingen die letzten Widerstandsbastionen verloren, auch weil einigen Aufständischen die Munition auszugehen drohte. Die Überlebenden versuchten mithilfe der Anwohner*innen zu fliehen. Nun brach sich der weiße Terror endgültig Bahn. Im Lokal „Schwarzer Adler“ an der Frankfurter Allee / Ecke Möllendorfstraße wurde ein Standgericht eingerichtet und es kam an verschiedenen Orten zu Massenexekutionen. Auf einen Fall soll hier näher eingegangen werden: nahe des „Schwarzen Adler“ wurden elf Gefangene an andere Quellen sprechen von bis zu 15, an einer Friedhofsmauer exekutiert. Laut den Erinnerungen von Franz Beiersdorf sollen diejenigen, die sich wehrten, sogar mit dem Gewehrkolben totgeschlagen worden sein. Am Tatort, der „Blutmauer“, wurden mehrmals Gedenktafeln angebracht, zuletzt 1978. In einem großen Schriftzug werden die hier Ermordeten fälschlich als „Spartakuskämpfer“ bezeichnet. Darunter befinden sich zwei Tafeln mit den Namen von acht Ermordeten und dem Hinweis auf drei weitere unbekannte Matrosen. Sucht man die Namen im Lichtenberger Standesamtsregister, ergeben sich einige weitere Informationen:

Wilhelm Fritz Gast (28 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg), Ferdinand Albert Gast (21 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg), Erich Adalbert Renk (20 Jahre, Bäckermeister, wohnhaft in Lichtenberg), Johann Karl Rudolf Lebede (18 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg), Walter Georg Robert Pormann (16 Jahre, Hausdiener, wohnhaft in Lichtenberg), Albert Gustav Schnick (46 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg), Julian Kuklinski (35 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg) und Karl Eduard Friedrich (53 Jahre, Arbeiter, wohnhaft in Lichtenberg). Vermutlich muss auch der nicht auf den Tafeln genannte Otto Albert Schnick (15 Jahre, Arbeitsbursche, wohnhaft in Lichtenberg) dazugezählt werden. Er war der Sohn Gustav Schnicks und auf seiner Sterbeurkunde ist derselbe Sterbeort und -Tag wie bei diesem angegeben. Bei Albert und Fritz Gast, Julian Kuklinski und Karl Rudolf handelte es sich, wie bei den drei Unbekannten, ebenfalls um Matrosen.

Auch in anderen Teilen Berlins kam es zu Erschießungen und Misshandlungen. Insgesamt sind laut offiziellen Berichten ca. 1.200 Menschen während der Märzkämpfe ums Leben gekommen, die meisten vermutlich durch das rücksichtslose Vorgehen der Regierungstruppen. Außerdem wurden zahlreiche Gefangene ermordet, legitimiert durch Noskes Erlass. Das

bekannteste Opfer war wahrscheinlich Leo Jogiches, der seit der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs Vorsitzender der KPD war, den Ablauf der Morde recherchierte und in einem Artikel in der Roten Fahne vom 12.02.1919 der Öffentlichkeit enthüllte. Er wurde am 10. März in Neukölln verhaftet, im Gefängnis misshandelt und anschließend „auf der Flucht erschossen“. Die Täter wurden nicht bestraft, sondern machten im Gegenteil Karriere in der Weimarer Republik. Am 16. März wurde der Schießbefehl schließlich aufgehoben, was das endgültige Ende der Märzkämpfe und letztlich den Niedergang der mit der Novemberrevolution begonnenen revolutionären Phase bedeutete.

Der Generalstreik ist eine Aktionsform, die in erster Linie aus der anarchosyndikalistischen Tradition der Arbeiter*innenbewegung stammt. Die Idee besteht darin, durch einen flächendeckenden, branchenübergreifenden Streik nicht nur wirtschaftliche, sondern v.a. politische Forderungen durchzusetzen. So ist es auch wenig verwunderlich, dass es vor kurzem, im Jahr 2017, zu anarchistisch/anarchosyndikalistisch inspirierten Generalstreiks im historisch stark von dieser Tradition geprägten Katalonien kam, um für die Unabhängigkeit von Spanien zu demonstrieren. In der im Gegensatz dazu marxistisch geprägten deutschen Sozialdemokratie spielte der Generalstreik als Konzept zunächst keine Rolle. Erst durch die sogenannte Massenstreikdebatte in der SPD, ausgelöst u.a. durch den zunächst erfolgreichen Einsatz dieser Protestform in der Russischen Revolution von 1905, wurde das Thema präsent. In den verschiedenen Flügeln der Partei (v.a. im linken Flügel um Rosa Luxemburg) wurde der Generalstreik als politisches Mittel durchaus in Betracht gezogen, jedoch sprachen die Gewerkschaften, auch weil sie um ihren Einfluss fürchteten, sich deutlich gegen diese Taktik aus, weshalb es bis zur Novemberrevolution effektiv nicht zu Generalstreiks in Deutschland kam. Nun kann natürlich anhand eines einzigen Beispiels nicht erläutert werden, ob und inwieweit der Generalstreik ein probates politisches Mittel ist. Jedoch können, auch im beinahe 100-jährigen Rückblick, Lehren gezogen werden.

Zwar scheint in der aktuellen politischen Situation in Deutschland, aufgrund von wenig vorhandenem Klassenbewusstsein und -organisation, die Frage nach einem Generalstreik als geradezu utopisch. Nichtsdestotrotz sollte eine Linke, die die Hoffnung auf eine bessere Welt (und liegt diese auch so fern in der Zukunft) noch nicht aufgegeben hat, an diese Zukunft

denken, indem Ereignisse reflektiert und Lehren daraus gezogen werden. So zog auch Lenin 1906 Lehren aus den Streiks der 1905er Revolution: Er rekapitulierte, „daß der politische Streik im Oktober, der [...] die absolutistische Regierung zwang, die Grundlagen der politischen Freiheit zu proklamieren, die gigantische Kraft des Proletariats [...], selbst bei allen Mängeln der Klassenorganisation, gezeigt hat“ (s. Lenin, S. 144 f.). Jedoch sei „der politische Generalstreik im gegenwärtigen Zeitabschnitt der Bewegung nicht so sehr als selbständiges Kampfmittel, denn vielmehr als ein Hilfsmittel für den Aufstand zu betrachten“. Er ist daher „der Hauptform des Kampfes, des bewaffneten Aufstands, unterzuordnen“. Die Situation des Märzstreiks 1919 unterschied sich jedoch in einem bedeutenden Punkt von Russland 1905. Bei letzterem handelte es sich um eine Monarchie, während es im März 1919 in Deutschland eine demokratische Regierung mit großer Beteiligung vermeintlicher Sozialdemokrat*innen gab. Diese hatten trotz allem noch einen bedeutenden Rückhalt unter der Berliner Arbeiter*innenschaft. Bereits der Januaraufstand 1919 hatte deutlich gemacht, dass der Großteil dieser Basis nicht für einen bewaffneten Aufstand zu gewinnen war. Dies hatten im Märzstreik auch die radikaleren Kräfte eingesehen, weshalb versucht wurde, möglichst deeskalierend auf Gewaltausbrüche einzuwirken, um den Streik nicht erneut zu diskreditieren. Die Regierung zeigte jedoch, dass diese keines Vorwands bedurfte. Sie war nicht bereit, reale Zugeständnisse zu machen und griff nun ihrerseits zur of-

fenen Gewalt, um die kapitalistische und parlamentarische Ordnung zu erhalten. Hier versäumte nun die Streikleitung die Chance, den Schulterschluss mit den sich radikalierenden Arbeiter*innen und den in den Kampf eingetretenen Truppen von VMD und RSW zu üben. Selbst am 7. März sprach Richard Müller, unter vollkommener Verknennung der Lage, noch von „Freiwilligen-Verbänden, [die] sich selbst den Kopf zerschlagen“ (s. Engel/ Huch/ Materna, S. 114) würden. Es fehlte also allgemein an Geschlossenheit. Dies zeigt sich auch in der eigenständigen Streikleitung der KPD und daran, dass die Streiks regional zersplittert und nicht einheitlich koordiniert waren.

Sicherlich hatten die Streikenden auch die Stärke und Brutalität des Militärs unterschätzt. Ob die Kämpfe, wären sie geschlossener geführt worden, ein besseres Ergebnis gebracht hätten, sei dahingestellt. Angesichts der mit aller Härte geführten Repression wäre auf jeden Fall eine große Massenbewegung mit einem entschlossenen, militärisch erfahrenen Kern von Nöten gewesen. Die Ereignisse verdeutlichen zumindest eines: die SPD zieht es im Zweifel immer auf die Seite der Bourgeoisie. Sie hat keine Skrupel, eine gemeinsame Aktion zu hintertreiben und gerade noch als Genoss*innen Bezeichnete anschließend zusammenschießen zu lassen. Mit ihr war damals keine und mit ihr ist heute erst recht nicht mehr revolutionäre Politik zu machen. Uns bleibt nur, der Toten zu erinnern und aus dem Wissen um die Niederlagen neue Stärke zu gewinnen.

Quellen:

Engel, Gerhard / Huch, Gaby / Materna, Ingo (1993) „Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlung und des Vollzugsrates“ 3 Bände, Berlin

Hoffrogge, Ralf (2018) „Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution“ ; Berlin

Jones, Mark (2017) „Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik“ In: „Schriftenreihe der BPB“ Band 10133 ; Bonn

Juchler, Ingo (2018) „1918/1919 in Berlin. Schauplätze der Revolution“ ; Berlin

Lange, Dietmar (2012) „Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919“ ; Münster

Lange, Dietmar (2012) „Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919“ ; Münster

Lenin, Wladimir Iljitsch (1958) „Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR“, Resolutionsentwürfe zum Vereinigungsparteitag der SDAPR, in Lenin-Werke Band 10, Berlin 1958, hier S. 144f

Müller, Richard (2018) „Der Bürgerkrieg in Deutschland“ , In: Müller, Richard „Eine Geschichte der Novemberrevolution Band 1–3“, S. 519–717 (Hrsg. Gester, Jochen / Hoffrogge, Ralf /Knirsch, Rainer) ; Berlin

Weipert, Axel (2013) „Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830–1934“ ; Berlin

Die Bayerische Räterepublik

/ Prolos Nürnberg

*Ein wenig beachtetes Kapitel der revolutionären Geschichte Deutschlands ist das der bayerischen Räterepublik. Entstanden ist sie in einem langen und widersprüchlichen revolutionären Prozess, der mit dem Matrosenaufstand in Kiel mehr oder weniger seinen Anfang nahm. Die bürgerliche Geschichtsschreibung verpasst ihr oft die Bezeichnung „Räterepublik der Dichter“. Tatsächlich ist die hohe Beteiligung von Intellektuellen, Künstler*innen und berühmten Schriftsteller*innen, wie etwa Oskar Maria Graf, Lujo Brentano, Bruno Walter, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Heinrich Mann, Rainer Maria Rilke und Ernst Toller charakteristisch. Sie bildet ein Merkmal der Räterepublik, welches sie auch politisch und kulturell beeinflussen sollte.*

Die Geschichte der bayerischen Revolution kommt am 5. November 1918 ins Rollen, als im Münchener Hackerkeller eine Diskussionrunde zum Kieler Matrosenaufstand stattfinden soll. Der Andrang ist jedoch so groß, dass die Menschenmenge auf die Theresienwiese ausweichen muss. 20.000 sind gekommen. Kurt Eisner (USPD) ist zuversichtlich, dass München innerhalb der nächsten 48 Stunden aufstehen werde. Die meisten sind sich sicher, dass jetzt die Revolution kommt. Doch nach Ende der Demonstration gehen alle nach Hause. Zwei Tage später, am 7. November, dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, versammeln sich 60.000 Menschen auf der Theresienwiese. Neben Erhard Auer (SPD) hält auch Kurt Eisner eine Rede. Doch während Auer die Massen mit Forderungen nach Frieden und Reformen – er will den Achtstundentag einführen, Frieden schließen und den Kaiser absetzen lassen – befrieden möchte, ruft Kurt Eisner zur Revolution auf. Der Schriftsteller Oskar Maria Graf erinnert sich später wie folgt daran:

„Plötzlich schrie Felix Fechenbach [Gründungsmitglied der USPD. Anm. d. Verf.] in Feldgrau laut und beinahe kommandomäßig in die bewegte Menge: »Genossen! Unser Führer Kurt Eisner hat gesprochen. Es hat keinen Zweck mehr, viele Worte zu verlieren. Wer für die Revolution ist, uns nach! Mir nach! Marsch!« Und mit einem Schlage gerieten die johlenden Massen ins Vorwärtsdrängen. Wie eine kribbelige, schwarze Welle wälzten sich tausende und abertausende Menschen hangaufwärts auf die Straße; weiter ging es im Schnellschritt, an geschlossenen Häusern und herabgezogenen Rolläden vorbei, den Kasernen zu.“ (s. Maria Graf, S. 361).

Diesmal gingen die Menschen nicht mehr nach Hause. Sie holten die Soldaten aus den Kasernen, welche nur darauf warteten, mit der Kasernierung Schluss zu machen und sich begeistert anschlossen. Die Demonstration schwoll zur Revolution an. Strategische Orte in der Stadt wurden besetzt, unter anderem die wichtigsten Regierungsgebäude. Im Mathä-

serbräu wurden ein Arbeiter*innen- und Soldatenrat und ein Bauernrat gegründet. Diese wählten Kurt Eisner zum Ministerpräsidenten des nun proklamierten „Freien Volksstaats Bayern“. Die Republik war ausgerufen. König Ludwig III. floh mitsamt seiner Familie in einer Nacht- und Nebelaktion nach Schloss Wildenwart im Chiemgau. Damit endete die 738 Jahre alte Herrschaft der Wittelsbacher Dynastie über Bayern und niemand interessierte sich mehr für sie. Erhard Auer forderte noch in der selben Nacht 500 Mann Garnison an, um die Revolution zu beenden. Doch diese waren nicht mehr aufzutreiben. Die Revolution geschah ohne einen einzigen Todesfall.

Am 9. November tritt die neue Regierung das erste Mal zusammen. Der „Verräter Auer“ wird Innenminister. Erich Mühsam und Gustav Landauer werden in den „Revolutionären Arbeiterrat (RAR)“ einberufen. Dieser ruft zu Rätewahlen in ganz Bayern auf und gründet auf Grundlage von Betriebsratswahlen den Münchener Arbeiterrat. Schließlich wird eine Landesräteversammlung gegründet mit einem Zentralrat an der Spitze. Im gesamten bayerischen Gebiet gründen sich Arbeiter*innenräte. Insgesamt soll es im Verlauf der Revolution bis zum Ende der Räterepublik im Mai 1919 ca. 7000 Räte in ganz Bayern gegeben haben. Der Münchener Arbeiterrat, bestehend aus 400 Arbeiter*innen, die größtenteils der USPD angehören, beschließt: „(...) daß ihm sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nicht angehören dürften, damit sein Charakter als Organ der Werktätigen selbst nicht verwischt würde“ (s. Mühsam). Wie überall, kämpfen auch hier Frauen an vorderster Front. Sie organisieren sich jenseits von Parteigrenzen eigenständig im „Bund Sozialistischer Frauen“, „(...) der sich die politische Aufklärung und Schulung der Frauen zur Aufgabe gemacht hat“ (ebd.). Unter ihnen sind bekannte bürgerliche und revolutionäre Frauenrechtlerinnen wie Lida Gustava Heymann, Anita Augspurg, Frida Rubiner und Gertrud Baer.

Während die Lage weiter angespannt bleibt und die verschiedenen politischen Fraktionen miteinander im Streit liegen, gründen der Anarchist Erich Mühsam und das spätere KPD-Mitglied Hilde Kramer die „Vereinigung revolutionärer Internationalisten Bayerns“, um die Revolution weiter in Richtung Sozialismus und Räterepublik zu treiben. Die Anfänge der Revolution sind davon geprägt, dass unterschiedliche revolutionäre Akteur*innen und Fraktionen der Arbeiter*innenbewegung trotz Differenzen eng zusammenarbeiten. Dies hat zum einen mit dem allgemein schwachen Organisationsgrad revolutionärer Kräfte zu tun, aber auch damit, dass die Revolution nicht nur vom Hunger, dem Hass auf Krieg und König vorangetrieben wird, sondern auch von einem gewissen Utopismus der Münchener Bohème, zu der auch Erich Mühsam zählt. Ab Anfang 1919 spitzt sich die Lage massiv zu. Am 12. Januar findet die Wahl zum verfassungsgebenden Landtag statt, welche von KPD und Anarchist*innen boykottiert wird. Die USPD, die mehrheitlich für eine Räterepublik steht, unterliegt deutlich der SPD und anderen Parteien, die einen pluralistischen Parlamentarismus vertreten. Am 15. Januar erreicht die Nachricht von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Bayern.

„In einer Frühe klopfen mich Schorsch und das Fräulein aus dem Schlaf und brachten die Nachricht von der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs. [...] »Idioten!« rief ich beim

Durchlesen der empörten Artikel über Liebknechts und Rosa Luxemburgs Ermordung: »Da schreien sie jetzt von Bluthunden und Mördern! . . . Noske ist bloß konsequent! Die Spartakisten predigen andauern die Eroberung der Macht durch Waffengewalt, aber wenn gegen sie wer kämpft und sie besiegt, heißen sie's Verbrechen! Wer Kampf will, kann sich doch nicht beklagen, daß der Gegner auch kämpft!«“ (s. Maria Graf, S. 400 f.)

Trotz der deutlichen Mehrheit für die SPD wollen die Arbeiter*innen nicht mehr hinter die Forderung nach einer sozialistischen Revolution zurück. Es kommt zu Massendemonstrationen auf der Theresienwiese, bei der die Ausrufung einer Räterepublik gefordert wird. Folglich gründet sich der Rätekongress, dem auch Erich Mühsam und Gustav Landauer angehören. Eisner will die Konsequenz aus der Wahlniederlage ziehen, wird aber kurz vor seiner geplanten Rücktrittserklärung auf dem Weg zum bayerischen Landtag von Anton Graf von Arco auf Valley, einem Antisemiten und völkischen Rechtsradikalen, ermordet. Nach anschließenden Tumulten im Landtag mit Schusswechseln und zwei weiteren Todesopfern wird die Landtagssitzung vertagt. In der Folge konstituiert sich ein provisorisch regierender Zentralrat der bayerischen Republik unter Ernst Niekisch (SPD). Die Arbeiter*innenschaft ruft, in Ablehnung dessen, den Generalstreik aus und über München wird der Belagerungszustand verhängt.



Mitglieder der ersten Bayerischen Räteregierung in Festungshaft (1920)

Der Rätekongress lehnt die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen SPD, USPD und dem damals als liberal geltenden „Bayrischen Bauernbund“, sowie die Einberufung des Landtags und Neuwahlen der Räte zunächst noch ab. Am 17. März wird Johannes Hoffmann (SPD) vom bayerischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Auseinandersetzungen um die Frage „Räterepublik oder Parlamentarismus?“ verschärfen sich. In dieser Zeit entsteht auch Erich Mühsams berühmtes Lampenputzer Gedicht „Der Revoluzzer“, welches sich gegen den Opportunismus der deutschen Sozialdemokratie richtet.

Als sich Ende März 1919 die Nachricht von der Ausrufung der sozialistischen Räterepublik in Ungarn unter der Führung Béla Kuns verbreitet, gibt das der Rätebewegung neuen Auftrieb. Die Revolutionäre sehen sich zum Handeln gezwungen und so wird Anfang April im durch Intellektuelle und Anarchist*innen dominierten Zentralrat die Erste Münchener Räterepublik ausgerufen. Die Regierung Hoffmann flieht nach Bamberg, gleichzeitig tritt die USPD aus der Koalition aus. Die Bamberger Exil-Regierung reagiert prompt. Ein von ihr gebilligter Putschversuch des Militärs gegen die Räterepublik wird von Rotgardisten unter Rudolf Egelhofer (KPD) niedergeschlagen. Kommunist*innen setzen darauf den Zentralrat ab und übertragen die Regierung einem „Vollzugsrat“ unter Eugen Leviné und Max Levien (beide KPD). Gustav Landauer und Ernst Toller erkennen den Vollzugsrat an und beteiligen sich zunächst auch an der „Zweiten Räterepublik“. Die „Erste Räterepublik“ scheitert nach nur wenigen Tagen. Erich Mühsam schreibt später in seinem an Lenin gewandten Rechenschaftsbericht dazu:

„Worin unser Fehler bestanden hatte, als wir die überstürzte Proklamation der Räterepublik vornahmen, erkannte ich nach einem Besuch des Genossen Axelrod bei mir. Er setzte mir auseinander, daß er der Ausrufung aus dem Grunde Widerstand entgegengesetzt haben würde, weil sie ohne die genügende unterirdische Vorbereitung im Lande ins Werk gesetzt wurde. Alle Persönlichkeiten hätten überall in Bereitschaft stehen, alle Proklamationen und Maßnahmen im Augenblick der Aktion fix und fertig sein, vor allem der militärische Schutz wirksam organisiert sein müssen. Erst dann hätten wir handeln dürfen – und es wäre auf die Formalitäten dabei nicht angekommen“ (s. Mühsam).

Die Angst der Bourgeoisie vor der Revolution verstärkt sich nun, da die Kommunist*innen an der Macht sind. Sie fürchtet „russische Verhältnisse“. In mehreren deutschen Städten mobilisieren vor allem völkische Studierende gegen die Räterepublik und

gründen bewaffnete „Freikorps“, unter ihnen 350 Mitglieder aus dem mittelfränkischen Erlangen. Zunächst wird die Räterepublik erfolgreich gegen den Versuch der „Freikorps“, München einzukesseln, verteidigt. Innerhalb der Räterepublik kommt es aber weiterhin zu Spannungen. Nach Ablehnung seines Kulturprogramms erklärt Gustav Landauer, resigniert über die Vorstellungen der KPD, seinen Rückzug aus der Politik für die kommunistische Räterepublik. Am selben Tag gelingt es Einheiten der „Roten Armee“ unter dem Kommando Ernst Tollers, die in Dachau stehenden Freikorpsverbände zu schlagen und sie zunächst zum Rückzug zu zwingen.

Am 17. April beschließt der SPD-Reichswehrminister Gustav Noske den Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München. Nach Auseinandersetzungen zwischen Kommunist*innen um Eugen Leviné und anderen Revolutionären um Ernst Toller, unter anderem über die Frage, ob angesichts der aussichtslos erscheinenden Lage Verhandlungen mit der Regierung Hoffman aufgenommen werden sollten, tritt der Aktionsausschuss unter Leviné zurück und wird als Provisorium unter Toller neu gewählt. Die Verhandlungsversuche mit der Bamberger Regierung scheitern jedoch, denn diese fordert die bedingungslose Kapitulation. Die SPD-Regierung paktiert weiterhin lieber mit rechtsradikalen „Freikorps“, Militärs, Großindustriellen, als überhaupt nur mit „gemäßigten“ linken Kräften. So groß ist die Angst vor der Revolution.

Die ersten Erfolge der Reaktionären beginnen am 30. April 1919. Bei heftigen Kämpfen in den Vororten Münchens kommt es zu grausamen Massakern der Freikorps an Angehörigen der „Roten Armee“, der Räterepublik und unbeteiligten Zivilist*innen. Rotgardisten töten daraufhin 10 ihrer Geiseln, unter denen vor allem Mitglieder der antisemitisch-völkischen „Thule Gesellschaft“ sind. Dass es sich dabei nicht um „unschuldige“ Opfer handelt, die dem „roten Terror“ zum Opfer fallen, zeigt die Geschichte. Dieser antisemitische völkische Geheimbund nutzt jede Gelegenheit, um gegen die verhasste Republik zu intrigieren, er gründet später die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP), deren Propagandachef Adolf Hitler sie zur NSDAP weiterentwickelt. Trotzdem geistert die hier genannte Begebenheit weiterhin als vermeintlicher Beweis für den „roten Terror“ durch die Geschichtsbücher. Am eigentlichen Kampftag der Arbeiter*innenklasse, dem 1. Mai, wird Gustav Landauer von Freikorps verhaftet und am darauffolgenden Tag im Gefängnis München-Stadelheim misshandelt und ermordet. Reichswehr

Süddeutsche Freiheit

Zeitung für das neue Deutschland

Verlag Süddeutsche Freiheit E. G. m. b. H. in München. Für die Redaktion verantwortlich: Gustav Klageshüter in München, Karfreisplatz 2/4. / Die Süddeutsche Freiheit erscheint bis auf weiteres jede Woche einmal und kostet in München und Vorstädten M. 1.50 vierteljährlich, 50 Pfennig monatlich frei zugestellt. / Einzelnummer 10 Pfennig. / Druck: Münchner Buchgewerkschaft M. Müller & Sohn, Schellingstraße 39-41. Fernspr. 26118. / Anlieferung: J. Pfalzer, Zeitungs-Zentrale Fürbergasse 27-28. Fernspr. 21054; Franz Kirmayer, Haupt-Zeitungsverlag, Schäfflerstr. 11. Fernspr. 21442 und in der Druckerei.

Alltägliche Inseratentnahme: Seefried & Brühl, München, Kaulbachstr. 61/0 / Fernsprecher 33709 / Anzeigenpreis die 8mal gepaltene Nonpareillezeile 60 Pfennig Rabatt nach Tarif

Nr. 9

Montag, den 13. Januar 1919

1. Jahrgang



Die „Süddeutsche Freiheit“
Herausgegeben in München von Unterstützer*innen der Spartakisten und Räterepublik 1918/19

und Freikorps nehmen München ein und beenden gewaltsam die Räterepublik.

„Als ich wieder durch die zwei dreckigen Höfe ging, sahen mich einige Hauseinwohner. Du bist auch einer von diesen roten Hunden, sagten deutlich ihre Blicke. Aber sie ließen mich gehen. Auf der Straße ging mir immerfort durch den Kopf: Jetzt wirst du auch verhaftet. Da! - Jaja, der Soldat kommt schon auf dich zu. [...] Auf dem schmutzigen Pflaster lagen die toten Arbeiter“ (s. Maria Graf, S. 461 f.)

In den Monaten Mai/Juni 1919 werden die meisten führenden Mitglieder der Räterepublik von Standgerichten nach Hochverratsprozessen zu langen Haftstrafen (Ernst Toller: 5 Jahre, Erich Mühsam: 15 Jahre) – oder zum Tode verurteilt (Hinrichtung Eugen Levinés am 5. Juni). Einzig Max Levien gelingt die Flucht. Über 2000 (vermeintliche) Anhänger*innen der Räterepublik werden erschossen oder zu Haftstrafen verurteilt. Dagegen wird Anton Graf von Arco auf Valley, der zunächst zum Tode verurteilte Mörder Kurt Eisners, zu einer Haftstrafe begnadigt und 1924 aus dem Gefängnis entlassen. Ende Mai kommt es zur Neubildung der Koalitionsregierung unter Johannes Hoffmann, dieses Mal unter Einbeziehung konservativer Parteien, wie der Bayerischen Volkspartei (BVP). Am 11. August tritt die Verfassung der Weimarer Republik in Kraft, am 15. September die Bamberger Verfassung für Bayern. „Freikorps“, rechte Verbände und Reichswehr bekommen monatelang freie Hand durch die SPD-geführte Regierung. Ihnen wird die gnadenlose Verfolgung (vermeintlicher) Revolutionär*innen überlassen. Sie verüben grauenhafte Massaker und Verbrechen, an deren Ende München, gesäubert von den „Volksfeinden“, zur Hochburg der völkischen und antisemitischen Bewegung aufsteigt. Es dauert bis zum 1. September, bis der Kriegszustand über München aufgehoben und Bayern zur Ordnungszelle wird. Rechtsradikale Kräfte breiten sich ungehindert aus. Dies ist der Beginn einer Katastrophe, die im Hitlerfaschismus und im Zweiten Weltkrieg mündet. München wird zur „Hauptstadt der Bewegung“.

Die Revolution 1918/1919 in Deutschland und speziell in München ist an vier Hauptfaktoren gescheitert. Zunächst am ungeheuren Druck von Außen. Die Reaktion war zu allem bereit, um sich mit aller Kraft den sozialen Errungenschaften der Mehrheit der Bevölkerung entgegenzustellen und ihre Privilegien mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Zweitens an der Tatsache, dass die Revolution sich räumlich kaum ausgebreitet hat. München war ganz klar ihr Zentrum. Es gab zwar in anderen Städten auch Räte, jedoch

meist nur vereinzelt. Sie konnten nicht die Macht auf lokaler Ebene an sich reißen, geschweige denn Menschen für sich gewinnen. Die größeren Ausnahmen bildeten Augsburg und Ingolstadt. Andere wichtige Industriestandorte, wie etwa Nürnberg und Bamberg, waren klar in der Hand der reaktionären Sozialdemokratie. Drittens, weil die Revolutionär*innen es versäumten, die Institutionen der alten Macht anzutasten. Die Räte und auch der Landtag beschlossen fortschrittliche Programme und setzten diese um. Die bürgerlichen Zeitungen, welche Gegenpropaganda machten, blieben aber bestehen und konnten ungestört von Innen die Revolution angreifen. Dasselbe gilt für das Beamtentum. Der Großteil der Münchener Bevölkerung lebte so weiter, als sei nichts geschehen. Mensch wartete ab, was passieren würde. Zuletzt scheiterte die Revolution an der inneren Uneinigkeit, sowohl innerhalb des revolutionären Lagers, als auch zwischen den Revolutionär*innen und den Führer*innen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie, die, wie wir wissen, nach Friedrich Eberts Worten „die Revolution hasst, wie die Sünde“, war zu allen Zeiten stärker bereit, sich mit der Reaktion zu verbünden, die Arbeiter*innen zu Ruhe und Ordnung aufzurufen, als die Chance zu ergreifen, in Deutschland den Sozialismus durchzusetzen. Das Paktieren mit reaktionären, monarchistischen, ja bis hin zu offenen (prä-)faschistischen Kräften („Freikorps“), die nie etwas anderes vorhatten, als die Republik zu zerstören und ein antifaschistisches Bündnis (Volksfront) unter Einbeziehung der Kommunist*innen ablehnten, war der verhängnisvolle Fehler, der den Beginn des Untergangs der deutschen Linken und schließlich auch der Vorkriegs-SPD einleitete.

Die Anbiederung an die Rechte sollte der SPD nichts nützen. Sie verhalf der Rechten zu einem erneuten Aufstieg. Spätestens mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten wurden die SPD sowie die ihr nahestehenden Organisationen und Gewerkschaften zerschlagen und fanden sich, wie alle anderen, welche den Nazis als unliebsam galten, in den KZs wieder. Die Niederlage der Revolution von 1918/19, deren Folgen im Hitlerfaschismus gipfelten, versetzte der deutschen Linken einen Schlag, von dem sie sich bis heute nicht erholen konnte. Auch deshalb, weil es nach dem Zweiten Weltkrieg kaum mehr wirklich bedeutende linke Organisationen gab. Nicht nur, weil man sie im Nationalsozialismus entweder verboten hatte oder sie sich aufgelöst hatten, sondern vor allem, weil der Großteil der Menschen, der sie trug, schlichtweg ermordet worden war.

Quellen:

Maria Graf, Oskar (2010) „Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis“ List Taschenbuch; Berlin

Mühsam, Erich (1920) „Von Eisner bis Leviné. Die Entstehung der bayerischen Räterepublik“ Ansbach 1920



Das 100-jährige Bestehen des Freistaates Bayern ist für die CSU kein Rede- und kein Feiertag wert. Niemals würden sie die Entstehung des Freistaates durch eine sozialistische Revolution feiern, noch würden sie an Kurt Eisner erinnern. Aber er, als Jude, Preuße und Sozialist, war Bayerns erster Ministerpräsident.

REIFUNG DER ARBEITERKLASSE



MAN

LEBEN WIRD
UNSER
PROGRAMM

KANN NUR DAS
WERK DER
ARBEITER-
KLASSE

SELBST SEIN





Teil II
Debattenbeiträge

Kritik der Sozialdemokratie

/ Berlin Leftist Youth (BLY)

*Wie es dazu kam, dass eine Revolution des Proletariats und rebellierender Soldaten scheiterte, welche Rolle die Führung einer Arbeiter*innenpartei dabei spielte und warum Reformismus Quark ist. Eine kurze und sicherlich unvollständige Betrachtung.*

Ihre Wurzeln hat die (deutsche) Sozialdemokratie in den politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen aus der Zeit vor der Märzrevolution 1848. Inspiriert von der französischen Revolution und beeinflusst von verschiedenen Überlegungen zeitgenössischer Intellektueller gewannen republikanische politische Bewegungen vermehrt Aufschwung - getragen von der voranschreitenden Organisierung innerhalb des zunehmend verelendeten industriellen Proletariats. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts inhaltlich immer stärker geprägt von den umfassenden Analysen zu den sozio-ökonomischen Funktionsweisen und Mechanismen der kapitalistischen Gesellschaft von Marx und Engels, drängte die sozialdemokratische Bewegung vermehrt auf das Vorantreiben von Klassenkämpfen und die Überwindung des Kapitalismus. Geeint im Ziel einer gerechten Gesellschaft, fand sie sich aber zunehmend in Konflikten um realpolitische Fragen (beispielsweise in Gewerkschaftskämpfen) oder in der Auseinandersetzung um Einwände gegen die Strategie des Umsturzes wieder. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), geformt aus vielen (Neu- und Um-)Organisierungsprozessen der deutschen Arbeiter*innenbewegung zu Ende des 19. Jahrhunderts, befand sich inmitten dieses Prozesses der Selbstfindung, als sie sich Anfang des 20. Jahrhunderts - mittlerweile als erfolgreiche Massenpartei - mit dem drohenden Ausbruch des 1. Weltkriegs konfrontiert sah.

Das jahrelange Säbelrasseln der europäischen Großmächte führte, zuletzt durch deutsche Aggression, zum Ausbruch eines Krieges, der, heute bekannt als 1. Weltkrieg, 4 Jahre lang wüten und rund 17 Millionen Menschen das Leben kosten sollte. Die Annahme, dass das Kapital nach Sättigung des nationalen Marktes in den globalen Rahmen drängen und dies internationale Spannungen nach sich ziehen würde, fand innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zuletzt (so oder in anderer theoretischer Spielform) vermehrt Unterstützung. Unweigerlich habe es also zu diesem Krieg kommen müssen - so klang es aus dem revolutionären Flügel der SPD, fasste dieser doch die

gewaltsame Entladung der Konkurrenz zwischen den europäischen Imperialismen als logische Konsequenz ihrer Gegensätze auf. Im Moment der „große[n] historische[n] Probe“ (s. Luxemburg) der eigentlich antimilitaristischen und vor allem internationalistischen Sozialdemokratie, stimmte die SPD der Bewilligung der ersten Kriegskredite 1914 zu und kollaborierte so mit der aggressiven Kriegsmaschinerie des Deutschen Kaiserreiches. Um den „Burgfrieden“ in Deutschland und den parteilichen Zusammenhalt zu wahren, stimmten auch große Teile des linken Flügels für die Kredite, wie auch später für weitere.

Die SPD als die „Organisation des Proletariats, so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt“ (ebd.), paktierend mit dem monarchistischen Militär und der herrschenden Klasse, verriet hier erstmals (relevant) ihren Anspruch, die herrschenden Verhältnisse zu bekämpfen und die Menschen, die sie repräsentieren wollte. Es konnte weder im Interesse der Arbeitenden, noch in dem der zwangsrekrutierten oder oft mangels anderer Perspektive in den Krieg eingetretenen Soldaten gelegen haben, sich für den Sieg des Reiches in der Fabrik und im Feld verheizen zu lassen. Die weitere Geschichte bestätigt dies.

Dieses Verhalten der SPD war die mittelbare Folge einer inhaltlichen Wende, die viele führende Vertreter*innen der Partei zuletzt vermehrt anstrebten. Eduard Bernstein sah die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ab Ende des 19. Jahrhunderts als überholt an und regte an, angesichts der Stabilität des Kapitalismus, den Weg zum Sozialismus, bzw. zu einer Verbesserung der sozialen Lage, vielmehr in der vermeintlichen Demokratie des Kaiserreichs und seiner Reform zu suchen. Ausgehend von dieser Initiative Bernsteins hatte sich über die „Revisionismusdebatte“ vermehrt eine reformistische Haltung in der SPD konsolidiert und ausgebreitet.

Doch als sei es nicht genug, den Kriegsausbruch

zu begünstigen und das Morden mit weiteren Kriegskrediten zu fördern, wirkte die SPD-Führung sogar an der Repression gegenüber entschiedenen Kriegsgegnern mit. Karl Liebknecht beispielsweise wurde erst auf ihre Initiative zunächst als einziges Fraktionsmitglied kaserniert und später wegen Hochverrats inhaftiert. In der Folge wurde das Verhalten der SPD(-Führung) in Zeiten des Kriegsausbruches Ausgangspunkt einer Verschärfung des, vor längerer Zeit angelaufenen, Spaltungsprozesses zwischen revolutionären und revisionistischen Kräften und einer letztendlichen Abspaltung des linken Flügels als Unabhängige SPD (USPD). In sie integrierte sich die linksradikale Gruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die später als Spartakusbund zum wichtigen Akteur im Geschehen um die Novemberrevolution werden sollte.

Omnipräsenter Hunger, massiv ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, den Bedürfnissen der Kriegsmaschinerie unterworfen, die massenhafte Heimkehr verwundeter und verkrüppelter Soldaten - kurz: Elend. Dieses Elend und die drohende Niederlage der deutschen Armee ließen 1917 und 18 kaum noch jemanden

an die Versprechungen der kriegseuphorischen Propaganda der deutschen Militärdiktatur glauben. Unmut machte sich breit und Widerstand ließ sich erahnen. Unter dem Eindruck der Oktoberrevolution in Russland wuchs der Wunsch nach einer Beseitigung des monarchistischen Staates. Kaiser Wilhelm II. und die Oberste Heeresleitung (OHL) versuchten zu besänftigen, leiteten im Oktober 1918 eine sogenannte „Parlamentarisierung“ des Reiches über eine schein-demokratische Regierung unter Max von Baden ein. So kam es, dass die SPD selbst mitregierte als die, aus linker Sicht unumgängliche, Revolution gegen den immer noch Krieg führenden deutschen Obrigkeitsstaat ins Rollen kam. Angeregt von der Meuterei der Marine-Matrosen in Kiel am 24. Oktober 1918 übernahmen in immer mehr Städten Deutschlands Arbeiter*innen- und Soldatenräte unter breiter Beteiligung der sozialdemokratischen Basis die Macht. Die SPD-Führung hingegen empfand die Selbstermächtigung der Arbeiter*innen und Soldaten als Störfaktor für eine friedliche Machtübernahme und stellte sich, als sie die Übergabe der Regierungsgeschäfte bei der Abdankung Kaiser Wilhelms am 9. November annahm, über die Umstürzbewegungen von unten.



Karl Liebknecht war der einzige SPD-Reichstagsabgeordnete, der gegen die Kriegskredite stimmte.

Über die ökonomische und politische Struktur des Staates gingen die Vorstellungen deutlich auseinander. Die unter den Arbeiter*innenräten weit verbreitete Forderung, die Schwerindustrie unter demokratische Kontrolle zu bringen, sowie eine Etablierung direkter demokratischer Strukturen in den Produktionsbereichen, lag nicht im Interesse der SPD-Führung. Aus diesem Grund vereinbarten die Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unter Carl Legien mit den Hauptvertretern der Großindustrie ein Treffen, bei dem sie zusicherten, die Streiks zu beenden, den Einfluss der Räte zurückzudrängen und die Sozialisierung von Produktionsmitteln zu verhindern. Bezeichnend für die verräterische Haltung der SPD-Führung war der Pakt zwischen Friedrich Ebert und Wilhelm Gröner als Vertreter der Obersten Heeresleitung, der schon am 10. November als Zeichen gegenseitiger Anerkennung geschlossen wurde. Die Absprache, sich gemeinsam der Wahrung von „Ruhe und Ordnung“ zu widmen und ein Erstarken bolschewistischer Tendenzen abzuwehren, machte klar: Lieber sichert die SPD alten Eliten des imperialistischen Militärstaates die Macht, als eine Selbstorganisation der Arbeiter*innen und Soldaten und einen Umsturz der alten Verhältnisse zuzulassen. In der Folge bedeutete dieser Schritt vielen Kommunist*innen den Tod.

Am 16. Dezember nahm der Konflikt zwischen der SPD-Führung und den Räten erstmals gewalttätige Ausmaße an. Fronttruppen, die nach Berlin beordert wurden, sollten auf Weisung Eberts den Vollzugsrat verhaften und die Hauptstadt für sich einnehmen. Dabei schoss eines der Regimenter in einen Demonstrationszug, in dem 16 Menschen starben. Hier wurde auch die Putschgefahr von rechts bereits deutlich sichtbar. Nichtsdestotrotz bekamen die „Freikorps“, in denen bereits vielerorts völkische und rechtsradikale Tendenzen erkennbar wurden, von SPD-Reichswehrminister Gustav „Bluthund“ Noske weitgehend freie Hand in ihrer antibolschewistischen Mordwut. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht, in welchem Ausmaß die SPD-Führung der Revolution vehement entgegenwirkte: Polizeipräsident Emil Eichhorn (USPD) wurde am 4. Januar 1919 von der Regierung entlassen, da er sich in den sogenannten Weihnachtsunruhen geweigert hatte, gegen Protestierende gewaltsam vorzugehen. Dieses Ereignis nahmen die Vertreter*innen der „Spartakisten“ zum Anlass, um für den nächsten Tag zu Protestaktionen aufzurufen. Die geplante Demonstration erreichte eine starke Massendynamik. Aus ihr heraus entwickelte sich der sogenannte Januaraufstand.

Ebert reagierte schnell. Er ließ die seit Dezember aufgestellten reaktionären „Freikorps“ in die Hauptstadt einrücken. Sie räumten die von den „Spartakisten“ besetzten Gebäude mit äußerster Brutalität und erschossen die Aufständischen standrechtlich - auch jene, die kapitulierten. 156 Menschen wurden bei den Massenerschießungen, durchgeführt von den „Freikorps“ auf Weisung der SPD-Führung, ermordet. Am 15. Januar 1919 wurden schließlich auch die vermeintlichen Drahtzieher*innen des Aufstands, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verhaftet, im Hotel Eden verhört und misshandelt. Anschließend wurden sie getrennt voneinander in PKWs abtransportiert und ermordet. Liebknecht wurde im Tiergarten erschossen und seine Leiche auf einer Polizeiwache übergeben. Luxemburg ermordete man während des Abtransports und warf ihre Leiche in den Landwehrkanal, was nach einem Lynchmord aussehen sollte. In einer späteren Presseerklärung war der Mord an ihr unbekanntem Tätern zugeordnet. Aus dem Nachlass des verantwortlichen „Freikorps“-Offiziers Waldemar Pabst ging später hervor, dass die Ermordung von Ebert und Noske Zustimmung und umfassende Deckung erfuhr.

Was bleibt? Vor allem Wut. Wut auf eine Parteiführung, die den Arbeiter*innen und den übriggebliebenen Soldaten im Moment ihrer Selbstermächtigung das Zepter wieder aus der Hand riss. Die sich in diesem historischen Moment - zugunsten von Stabilität und Ordnung - über die, deren Partei man sein wollte, stellte und sich mit den alten Kräften verbündete. Parteibürokraten wie Friedrich Ebert, der die Kriegsunterstützung der SPD bis fast zuletzt vorantrieb, dessen politische Hauptaufgabe bis dahin der Zusammenhalt der Partei-Fraktion war. Karrieristen wie Gustav Noske, Befürworter des deutschen Kolonialismus, der die Verantwortung, die Aufstände niederzuschlagen, nicht scheute: „Meinetwegen! Einer muss den Bluthund machen!“ (s. Noske, S.68). Revisionist*innen, die im Moment der Revolution den Staat retten wollten, um ihn zu reformieren. Verräter*innen im strengen Sinne waren diese Führenden nicht, denn sie machten sich nie mit den Revolutionär*innen gemein, obwohl sie auch auf deren Welle mitschwammen. Und dennoch Klassenverräter*innen, denen das Blut auch ihrer eigenen Basis egal war.

Doch keinen konkreten Personalien, keiner kleinen Führungsriege allein kann die ganze Verantwortung für die historischen Entwicklungen gegeben werden. Es gibt keinen entscheidenderen Grund für das Scheitern der Novemberrevolution und das geflossene

Blut der Genoss*innen, als den politischen Ansatz des sozialdemokratischen Reformismus selbst. Wo eine gerechte Gesellschaft über die Umformung des bestehenden Systems erreicht werden möchte, ist ein Scheitern unausweichlich. Dieser Ansatz ignoriert in voller Gänze den grundsätzlichen Aufbau einer Klassengesellschaft, ignoriert, dass ein kapitalistischer Staat von Klassengegensätzen und Ausbeutungsverhältnissen lebt und die Nutzung seiner Institutionen für soziale Zwecke zuallererst auch eine Kollaboration mit diesen Verhältnissen ist. Und diese Verhältnisse lassen sich nicht übernehmen, dieser Staat lässt sich nicht in sich selbst überwinden. Er diktiert einem letztlich auf, worauf er sich stützt. Was viele historische Beispiele zeigen, wie auch dieses (in der begrenzten Situation, wie auch in den verheerenden Entwicklungen der folgenden Zeit): Wer sich auf den Staat einlässt, kann nur verlieren.

Die traurigen Folgen der Wendung der SPD hin zum Reformismus können wir heute begutachten: Eine Partei, die mitmachte beim Verbot der KPD im Nachkriegsdeutschland, buckelte, duckte, sich 1959 gar vom „Endziel des Sozialismus“ verabschiedete,

das Bekenntnis zur Marktwirtschaft ablegte (s. Godesberger Programm) und sich damit als sozialdemokratische Partei quasi für tot erklärte. So steht sie nun da. Korruptiert, systemkonform, aber auch ein logisches Produkt ihrer Revision. Dass die SPD heute - bei all den jüngeren Frechheiten, wie systematischem Sozialabbau mit der Agenda 2010, dem Engagement für die Rüstungsindustrie, den neuen Großmachtsträumen des Heiko Maas und allem was einem dazu noch einfallen mag - nicht einmal mehr als soziale oder linke Systempartei gelten kann, ist nicht weiter überraschend. Traurig, aber nicht überraschend.

Letztlich kann uns die Betrachtung der Novemberrevolution und der Rolle der Sozialdemokratischen Führung darin nur in einem bestärken: Wer die staatliche Verwaltung des Kapitalismus mit all den Ungerechtigkeitsverhältnissen, die sie mit sich bringt, verstanden hat, muss die Konsequenz ziehen, dass ein solcher Staat überwunden gehört; heute und nicht morgen. Oder um es mit den Worten einer der zahlreichen Held*innen dieser Zeit, Rosa Luxemburg, zu sagen: „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“ (s. Luxemburg)

Quellen:

Godesberger Programm (SPD), 15. November 1959

Luxemburg, Rosa (1899) „Sozialreform oder Revolution“

Luxemburg, Rosa (1916) aka Junius „Die Krise der Sozialdemokratie“

Noske, Gustav (1920) „Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution“ ; Berlin



Zeitgenössische Karikatur des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert
Handschlag mit dem Militär / Konterrevolutionäre Agitation

100 Jahre: Reform oder Revolution?

/ Geronimo Marulanda (re:volt mag)

Die revolutionäre Periode zwischen 1918 und 1923 erkämpfte gigantische Fortschritte und bedeutete zugleich eine herbe Niederlage für die revoltierende Arbeiter*innenbewegung. Ein Grund für die Niederlage, wenn nicht der entscheidende, war die Positionierung der Mehrheitssozialdemokratie zunächst für die Kriegskredite (1914), dann mit ihrer sogenannten „Burgfriedenspolitik“ für den Krieg (bis 1918). Schließlich die aktive Zerschlagung der revolutionären Bewegung ab 1918 durch Integration und Repression und deren Kanalisierung in anti-revolutionäre, bürgerlich-parlamentarische Bahnen. Wollen wir diese, häufig bei links der Sozialdemokratie stehenden Bewegungen und Organisationen, als Verrat geltende Politik verstehen, so müssen wir 1) nachvollziehen, vor welchen politischen und ökonomischen Hintergründen des Deutschen Reichs die Sozialdemokratie entstanden ist und d.h. 2) den ideologischen Schulterschluss von liberalen und sozialistischen Personen und theoretischen Positionen auf diese historische Situation rückbeziehen. Zentrale These des Artikels ist: die Sozialdemokratie war nie eine rein revolutionäre Arbeiter*innenpartei, sondern aufgrund ihrer einmaligen deutschen Entstehungsgeschichte, d.h. z.B. der gescheiterten demokratischen Revolution 1848, von vornherein eine Symbiose liberal-reformistischer und revolutionär-sozialistischer Positionen. Die „Burgfriedenspolitik“, also die Allianz mit Kaiser und Kapital für den Krieg, war so kein kompletter Bruch mit den Prinzipien der Sozialdemokratie, sondern eine Kräfteverschiebung innerhalb der SPD zugunsten des liberal-reformistischen und zentristischen Flügels, zum Nachteil des revolutionär-sozialistischen Flügels.

Dass die historische Realität der Sozialdemokratie eher einem sozialistisch-liberalem Bündnis glich, ist wenig verwunderlich. Schließlich wurde die deutsche liberal-republikanische Bewegung von 1848 durch den bis zu diesem Zeitpunkt allein herrschenden Adel blutig niedergemacht. Später wurde durch die preußische Monarchie, in einer Allianz von preußischen Großgrundbesitzern, den Junkern, und dem großen Kapital 1871, die Einheit „von oben“ durchgesetzt. Es handelte sich also um eine Zeit, in der Mensch sich als Sozialist*in noch mit einer feudal-mittelalterlichen Ordnung und einem Kaiser herum schlagen musste. Beiden, dem revolutionär-sozialistischen und dem reformistisch-liberalen Flügel saß die Niederlage von 1848 noch in den Knochen. Im „Kommunistischen Manifest“ (fertiggestellt im Februar 1848), das kurz vor der Märzrevolution verfasst wurde, hält Marx deshalb als Leitlinie für Kommunist*innen, ganz unter dem Eindruck der einsetzenden Revolution, fest:

„In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muß, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt“ (s. Marx, „Kommunistisches Manifest“).

Die Revolution ging verloren. Zum Ausgangspunkt der werdenden Sozialdemokratie wurde das „von oben“ mit dem Feldzug gegen Frankreich 1871 vereinigte deutsche Imperium unter dem preußischen König. Die liberalen Parteien - und mit ihnen ein Großteil des Bürgertums, verbündeten sich mit dem Kaiserreich und gaben sich mit der Mitverwaltung in einer konstitutionellen Monarchie zufrieden. Die radikaleren Republikaner*innen, also die linken Liberalen, schlossen sich wiederum der Sozialdemokratie an, da die Lösung zentraler Fragen einer bürgerlich-demokratischen Revolution, wie z.B. der Landfrage, des allgemeinen Wahlrechts, demokratische Freiheiten usw. kein Anliegen des zur (Mit-)Herrscher-

Zentrismus

Zentrismus bezeichnet im Marxismus Fraktionen, die der politischen Einheit einer Organisation willen ein Gleichgewicht zwischen revolutionären und nicht-revolutionären Kräften aufrecht erhalten wollen. Wo Lenin vor dem historischen Hintergrund der Kriegsunterstützung und des Reformismus der (Mehrheits-)Sozialdemokratie „Klarheit vor Einheit“ als Organisations-Prinzip herausgab und damit die Spaltung der SDAPR einleitete, postulieren zentristische Strömungen „Einheit statt Klarheit“. Historisch wurde der Begriff auf das sogenannte „Marxistische Zentrum“ in der SPD (Kautsky, Bebel) oder auch Leo Trotzki und die russischen Menschewiki angewandt.

klasse gewordenen Bürgertums war. Vor diesem Hintergrund war die Forderung nach der (bürgerlichen) Republik für das Deutsche Reich revolutionär. Wenig überraschend daher, dass sich neben sozialistischen Positionen auch klassisch republikanisch-liberale Positionen in der SPD widerfanden, die unter diesem gemeinsamen Dach Politik machten.

Ihren Vorläufer hatte die SPD in der sogenannten „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP), ihrerseits hervorgegangen aus dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) unter Führung von Ferdinand Lassalle und der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP), unter Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Entscheidenden theoretischen Einfluss auf die SAP sollten die Klassiker des Marxismus Karl Marx und Friedrich Engels höchstselbst haben, die sich immer wieder in die Debatten einmischten. So u.a. mit ihrer bekannten „Kritik des Gothaer Programms“ (1875). In dieser Kritik finden wir nun auch einen der Schlüssel zum Verständnis dafür, was die SPD inhaltlich war und was sie nicht war. Die SPD und auch ihre Vorläuferparteien waren eines nie: ganz und gar revolutionäre Parteien. In ihren Reihen fanden sich immer liberale Vorstellungen, die gesellschaftliche Veränderung auf parlamentarische Mehrheiten, bzw. die Erkämpfung der bürgerliche Republik, reduzierten. Und sogar Positionen, die mit dem deutschen Kaiser mehr Rechte und soziale Gerechtigkeit herauschlagen wollten. So z.B. war die Agenda von Ferdinand Lassalle.

Es war Lassalle, der mit seiner Theorie vom „Ehernen Lohngesetzes“ eine ökonomische Argumentation für die reformistische Ausrichtung der Sozialdemokratie legte. Diese ging, ohne in ihren Einzelheiten darauf weiter einzugehen, davon aus, dass Angebot und Nachfrage auf dem Markt den durchschnittlichen Arbeitslohn immer auf einem gewissen Existenzminimum einpendeln würden, dass dieser deshalb nie unter den von der unsichtbaren Hand (des Markts) erzeugten Schnitt und auch nicht dauerhaft über ihn fällt. Diese (durch Marx widerlegte) Theorie koppelt Steigen und Sinken des Arbeitslohns absurderweise an die „Vermehrung“ der Arbeiter*innen. Jedenfalls führte die Idee Lassalles dazu, dass er den Klassenkampf abschrieb, die Erringung der Mehrheit im Parlament als Weg zur sozialen Veränderung propagierte und den preußischen Obrigkeitsstaat als möglichen Verbündeten betrachtete, der ein „Arbeiterunternehmertum“, das wiederum zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen sollte, mitfinanzieren könnte.

„Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Losungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann“ (s. Lassalle, „Offenes Antwortschreiben“)

„Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördernd und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten“ (s. Lassalle, „Offenes Antwortschreiben“)

Lassalle verstarb vorzeitig an den Folgen eines Duells 1864. Der Reformismus Lassalles wurde in der weiteren Folge von Eduard Bernstein wieder aufgegriffen (wenn auch unter Ablehnung des „Ehernen Lohngesetzes“ und unter anderer Argumentationsfigur), die revolutionär-sozialistischen Theorien von Marx/Engels schließlich durch Rosa Luxemburg. Diese, neben Karl Kautsky und einigen weiteren, führenden Köpfe der theoretischen Debatte in der Sozialdemokratie Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, führten ausufernde Flügelkämpfe um genau die Kernpunkte, die die SPD schließlich zu Kriegskrediten/„Burgfriedenspolitik“, sowie zur Aufgabe des Klassenkampfes bringen sollten: Um die Frage um Internationalismus und Antiimperialismus/Antikolonialismus einerseits und die Frage um Reform oder Revolution andererseits. Bernstein vertrat neben einer explizit reformistischen Agenda, die die Revolution nur noch als Fernziel auf der Agenda hatte...

„Die verfassungsmäßige Gesetzgebung arbeitet in dieser Hinsicht in der Regel langsamer. Ihr Weg ist gewöhnlich der des Kompromisses, nicht der Abschaffung, sondern der Abfindung erworbener Rechte. Aber sie ist da stärker als die Revolution, wo das Vorurteil, der beschränkte Horizont der großen Masse dem sozialen Fortschritt hindernd in den Weg tritt, und sie bietet da die größeren Vorzüge, wo es sich um die Schaffung dauernd lebensfähiger ökonomischer Einrichtungen handelt, mit anderen Worten für die positive sozialpolitische Arbeit (...) Die Diktatur des Proletariats heißt, wo die Arbeiterklasse nicht schon sehr starke eigene Organisationen wirtschaftlichen Charakters besitzt und durch Schulung in Selbstverwaltungskörpern einen hohen Grad von geistiger Selbständigkeit erreicht hat, die Diktatur von Klubrednern und Literaten (...) Trotz der großen Fortschritte, welche die Arbeiterklasse in intellektueller, politischer und gewerblicher Hinsicht seit den Tagen gemacht hat, wo Marx und Engels schrieben, halte ich sie doch selbst heute noch nicht für entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen (...)“ (s. Bernstein, „Endziel und Bewegung“).

...auch eine explizite Befürwortung der Kolonialpolitik des Deutschen Reichs.

„Aber die Kolonialfrage ist viel mehr, als bloß eine Menschlichkeitsfrage. Sie ist eine Menschheitsfrage und eine Kulturfrage ersten Ranges. Sie ist die Frage der Ausbreitung der Kultur und, solange es große Kulturunterschiede gibt, der Ausbreitung oder, je nachdem, Behauptung der höheren Kultur. Denn früher oder später tritt es unvermeidlich ein, daß höhere und niedere Kultur auf einander stoßen, und in Hinblick auf diesen Zusammenstoß, diesen Kampf ums Dasein der Kulturen ist die Kolonialpolitik der Kulturvölker als geschichtlicher Vorgang zu werten. Daß sie meist aus anderen Motiven und mit Mitteln, sowie in Formen betrieben wird, die wir Sozialdemokraten verurteilen, wird in den konkreten Fällen uns zu ihrer Ablehnung und Bekämpfung bewegen, kann aber kein Grund sein, unser Urteil über die geschichtliche Notwendigkeit des Kolonisierens zu ändern“ (s. Bernstein „Die Kolonialfrage und der Klassenkampf“).

Diese Positionen waren nicht unumstritten. Wilhelm Liebknecht (der Vater Karl Liebknechts) und Rosa Luxemburg gehörten zu den energischsten

Kritiker*innen des Bernsteinschen Revisionismus und widmeten diesem ganze Bücher. Liebknecht z.B. mit „Kein Kompromiß – Kein Wahlbündnis“ (1899), Luxemburg mit „Sozialreform oder Revolution?“ (1899) - wohlwissend, dass diese liberale Strömung alles andere als einflusslos war und dass führende Theoretiker*innen des sogenannten „Marxistischen Zentrums“ ambivalent gegenüber den Thesen Bernsteins waren. Während die Zentrist*innen um Kautsky und Bebel sich zunächst ebenfalls gegen die Thesen positionierten, kippten sie schrittweise um und übernahmen die Bernsteinsche theoretische Leitlinie, d.h. die der Identifikation mit dem liberal-republikanischen Projekt und schlimmstenfalls dem Einrichten in die kaiserliche Monarchie unter reformistischem Vorzeichen. Die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die „Burgfriedenspolitik“ 1914 waren so eben nur teilweise ein „Verrat“, aber vor allem Ausdruck des damaligen dominanten Einflusses der Theorien Bernsteins in den 10er Jahren in der Sozialdemokratie. Das konnte so nur möglich werden durch das Einknicken des einflussreichen „Marxistischen Zentrums“.



Führende Theoretikerin der revolutionären Sozialdemokratie, Gründerin der KPD und ermordet durch die protofaschistischen Freikorps 1919

Revisionismus

Revisionismus war ein gängiger Begriff in der sozialdemokratischen Debatte dieser Zeit und bezeichnet Positionen, die den Klassenkampf und die Revolution ablehnen und stattdessen auf Reformen setzen. Angegriffen werden in diesen Strömungen, je nach Autor*in, zentrale Positionen des Marxismus, wie z.B. die Revolution als Ziel oder die Klassentheorie. Der Begriff wurde später, u.a. in der marxistisch-leninistischen Bewegung und ihren Strömungen, zum Kampfbegriff, um abweichende Haltungen, die tatsächlich oder vermeintlich anti-revolutionär waren, aus den Kommunistischen Parteien zu drängen.

Was hier kurz skizziert wurde, zeichnet die Spaltung einer revolutionären bis sozialreformistischen Strömung vor dem Hintergrund eines kapitalistischen und feudalen Kaiserreichs nach. Lehren sind so immer nur relativ zur geschichtlichen Situation, d.h. im Abgleich mit dem heutigen – rein republikanischen – Deutschland, zu ziehen. Die wichtigsten Lehren, die historisch auch am nächsten zu den Ereignissen um die Novemberrevolution und die Integration der Sozialdemokratie in das Lager des politischen Gegners gezogen werden konnten, zogen bekanntlich neben den radikalen Sozialdemokrat*innen Liebknecht und Luxemburg (Spartakusbund, später: KPD), vor allem auch die Bolschewiki um Lenin, die sich ihrerseits in der Sozialdemokratischen Partei Russlands mit ähnlichen Erscheinungen auseinandersetzten (und dort auch folgerichtig in Bolschewiki und Menschewiki spalteten). Mit der Oktoberrevolution in Russland und der folgenden ideologischen Dominanz der jungen Sowjetunion wurden Antimilitarismus, Antiimperialismus, Antikolonialismus und eine unversöhnlich revolutionäre Ausrichtung der Politik, d.h. gegen die bürgerliche Klasse und den Staat zu den Eckpfeilern der entstehenden kommunistischen Bewegung und Internationalen. So schrieb Lenin in „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ (1916):

„Der verhältnismäßig ‚friedliche‘ Charakter der Epoche 1874 bis 1914 nährte den Opportunismus anfangs als Stimmung, dann als Richtung, schließlich als Gruppe oder Schicht der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer. Diese Elemente konnten die Arbeiterbewegung nur beherrschen, indem sie in Worten die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik anerkannten. Sie konnten das Vertrauen der Massen erringen, weil sie schworen, daß die ganze ‚friedliche‘ Arbeit nur eine Vorbereitung der proletarischen Revolution sein“ (s. Lenin, „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“)

Und...

„Der Sozialchauvinismus ist der vollendete Opportunismus. Er ist reif geworden zu einem offenen, oft ordinären Bündnis mit der Bourgeoisie und den Generalstäben. Es ist eben dieses Bündnis, das ihm eine große Macht und das Monopol des legal gedruckten Wortes, der Irreführung der Massen gibt. Es ist lächerlich, jetzt noch den Opportunismus [10] für eine Erscheinung im Innern unserer Partei zu halten (...) Die Einheit mit den Sozialchauvinisten ist die Einheit mit der ‚eigenen‘ nationalen Bourgeoisie, die andere Nationen ausbeutet, ist die Spaltung des internationalen Proletariats“ (s. Lenin, ebd.)

Übersetzt ins Heute: Auch jetzt gibt es (vermeintlich linke) Strömungen, die im Namen von Emanzipation und Demokratie den bürgerlichen Staat zum Gewehr rufen oder deren „Positionen“ in links gekleidetem Vokabular ins selbe Horn stoßen, wie liberale und konservative bürgerliche Intellektuelle. Der Bernstein unserer Zeit sind Strömungen, die behaupten, dass der bürgerliche Staat „transformiert“, d.h. von Innen heraus verändert werden könne, z.B. durch das Parlament, die politischen Parteien, das „Zusammenspiel von Bewegung und Parlament“ usw. oder die diesen zum positiven Ausgangspunkt von Politik (ver)klären. Insbesondere hier gibt es auch jene, die – ganz in der Tradition Bernsteins – behaupten, marxistische Kategorien des historischen Materialismus, der Revolution, der Klasse oder des Imperialismus seien out-of-date. Statt einer Aktualisierung marxistischer Analysen betreiben sie eine Ersetzung des Klassenbegriffs durch schillernde Begriffe wie „Multitude“ oder „Millieu“ und des Imperialismus durch „Globalisierung“. Begriffe, die den Klassenwiderspruch zwischen Herrschenden und Beherrschten verwischen, zum Bündnis mit den „nationalen Bourgeoisien“ (um mit Lenin zu sprechen) anhalten und eine vermeintliche Interessensdeckungs-gleichheit gegenüber „neuen“ oder „schlimmeren“ Phänomenen behaupten.

Historischer Materialismus

Der Historische Materialismus ist das philosophische Herzstück der marxistischen Theorie. Er entwickelt die Geschichtstheorie von widerstreitenden Klassen, dem Klassenkampf und der Revolution als Motor der Geschichte. Er betont die zentrale Rolle der menschlichen Arbeit (Organisation der Produktion) und die Verbundenheit aller gesellschaftlichen Phänomene mit ihrer Produktionsweise. Seine Methode ist die der Dialektik. Es handelt sich bei ihm um eine Verbindung von feuerbachschem Materialismus mit der hegelschen dialektischen Methode. Eine einfache Einführung liefert u.a. Engels in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Opportunismus

Opportunismus, bzw. das Synonym Sozialchauvinismus, bezeichnete in der sozialdemokratischen Debatte während des 1. Weltkriegs Positionen, die, um mit Lenin zu sprechen, „das Eintreten für die Idee der Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege“, „Verzicht auf den Klassenkampf während des Krieges“ bedeuteten. Die Bolschewiki und insbesondere Lenin widmeten dem Phänomen des Versagens der II. Internationale und den dahinterstehenden theoretischen Fehlern zahlreiche Pamphlete. In Russland führte die Auseinandersetzung um diese Punkte bereits früh zur Spaltung der SDAPR und zur Bildung der Flügel Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Bolschewiki.

„ ‚Vernichtung der Staatsmacht‘, die ein ‚Schmarotzeranwuchs‘ war, ihre ‚Abschneidung‘, ihre ‚Zerstörung‘, ‚die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht‘ – das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staat sprach, als er die Erfahrungen der Kommune beurteilte und analysierte (...) Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß, daß die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das ‚als herrschende Klasse organisierte Proletariat‘ sein wird (...) Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschinerie zu zerschlagen, ist die ‚endlich entdeckte‘ politische Form, durch die man das Zerschlagene ersetzen kann und muß“. (s. Lenin „Staat und Revolution“).

Das Gegenteil ist also der Fall. Im ganz und gar bürgerlichen Deutschland 2018 geht es zwar anders zu, als im kaiserlich-bürgerlichen Deutschland 1871-1918, dennoch bleiben Antiimperialismus, Antimilitarismus, internationale Solidarität und Klassenkampf angesichts der aggressiven Export/Abhängigkeits- und Kriegspolitik und eine unversöhnliche Haltung zum bürgerlichen Staatsapparat angesichts der offenen Verbindungen zu Neofaschist*innen und Rechtsruck (Stichwort: NSU und Maaßen), Essentials einer revolutionären Linken, die gegen den bürgerlichen Staat und nicht am Ende mit ihm und seinen Parteigänger*innen stehen will:

Quellen:

Bernstein, Eduard (1899) „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ J.H.W. Dietz Nachfolg. (GmbH), Stuttgart 1899

Bernstein, Eduard (1907) „Die Kolonialfrage und der Klassenkampf“ In: Sozialistische Monatshefte. 11 -13 (November 1907), S. 988 - 996

Engels, Friedrich (1880) „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, In: MEW Dietz Verlag, Berlin. Band 19, 4. Auflage 1973

Lassalle, Ferdinand (1863) „Offenes Antwortschreiben. An das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig“ In: Gesammelte Reden und Schriften (hrsgb. von Eduard Bernstein) Bd. 3, Paul Cassirer, Berlin, 1919, S. 41-107.

Lenin, Wladimir, Iljitsch (1916) „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ In: Lenin-Werke, Band 22, Berlin/DDR. S. 107-119.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1918) „Staat und Revolution“ In: Lenin-Werke, Band 25, Berlin/DDR, 1972, S.393-507

Marx, Karl / Engels, Friedrich (1848) „Manifest der Kommunistischen Partei“ In: MEW Bd.4, S.459-493; Dietz Verlag Berlin, 1974

Revolution statt Himmelfahrtskommando

Möglichkeiten der Novemberrevolution

/ Alp Kayserilioğlu (re:volt mag)

Ende September 1918 herrscht Panik unter den Eliten des Deutschen Reichs. Generalquartiermeister Erich Ludendorff sieht ein, dass Deutschland den Krieg verloren hat. Dieser ist gemeinsam mit Generalfeldmarschall von Hindenburg einen der Führungsköpfe der Obersten Heeresleitung (OHL), einer de facto Militärdiktatur im Deutschen Reich in den letzten Jahren des Ersten Weltkriegs. Zuvor hatte er nach dem Abschluss des Brest-Litowsker Friedens im März 1918 noch 600.000 Mann von der Ostfront in Russland in den Westen abgezogen, um in einer Entscheidungsschlacht gegen die Entente (Frankreich, England, USA, Italien) doch noch den Sieg zu garantieren. Nach fünf unendlich verlustreichen Offensiven war es jedoch vorerst aus mit dem Traum vom deutschen Europa. Im eigenen Land brodelt es derweil gewaltig: 1916 brechen die ersten Hungerrevolten aus, 1917 meutern die Matrosen der Hochseeflotte zum ersten Mal, im Januar 1918 wird ganz Deutschland vom sogenannten „Munitionsarbeiterstreik“ durchzogen. Seitdem mehren sich Streiks und Aufstände im ganzen Land. Vor hochrangigen Militärs gibt Ludendorff laut Angaben des anwesenden Oberst von Thaer am 1. Oktober zu verstehen:

„Die O.H.L. und das deutsche Heer seien am Ende; der Krieg sei nicht nur nicht mehr zu gewinnen, vielmehr stehe die endgültige Niederlage wohl unvermeidlich bevor. Bulgarien sei abgefallen. Österreich und die Türkei, am Ende ihrer Kräfte, würden wohl bald folgen. Unsere eigene Armee sei leider schon schwer verseucht durch das Gift spartakistisch-sozialistischer Ideen. Auf die Truppen sei kein Verlaß mehr.“ (s. v. Thaer, S.45).

Es ist dringend, droht doch der Zusammenbruch der gesamten Westfront und daran anschließend eine „Katastrophe“. Dabei versteht Ludendorff unter der „Katastrophe“ nicht nur eine militärische Totalniederlage, sondern durchaus den Einbruch einer sozialen Revolution. In derselben Rede hält er fest:

„Er könne nicht mit Divisionen operieren, auf die kein Verlaß mehr sei. So sei vorzusehen, daß dem Feinde schon in nächster Zeit mit Hilfe der kampffreudigen Amerikaner ein großer, ein Durchbruch im ganz großem Stile gelingen [würde], dann werde dieses Westheer den letzten Halt verlieren und in voller

Auflösung zurückfluten über den Rhein und werde die Revolution nach Deutschland tragen. Diese Katastrophe müsse unbedingt vermieden werden“ (ebd. S. 45 f.).

Die militärdominierten Eliten entschließen sich sehr schnell zu einer Vorgehensweise. In einer geheimen Unterredung zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (der damaligen Entsprechung zum*zur Außenminister*in) Admiral von Hintze mit Ludendorff und von Hindenburg, schlägt ersterer schon am 29. September 1918 zwei Optionen vor: entweder die Errichtung einer Militärdiktatur zur Abwehr der „Katastrophe“ oder eine Revolution „von oben“, um den bevorstehenden Zusammenbruch von „Reich und Dynastie“ bei einer Niederlage vorzubeugen. Ludendorff lehnt ersteres ab, weil er einen Sieg gegen die Alliierten für nicht machbar hält. Er und Hindenburg beschließen: Es soll eine Revolution „von oben“ werden. Und zwar gerade unter Einschluss der Parteien der Reichstagsmehrheit, insbesondere der SPD. Ludendorff geht es glasklar um eine Verschiebung der Schuld, die „Dolchstoßlegende“ wird hier im Prinzip schon vorbereitet. Zu diesem Zweck verdreht Ludendorff später auch die Tatsachen und lügt öffentlich, dass sich die Balken biegen. Im oben zitierten Treffen mit hochrangigen Militärs vom 1. Oktober hebt Ludendorff hervor:

„Ich habe ... Seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebracht haben!“ (s. Ludendorff, S. 46).

Auch Prinz Max von Baden, der am 9. November 1918 eigenmächtig den Kaiser absetzt und Ebert als Reichskanzler einsetzt, hält in seinen Erinnerungen rückblickend in so klaren Worten seine Motivation und sein Vorgehen fest, dass es lohnt, ausführlicher zu zitieren:

„Ich sagte mir: Die Revolution ist im Begriff, siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersti-

cken. Jetzt heraus mit der Abdankung, mit der Berufung Eberts, mit dem Appell an das Volk, durch die Verfassungsgebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform zu bestimmen. Wird Ebert mir als Volkstribun von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus. [...] Das Schicksal Deutschlands hing daran, dass Ebert die Leistung seines Parteigenossen [Noske in Kiel, A.K.] im Großen wiederholte, d.h. die Bewegung im ganzen Lande ‚zurückrollte‘. Nach unserer Unterredung [...] zweifelte ich nicht an seinem guten Willen – und auch nicht an seiner Macht, sobald die klare Parole gegeben wäre, um den Trennungsstrich nach links erneut zu ziehen“ (s. v. Baden, S. 571).

Zu einer fast identischen und ebenfalls sehr klaren Einschätzung, auch bezüglich der aktiven Teilnahme der SPD an der „Revolution von oben“, kommt Generalleutnant Groener, nach Ludendorff der zweite Kopf der OHL:

„Ihnen allen [der SPD-Führung, A.K.] war der gewaltsame Umsturz verhasst und auch für ihre eigenen Parteiabsichten in höchstem Grade unerwünscht. Mit der von Hintze durchgeführten Parlamentarisierung waren alle ihre Wünsche erfüllt, da die Revolution ihnen nur die Macht über die Massen entreißen konnte, die immer mehr im radikalen Fahrwasser trieben. Ebert bekannte sich [...] zwar für seine Person zur Republik, schlug aber gleichzeitig die Regentschaft des Prinzen Eitel-Friedrich oder Oskar [Söhne des Kaisers, A.K.] vor. Auf die Personaländerungen glaubten sie mit Rücksicht auf eben diese Massen nicht verzichten zu können. Die Lawine, die durch diesen Stein ins Rollen kam, ist von den Mehrheitssozialisten mit verursacht, aber nicht beabsichtigt worden“ (s. Groener, S. 150).

Die geplante und schließlich umgesetzte „Revolution von oben“ lässt sich also kaum allein als raffinierter Schachzug einer militärputschistischen Clique bezeichnen, sondern als ein Programm, das von links bis rechts alle Eliten der Ordnungskräfte in jeweils ihrer eigenen Art und Weise und durchaus im Konflikt miteinander durchführen wollten, inklusive der systeminternen Opposition. Die SPD und die „Parteien der Reichstagsmehrheit“ (SPD, Zentrum, liberale Parteien) waren zwar Oppositionsparteien und verlangten mehr oder minder scharf eine Demokratisierung. Kaum eine der Parteien, auch nicht die SPD, wollte jedoch ursprünglich eine demokratische, gar sozialistische Republik, als allerletztes noch mittels einer sozialen Revolution. Noch im Juli 1917 bildeten sie gemeinsam den Interfraktionellen Ausschuss, der angeblich den Gegenpol zu Kaiser und Militärs darstellen sollte. Dabei verlangten sie einzig mehr Mitspracherecht des Parlaments – keine Abschaffung des Kaiserreichs – und betonten ihre Forderung nach einem Verständigungsfrieden, demzufolge keine Territorial- oder sonstige Konzessionen gemacht werden dürfen, mit den Worten:

„Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, [...] unerschütterlich ausharren und kämpfen[.]“ (s. Bollinger, S. 87 f.).



Wandbild zur Novemberrevolution in Kiel

Ein „Verständigungsfriede“ also aus einer Position heraus, in der die Hauptaggressionspartei die Hälfte Europas besetzt hält. In der Tat ein sehr „deutsches“ Verständnis von „Verständigung“. In der kurzen Regierungsphase der Parteien der Reichstagsmehrheit unter der Kanzlerschaft Prinz Max von Baden vom 4. Oktober bis zum 9. November 1918 ist das Maximum an Forderungen, das diese Parteien stellen, die Einführung der konstitutionellen Monarchie und die Rechenschaftspflicht des Militärs gegenüber dem Parlament. Friedrich „ich hasse die Revolution wie die Sünde“ Ebert soll sogar geweint haben, als er von der nahenden militärischen Niederlage hörte. Noch am 4. November 1918, als die Arbeiter*innen und Matrosen in Kiel die Macht übernehmen, erlässt der MSPD-Parteivorstand eine öffentliche Erklärung, in der den Arbeiter*innen und Parteigenoss*innen „dringend“ geraten wird, nicht auf die Straße zu gehen und die „wichtige[n] Verhandlungen“ von MSPD mit Max von Baden über die Abdankung des Kaisers nicht zu stören. Gustav „einer muss der Bluthund werden“ Noske schreibt noch zehn Jahre nach der Revolution im Jahre 1928 einen Artikel, von dem Mensch glauben könnte, ein Nationalkonservativer hätte ihn verfasst, wüsste Mensch nicht, wer Noske ist. Aber auch Philipp Scheidemann, ein im Vergleich zu Noske durchaus moderater Politiker, ist Anfang November 1918 der Meinung, dass der „Bolschewismus“ eine „größere Gefahr [ist,] als die Entente“ (s. Bollinger, S. 155). Noch am 31. Oktober ist Ebert der Meinung, dass Deutschland nicht reif für eine Republik sei. Die Liste lässt sich endlos fortsetzen. Glücklicherweise haben sich Arbeiter*innen und Soldaten nicht an die öffentlich verkündeten Ratschläge der MSPD gehalten, sonst wäre es vermutlich noch nicht einmal zur bürgerlichen Republik gekommen.

Letztlich vermasseln es die Militärs. Mit der Ablehnung des Friedensvorschlags von US-Präsident Wilson, der eine Abtretung aller auch in Russland besetzten Gebiete, sowie eine Dezimierung der deutschen Armee vorsieht, ebenso wie mit der Vorbereitung eines letzten wahnwitzigen Himmelfahrtkommandos seitens der Seekriegsleitung (SKL) gegen England, erzwingen die Militärs geradezu den Aufstand. Ein Lehrstück darüber, welche Irrationalitäten der Imperialismus, bei aller staatsmännischer Raison, dennoch hervorbringt. Die Matrosen bekommen Wind von der letzten „Ehrenschlacht“ und meutern Ende Oktober 1918. Auch aufgrund vieler taktischer Fehler seitens der arroganten Militärführung, die immer noch nicht begreift oder begreifen will, was vorgeht, ufer die Meuterei in einen großen Matrosen-

aufstand in Kiel aus, dem sich die Arbeiter*innen vor Ort organisiert anschließen. Schließlich kommt es am 4. November zur Machtübernahme des Arbeiter- und Soldatenrates in Kiel.

Von da an geht alles ganz schnell. Wie eine Lawine rollt die Revolutionswelle durch das ganze Land. Kieler Matrosen strömen in Zügen überall hin und verbreiten das Ende des Krieges und den Beginn der Revolution. Am 7. November siegt die Revolution in Bayern, das Militär in München läuft über. Zwar möchte Reichskanzler Prinz von Baden dem Schlimmsten zuvorkommen, indem er am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers und die Übergabe der Kanzlerschaft an Friedrich Ebert verkündet. Aber da befinden sich schon längst Hunderttausende auf den Straßen Berlins, mit tatkräftiger Wirkung des Spartakusbundes, der USPD und der Revolutionären Obleute. Der Großteil der Truppen in Berlin befindet sich ebenfalls auf der Seite der Revolution. Philipp Scheidemann verkündet initiativ die deutsche Republik, wenig später ruft Liebknecht die sozialistische Republik aus. Unter Führung des Großkapitalisten Hugo Stinnes gründet die deutsche Industrie die „Antibolschewistische Liga“, die alles Reaktionäre auf deutschem Boden gegen „den Bolschewismus“ finanziert (s. Ruge/Schumann, S. 105 f.). Die Schwerindustrie diskutiert schon im Oktober 1918: „Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?“ – so das Resümee eines Treffens seitens Jakob W. Reichert, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Rückblick (ebd. S. 52). Sie kommen zu der Einsicht, dass dies nur gemeinsam mit den Arbeiter*innen geht. Es kommt zum berühmt-berüchtigten Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918, das durch Einführung des Achtstundentages, vollständiger Legalisierung und Bekräftigung der Gewerkschaften, der Einführung von Arbeiter*innenausschüssen (später Betriebsräten) bei de facto Verzicht auf weitergehende Forderungen die bis heute währende Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit begründet.

Die folgenden Wochen und Monate sind ein konstantes, teils extrem militarisiertes Tauziehen um den Charakter der Revolution und der entstehenden Republik. SPD und Militärs verbünden sich (der berühmte „Ebert-Groener-Pakt“ vom 9. oder 10. November 1918), die militant konterrevolutionären

Teile der zurückkehrenden Fronttruppen werden in „Freikorps“-verbände umformiert, während sich die Räte auf dem Reichsrätekongress im Dezember 1918 selbst abschaffen, indem sie die Einberufung einer parlamentarischen Nationalversammlung als der einzig gültigen demokratischen Repräsentationsinstanz zustimmen. Parallel dazu übertragen sie bis dahin alle politische Macht auf den Rat der Volksbeauftragten und entmachten damit die Basisräte. Dabei bereiten die Militärs schon jetzt – und nicht erst 1920 – den Militärputsch vor. Der Nachfolger von Ludendorff in der OHL, Generalleutnant Groener, plant für den 10. Dezember 1918 einen Putsch mithilfe der rückkehrenden Fronttruppen, mit denen er Ebert als Diktator unter Aufsicht der OHL einsetzen will. Der Putsch soll der Verhinderung des Reichsrätekongresses und zur Zerschlagung der Räte dienen. Ebert wird am 18. November von diesem Plan seitens Groeners unterrichtet und ist ihm nicht gänzlich abgeneigt. Letztlich putschen Geheimdienstler und reaktionäre Studenten in Unkenntnis der OHL-Pläne schon am 6. Dezember mit demselben Ziel und scheitern kläglich. Ebert beginnt zu schwanken, Groener plant eine Diktatur ohne Ebert, die Putschpläne fliegen auf und sowieso möchte der Großteil der rückkehrenden Fronttruppen lieber nach Hause, als putschen: Innerhalb von wenigen Tagen lösen sich die schwerbewaffnet in Berlin einmarschierenden 10 Divisionen (100.000 bis 300.000 Mann) in Luft auf. Es bleiben klägliche 800 Männer übrig. Groener beklagt sich darüber, dass „das ganze Programm der Säuberung Berlins von bolschewistischen Elementen“ nicht ausgeführt werden konnte. Und so entkommt die junge Republik ganz knapp der Militärdiktatur. Die Reaktion steht zwar ohne militärische Kräfte da, weil aber keine Konsequenzen gezogen werden, kommt es kurz darauf zu den Weihnachtskämpfen 1918 in Berlin, die im Prinzip als zweiter Putschversuch der OHL gelten können. Ebenso werden die folgenden Aufstände in Berlin im Januar und insbesondere im März 1919 niedergeschlagen. Die Weichenstellung für die fatale Schwäche der Weimarer Republik ist durch tatkräftige Unterstützung seitens der SPD gelegt.

Die alten Eliten werden nicht angetastet, sie wirken fort und organisieren geduldig und ungestört die Konterrevolution. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 ist der erste ernsthafte Versuch zur Zerstörung der Revolutionsergebnisse, der nicht durch die reguläre Reichswehr, sondern durch einen Millionen Beschäftigte mobilisierenden Generalstreik niedergeschlagen wird. Der Hitler-Ludendorff-Putsch von 1923 stellt den zweiten derartigen Versuch dar. Die konterrevo-

lutionären Elemente und Schlächter der Aufstände von 1918–23 werden kaum verfolgt oder bestraft. Im Gegenteil: Beteiligte des Kapp-Lüttwitz-Putsches werden zum Beispiel direkt anschließend zur Niederschlagung der Roten Ruharmee wieder „verwertet“ und somit rehabilitiert. Viele von ihnen und Mitglieder der alten Eliten beteiligen sich an Umsturzversuchen – so wie zum Beispiel Ludendorff selbst, der sich 1920 und auch 1923 am Putsch beteiligte, bei letzterem sogar führend. Später bilden viele von ihnen die Kernstrukturen von SS und SA. Man schaue sich einfach nur die zukünftige Laufbahn von bekannten Freikorps-Mitgliedern im englischsprachigen (!) Wikipedia an und man sieht eine Liste der Crème de la Crème des faschistischen Deutschlands. Wo spielt der Umstand heute noch eine Rolle, dass Hauptmann und späterer SA-Chef Ernst Röhm ein wichtiger Führer der Bayern-Abteilung der Schwarzen Reichswehr war, einer konterrevolutionären Untergrundarmee, mit der die OHL die Bedingungen des Versailler Friedens umgehen und sich für einen kommenden Krieg vorbereiten wollte?

Aus einer linken, revolutionären Perspektive heutzutage stellt sich in Bezug auf die Novemberrevolution meines Ermessens weniger die Frage nach dem „Verrat“ oder der „konterrevolutionären Tätigkeiten“ der SPD, die inzwischen hinreichend belegt sind. Die SPD war schon vor 1914 zunehmend zu einer verbürgerlichten Partei der bestehenden Ordnung geworden, die Machtpositionen einnehmen und im Rahmen des Bestehenden einige Verbesserungen für die Werktätigen ausschlagen wollte. Was ihr in Form von „Burgfrieden“ und der späteren Sozialpartnerschaft auch gelang. Der Preis hierfür waren Weltkrieg, Verzicht auf Sozialismus und Brüten der Konterrevolution. Konterrevolutionär war die SPD phasenweise und in bestimmten Perspektiven. Sie war nicht-revolutionär, als die Revolution 1918 losging und wollte die Dynamiken so schnell wie möglich eindämmen. Sie wurde notgedrungen revolutionär, als die Massen sie dazu zwangen. Laut der Memoiren von Scheidemann sei Ebert an die Decke gegangen, als Scheidemann die Republik ausrief. Die Partei wurde konterrevolutionär, insofern sie glühend gegen eine weitere, sozialistische Radikalisierung der Revolution mit den alten Eliten paktierte. Sie war aber wieder anti-konterrevolutionär, als es um die Verteidigung der Republik gegen die putschenden konterrevolutionären Mächte ging. Dabei ging sie, aus Angst vor der Linken, niemals konsequent gegen die konterrevolutionären Hauptkräfte vor, sondern deckte sie sogleich wieder, als sie den Putschversuch beendeten. Damit positio-



Erich Steller (1952): „Liebknecht auf dem Totenbett“

nierte sich die SPD als eigenständige Kraft. Sie über den Kamm mit den monarchistischen und reaktionären konterrevolutionären Kräften zu scheren, übersieht allerdings die Widersprüchlichkeiten des Zweckbündnisses dieser unterschiedlichen Kräfte, die mehr als einmal zur Explosion führten. Vor allem war sie und machte sie auch damals blind gegenüber Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPD-Basis, die zum Teil noch lange Zeit offen für radikalere Vorgehensweisen und soziale Perspektiven waren.

Die Perspektive, die sich ausschließlich auf den Verrat der SPD konzentriert, verschließt durch ihren moralistischen Charakter häufig den Blick auf das Feld des Politischen. Wir müssten uns doch vielmehr fragen, was die Linke nicht geschafft hat, welche Chancen sie verpasst hat, wie es stattdessen die rätefeindliche SPD geschafft hat, die Räte zu dominieren – und nicht die Linken, die doch gerade eine Räterepublik wollten. Kurz: Wie es die SPD schaffte, die Zustimmung der Werktätigen zwar nicht unangefoch-

ten, aber trotzdem einigermaßen ordentlich zu monopolisieren und nicht die Kommunist*innen – um es in Zukunft besser machen zu können.

Der in der offiziellen kommunistischen Tradition in unterschiedlichen Variationen festgestellte Befund hierzu ist, dass im November 1918 eine organisierte kommunistische Partei gefehlt habe. Hätte es sie gegeben, hätte sie die Führung übernehmen und die Revolution siegreich zum Sozialismus bringen können. In geradezu teleologischer, die Geschichte im Nachhinein legitimierender und damit eigentümlich unkritischer Art und Weise, wird die Niederlage der Linken geradezu als Notwendigkeit dargestellt: Die Lehren mussten gelernt und aus diesen Fehlern heraus die KPD gegründet werden. Dabei spiegelt sich schon allein in den sprachlichen Passivkonstruktionen in der Diskussion um den Charakter der Revolution – war sie eine bürgerliche oder eine mit proletarischen Mitteln erkämpfte bürgerlich-demokratische oder war sie gar eine unvollendete sozialistische Revolution und

so weiter – das Verlorengehen von Geschichtlichkeit wider. Es ist so nicht mehr denkbar, dass die Revolution eine bestimmte wurde, dass im Handgemenge entschieden wurde, wohin sie sich wie entwickelt und dass nicht von Anfang an restlos klar war, was am Ende heraus kommen sollte. Lenin wird nicht müde zu betonen, dass noch die revolutionärste Situation zu keiner Revolution führt, wenn nicht auch der subjektive Faktor stimmt:

„Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution unmöglich ist ohne revolutionäre Situation, wobei aber nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. (...) Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche ‚zu Fall kommt‘, wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt‘“ (s. Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, S. 206).

Aber dieser subjektive Faktor ist nicht nur eine Voraussetzung der Revolution, er ist zugleich Resultat der Revolution, wird also wesentlich aus der Revolution heraus geboren:

„Revolutionen sind Festtage der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Nie vermag die Volksmasse als ein so aktiver Schöpfer neuer gesellschaftlicher Zustände aufzutreten, wie während der Revolution. Gemessen an dem engen, kleinbürgerlichen Maßstab des allmählichen Fortschritts ist das Volk in solchen Zeiten fähig, Wunder zu wirken“ (s. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, S. 103).

Der subjektive Faktor nimmt also für Lenin eine Schlüsselrolle in der revolutionären Situation ein und bestimmt, wohin die Reise geht. Die Revolution findet statt in der Dialektik von objektiver revolutionärer Situation und der Fähigkeit des subjektiven Faktors, während diese Voraussetzung sowie Resultat des Gangs der Revolution ist. Die revolutionäre Situation ist somit strukturell offen, wenn auch nicht total zufällig oder total indeterminiert.

Das Hauptproblem der These vom Fehlen der kommunistischen Partei ist diesbezüglich natürlich, dass mit der KPD seit Ende 1918 genau die laut Lehre „richtige kommunistische Partei“ bestand, trotzdem hat seitdem keine sozialistische Revolution in (West-)Deutschland stattgefunden. Es liegt offensichtlich nicht nur an der Existenz der „richtigen“ Partei, ob die

Revolution sozialistisch wird oder nicht, sondern auch an den richtigen Taktiken und Politiken in jeweiligen geschichtlichen Situationen und Kräfteverhältnissen. Gerade die Perspektive darauf wird aber verbaut, wenn der Gang der Ereignisse als geradezu naturgeschichtliche Gesetzmäßigkeit präsentiert wird, statt die Etappen der Geschichte kritisch durchzugehen und auszuloten: Ob es denn wirklich so kommen musste? Ob nicht hätte anders gehandelt werden können und müssen? Tatsächlich lässt sich sagen, dass die wirkliche KPD zumindest in ihrer Gründung nicht die richtigen Lehren zog, sondern durch die Dominanz der „Bremer Linksradikalen“ extrem linksradikalistisch – durch bewaffneten Aufstand, die Nicht-Beteiligung an Wahlen – Liebknecht und Luxemburg links überholte und die alten Fehler fortsetzte.

In einer ansonsten geradezu dogmatisch SED-treuen Abhandlung, die das Fehlen der KPD als einzigen Grund für das Fehlschlagen der revolutionären Potenziale ausmacht, kommt Rudolf Lindau zu einer dennoch sehr interessanten und sehr richtigen Einsicht:

„Im November hieß die Alternative nicht Sprung zum Sozialismus oder formale, bürgerliche Demokratie, sondern die Aufgabe war: machtpolitische Sicherung der revolutionär errungenen Volksfreiheiten, um der Entwicklung zum Sozialismus die Bahn zu bereiten“ (s. Lindau, S. 28).

Warum ist diese Einsicht so interessant und richtig? Weil sie den Punkt der Massenaktivität und der Kräfteverhältnisse im Konkreten trifft und die richtige Perspektive formuliert. Die werktätigen Massen der Arbeiter*innen, Matrosen und Soldaten waren großteils keine ideologisch geschulten und politisch organisierten Vorkämpfer*innen des Sozialismus. In keiner Revolution ist dies so. In jeder Revolution hängt das Schicksal derselben davon ab, ob die Massen der Werktätigen fehlende Voraussetzungen gemeinsam mit den jeweiligen Kampforganen im Prozess der Revolution zur Genüge nachholen und aufbauen können, um sodann genug Kraft zu haben, den entscheidenden Schlag zu versetzen – oder nicht. Die Rolle der organisierten Mächte ist es dann, diesen Prozess zu stützen und zu schützen, um ihn zu radikalieren. Die Novemberrevolution wurde motiviert durch den für die Werktätigen in jeder Hinsicht unerträglichen Krieg. Den Unmut und die Zerstörungen, die dieser Krieg bei den Werktätigen anrichtete, konnten politisch organisierte und ideologisch geschulte linke Sozialdemokrat*innen, Kommunist*innen und Revolutionäre Obleute ausnutzen und ihm einerseits



Franz Masereel (1918) aus: „Passion eines Menschen“

die Form einer permanenten Kampf­fähigkeit, zum Beispiel in Form zunehmender Streiks seit 1916, andererseits eine politische Perspektive geben. Sogar der erzreaktionäre Historiker Hans Herzfeld weiß deshalb sehr genau über diese Dialektik zu sagen:

„Ohne die furchtbare Not des deutschen Volkes wäre der revolutionären Agitation niemals die Überwindung des Geistes von 1914 [damit ist die anfänglich angeblich totale Kriegseuphorie in Deutschland gemeint, A.K.] geglückt, ohne die bewusste Arbeit der revolutionären Treiber wäre der Übergang der passiven Unzufriedenheit und Gärung im Volke zu bewusster Auflehnung gegen den nationalen Existenzkampf in keinem Fall denkbar“ (s. Herzfeld, S. 189 f.).

Mit den Ereignissen Anfang November war die explizite politische Herrschaft derjenigen gestürzt, die für all das Elend verantwortlich waren, gegen das die Massen rebellierten und das mit tatkräftiger Unterstützung der organisierten Linken zur Novemberrevolution wurde. Einige bürgerlich-demokratische Errungenschaften, wie der Parlamentarismus, die Presse- und Meinungsfreiheit und die Freilassung politischer Gefangener, wurden sehr schnell umgesetzt. Aber die Macht hielten die Werktätigen nur sehr begrenzt in ihren Händen. Zwar besaßen sie Räte, aber weder hatten sie Erfahrung mit ihnen, noch mit Machtausübung im Allgemeinen, was sich in den Forderungen und Praktiken der Räte widerspiegelte. Mal waren sie radikaler und klarer auf Sozialismus aus, mal forderten sie eher radikal-demokratische Umgestaltung und Beteiligung an praktischen politischen Arbeiten, die die bestehenden politischen und bürokratischen Strukturen oft mehr begleiteten als ersetzten. Viele Beteiligte wollten einfach nur ein Ende des Krieges und ein normales Leben. Die alten politischen Strukturen, insbesondere des Militärs und der politischen Elite, waren nicht abgesetzt. Die Räte nahmen oft eine schwankende Haltung ihnen gegenüber ein. Es entstand eine beinahe klassische Situation der Doppelmacht, in der unter und neben den Institutionen der bürgerlichen Politik die Keimformen der Politik einer anderen, sozialistischen Gesellschaft entstanden. Diese waren aber aufgrund der Unerfahrenheit und bisherigen Ohnmacht der Werktätigen nicht entwickelt genug, um den endgültigen Schlag gegen die bestehende Ordnung auszuführen. In dieser Situation stand nicht der Aufbau des Sozialismus unmittelbar auf der Tagesordnung, sondern es ging darum, den Impuls der Bewegung nicht zu verlieren und die eigenständige Machtposition der Werktätigen und ihrer Organe auszubauen, kurz: dafür zu sorgen, dass sich die Situation der Doppelmacht nicht zugunsten der Ordnungsmächte auflöst und dass stattdessen die

eigenständige Position der Werktätigen gestärkt wird, um den Revolutionsprozess daraufhin weiter radikalieren zu können.

In dieser Beziehung lässt sich erkennen, dass die SPD die Schwäche der Bewegung, das Schwanken und die Unsicherheit der Massen aufgrund ihrer Unerfahrenheit und bisherigen Ohnmacht sehr gut ausnutzen konnte. Während die Linke oft nur die Masse der Bewegung sah und darüber die Stärke derselben überschätzte. Der Pakt der SPD mit den Militärs und Noske als „Bluthund“ sind hinreichend bekannt. Oftmals von revolutionären Linken weniger ernst genommen wird allerdings die hegemoniale Kraft der SPD, die nicht nur erfolgreich intrigieren, sondern vor allem auch erfolgreich taktieren konnte wie es Kadetten und Menschewiken in Russland nicht vermochten. Obwohl sie von Anfang an dem unkontrollierten Charakter der Revolution spinnefeind war und die Räte ablehnte, integrierte sich die SPD in sie, wo klar war, dass sonst eine Kontrolle der Werktätigen nicht mehr möglich ist, um sie von innen und außen heraus letztlich erfolgreich zu zersetzen. So schaffte es Noske, sich mit Zustimmung der Arbeiter*innen und Soldaten in Kiel zum Vorsitzenden des lokalen Arbeiter- und Soldatenrates zu machen. Die Unerfahrenheit des Rates nutzend, unterminierte er dessen Macht, während er gleichzeitig vorgab, im Sinne der Werktätigen zu handeln. Schon im Januar 1918 hatte die MSPD ihr diesbezügliches Geschick gezeigt. Als überall im Land die Munitionsarbeiter*innenstreiks die Kriegsproduktion lahmlegten, gingen SPD-Funktionäre in die Streikkomitees und konnten Schritt um Schritt die streikenden Arbeiter*innen davon überreden, den Streik niederzulegen und auf von der MSPD durchzusetzende Reformen zu vertrauen. Im Rat der Volksbeauftragten wie auch in den anderen zentralen Revolutionsinstitutionen hielt die SPD erfolgreich die USPD hin und gab den Ton an, während Friedrich Ebert eine wohl überlegte Rede im Reichsrätekongress im Dezember 1918 im Prinzip gegen die Räte hielt und damit einiges gewinnen konnte. Er ließ sich dabei nicht davon einschüchtern, dass der Kongress von einem seiner Feinde, dem revolutionären Obmann Richard Müller eingeleitet wurde.

Man vergleiche diese Aktion mit dem Verhalten Karl Liebknechts, der kaum die politische Flexibilität besaß, sich klug und abwägend zu bewegen in einem nicht von revolutionären Linken dominierten, aber dennoch die Werktätigen entscheidend beeinflussenden politischen Raum. Bei Anwesenheit von

politischen Gegnern gelang es ihm oft nicht, teils vorübergehende Kompromisse und Atempausen zu beschließen, um dadurch die Basis der eigenen Zustimmung zu verbreitern. Stattdessen verließ er gerne erzürnt und scheinradikal den Raum, was oft darauf hinauslief, den Gegner*innen das Feld zu räumen. So verpasste er die Chance, im November 1918 in den von Ebert raffiniert anberaumten Rat der Volksbeauftragten – im Prinzip eine Übergangsregierung – einzutreten oder zumindest kontrollierend auf ihn einzuwirken. Ebert plante damit zwar sehr geschickt durchdacht die Neutralisierung von Fundamentalopposition durch Einbindung in Regierungsgeschäfte. Aber der Staat war ja halb auseinandergefegt und die Regierung saß ja noch nicht in festen Sätteln, die Karten wurden gerade erst neu gemischt. Einige Möglichkeiten standen radikal offen, wie zum Beispiel die Umgestaltung des Militärs – eine geradezu lebenswichtige Aufgabe für die Revolution. Eine auch nur kontrollierende Tätigkeit in diesem Rat schloß einen Fokus auf den außerparlamentarischen Aufbau der alternativen (Räte-)Macht nicht aus, sondern hätte im Gegenteil durch geschicktes Vorgehen den Aufbau der alternativen Macht unterstützen oder zumindest die Restauration der Konterrevolution sabotieren und hinauszögern können.

So ähnlich argumentierte letztlich in den Jahren 1920–21 die KPD in Sachsen und Thüringen in ihrer Begründung als „loyale Opposition“ zu den jeweiligen Arbeiter*innenregierungen. 1918 wurde die Chance zu einer (sicherlich vorübergehenden) reinen – wenn auch ganz sicher nicht rein sozialistisch-revolutionären – Arbeiter*innenregierung verbaut. Dabei war auch schon die zwischen revolutionärer Haltung und reformistischem Revisionismus hin- und herschwankende und deshalb „harmlosere“ USPD im Rat der Volksbeauftragten den Militärs von Anfang an ein Dorn im Auge, weil sie die restlose Restauration ihrer Macht, wenn auch passiv, verhinderte. An entscheidenden Punkten ließ sich die USPD einlullen und verpasste wichtige radikaldemokratische Schritte. So „drohte“ der neue OHL-Ch Groener im Dezember mehrmals damit, die OHL aufzulösen. Eine Selbstaflösung der alten autoritären Militärführung! Kann Mensch sich mehr wünschen? Die USPD ließ die Chance verstreichen, Liebknecht aber konnte nicht vor Ort sein, um die Absetzung zu forcieren. Er wollte lieber sofort und unmittelbar Sozialismus, statt über die Demobilisierung der Stützen der alten Macht die Möglichkeit zum Sozialismus zu stärken.

Dabei stand die Lage lange Zeit gar nicht so schlecht. So ging aus dem Reichsrätekongress im Dezember 1918 nicht nur die Wahl einer Nationalversammlung statt einer Räterepublik hervor. Dieser beschloss auch die Demokratisierung des Militärs und die Sozialisierung von Schlüsselindustrien. Es waren also auch breite Teile der SPD (die den Reichsrätekongress dominierte), die für eine weitere Radikalisierung prinzipiell offen waren. Auf die Forderung nach der Demokratisierung des Militärs „drohte“ Groener mit Rücktritt. Es wäre hier die Aufgabe der Linken gewesen, nicht unmittelbar die Diktatur der Räte zu fordern, sondern eine vollständige Selbstentmachtung der Räte abzuwehren. Sie, solange sie noch zu schwach waren, parallel zu den etablierten politischen Strukturen zu erhalten und die sich in solchen Forderungen wie Demokratisierung des Militärs und Sozialisierung der Schlüsselindustrien zeigenden weiteren Radikalisierungspotenziale breiter Schichten der Werktätigen zu nutzen. Hingegen forderten Müller und Ernst Däumling (ebenfalls revolutionäre Obmänner) das reine Räte-System. Der Vorschlag wurde gnadenlos überstimmt. Aber warum nicht einen Vorschlag für eine Nationalversammlung, aber mit Beibehaltung der Räte machen, wenn die Kräfteverhältnisse so lagen wie sie eben waren? Hätte man die unmittelbaren sozialen und demokratischen Aufgaben entschiedener als die SPD angehen können, hätte dies zu einer besseren hegemonialen Positionierung unter den Werktätigen im Angesicht der SPD geführt. Zugleich hätte alles daran gesetzt werden müssen, dass die Räte als Organe der alternativen Macht genug Zeit erhielten, um eine revolutionäre Erziehung der Werktätigen herbeizuführen. Entscheidende geschichtliche, teils militärische Scheidepunkte der direkteren Auseinandersetzung hätten in Teilen in diesem Sinne genutzt werden können.

Aber wo in Fällen von Hegemoniepolitik die Linken daran scheiterten, „soft power“ auszuüben, auch mal Kompromisse einzugehen oder, wo nötig, Zwischenschritte zu gehen, anstatt immer sofort den ganzen Umbruch zu fordern, waren sie in Situationen, die tatsächlich militärisch unmittelbar vom Vorteil für die Revolution waren, nicht entschieden und klar genug und verpassten auch hier Chancen oder erlitten schwere Niederlagen. Zum Beispiel geschah dies nach den Weihnachtskämpfen 1918. Im Prinzip wurde damals von Seiten der OHL unter einem Vorwand ein Putschversuch in Berlin unternommen. Die den Linken nahestehende kampfkraftige Volksmarinedivision (VMD) sollte ausgeschaltet und die Macht in Berlin von Militärs übernommen werden. Aber die VMD



Die politische Linie des Spartakusbundes (KPD) war lange antiparlamentarisch geprägt. Wahlplakat von 1920.

konnte sich erfolgreich wehren, es kam zu einem spontanen Massenaufstand in Berlin, der Großteil der angreifenden Verbände löste sich auf. Major von Harbou empfahl der OHL an Weihnachten: „Truppen des Generalkommandos Lequis [der OHL unterstellte angreifende Truppe in Berlin; A.K.] sind nicht mehr aktiv verwendungsfähig. Empfehle seine Auflösung“ (s. Gietinger, S. 101 f.). Einige Offiziere in der OHL empfahlen sogar die Selbstauflösung der gesamten OHL, weil diese keine Einheiten mehr besitze. Ebert geht abgekämpft nach Hause und meint, Liebknecht könne ruhig die Reichskanzlei besetzen, er finde eh nur ein leeres Nest vor. Und was machen die Linken aus einer Situation, in der der Gegner militärisch am Boden liegt? Nichts! Die Garde-Kavallerie Schützendivision (GKSD), die Hauptstütze der Reaktion in den Jahren 1918–19, wird freigelassen. Dabei schätzte sogar der erzreaktionäre Hauptmann Pabst, Führer der GKSD, später rückblickend ein: „Es wäre an und für sich ein Leichtes gewesen, mit uns fertigzuwerden“ (s. Gietinger, S. 99). Und auch Groener meint später rückblickend, dass diese Untätigkeit der Revolutionäre in vergleichsweise günstiger Stunde „auch eine Merkwürdigkeit für unsere deutsche Revolution“ (s. Langer, S. 210). war. Erst nach den Weihnachtskämpfen forderte die USPD im Rat der Volksbeauftragten plötzlich eine

andere Militärpolitik, aber da war es schon reichlich spät, wenn auch nicht ausweglos. Stattdessen verließ die USPD, so linksradikalistisch wie sonst nur Liebknecht, den Rat vollständig und überließ damit die gesamte Staatsmacht den Ordnungskräften – ohne aber eine alternative Macht aufgebaut, die reaktionären Elemente der Staatsmacht zerschlagen oder zumindest ihre Rekonstituierung so weit wie möglich sabotiert zu haben.

Im Januar 1919 erneut ein Vorstoß der Konterrevolution: Emil Eichhorn, Polizeipräsident in Berlin und quasi letzter wichtiger USPD-Mann im Staate, wird am 4. Januar abgesetzt, weil er der Revolution zu nahe steht. In den darauffolgenden zwei Tagen kommt es zu den bisher größten Demonstrationen in Berlin, hunderttausende Regierungsgegner*innen auf den Straßen. Alle glauben an die zweite, die sozialistische Phase der Revolution. Aber es fehlen die Truppen, Versuche zur wirklichen Absetzung der Regierung und Ersetzung durch eine neue werden nicht gemacht oder vermasselt. Am dritten Tag erklären sich alle Berliner Truppen inklusive der VMD für neutral. Entweder man hatte bis dahin die Macht in der Hand – wurde dies aber nicht geschafft, war sofort der ge-

ordnete Rückzug nötig, um einer Vernichtung, wie sie schließlich leider stattfand, zu entgehen und eventuell sogar Kompromisse auszuhandeln. Mit Hunderttausenden auf den Straßen hätte Mensch, wenn schon nicht die Regierungsmacht übernehmen, so zumindest vielleicht wichtige Forderungen aufstellen können, wie zum Beispiel die Beibehaltung von Räten als Parallelorganen oder sofortige Demokratisierung der Militärs und Abschaffung der „Freikorps“. Stattdessen wurde weiter am Aufstand festgehalten, Luxemburg empfahl quasi erst in den letzten Tagen den Abbruch, Liebknecht und Pieck wollten weitermachen. Er wird aufs Brutalste von Militärs und „Freikorps“ niedergeschlagen, aufgrund von überaus verantwortungslosem Verhalten werden letztlich Liebknecht und Luxemburg erwischt und kurz darauf ermordet. Die kommunistische Bewegung verliert zwei ihrer wichtigsten Köpfe.

Ich möchte es bei diesen Beispielen belassen, auch deshalb, weil in den Jahren 1918 bis 1919 vielleicht die größten Spielräume vorhanden waren. Ab 1919 war das Militär wieder fast vollständig aufgebaut und funktionstüchtig. Danach erschwerten sich konkrete revolutionäre Aufstände rein militärisch betrachtet um ein Vielfaches. Dennoch zeigen der deutschlandweite Generalstreik zur Niederwerfung des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920, die Rote-Ruhr-Armee im selben Jahre, der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die Existenz und Diskussion um die Arbeiter*innenregierungen in Sachsen und Thüringen 1920–21 sowie 1923, der Wahlerfolg der USDP 1920, der Wahlerfolg der KPD 1924, schließlich die Stärkung der KPD ab 1930 und so weiter, dass alles Potenzial zur weiteren massenhaften Radikalisierung vorhanden war, auf das aufgebaut hätte werden können und müssen.

Letztlich gilt – natürlich aus der Warte eines späteren und deshalb einfach urteilenden weil nicht involvierten Betrachters – zumindest für die Phase von 1918–19, dass das „Wechselspiel zwischen Partei, Klasse und Massen“ nicht ernst genommen wurde. Nicht nur waren die Parteien und Organisation zu schwach oder nicht vorhanden, was vorhanden war, agierte auch nicht im Sinne des Standes und Potenzials der Klasse und auch nicht der Massen. Die Werktätigen hatten die Revolution zwar gemacht, sie hatten aber noch nicht genug Erfahrung und Macht, um auch den Gang der Revolution aktiv und führend zu lenken. In dieser Phase wäre es notwendig gewesen, feindlichen Angriffen, aber vor allem feindlichen Hegemonieansprüchen im eigenen Lager zu entgegnen auf Grundlage einer Politik, die die gemeinschaftlichen Ziele der Werktätigen, wie sie die Revolution motivierten und befeuerten, hätte vorantreiben können. Damit wäre die Hegemonie des sozialistisch-revolutionären Lagers innerhalb der Werktätigen gestiegen.

Die Rede von der sozialdemokratischen Basis und der reaktionären, sozialdemokratischen Führung geht so darüber hinweg, dass auch die Basis schwankend war auf Grundlage ihrer Unerfahrenheit und es deshalb ein praktisches, nicht ein Problem allein der mangelnden „Aufklärung“ war, die Macht der Arbeiter*innenklasse auszubauen. Nicht zuletzt deshalb wäre eine Beibehaltung und Stärkung der Räte unter gegebenen Bedingungen, die aufgrund von Unerfahrenheit und bisheriger Ohnmacht des Großteils der revolutionären Werktätigen Kompromisse bei Strafe des Untergangs (der letztlich für die Räte ja auch eintrat) erzwangen, nötig gewesen. Denn erst in ihrem Organisationsrahmen, der endlich gefundenen, politischen Form des Sozialismus, hätten die Werktätigen, allen voran die Arbeiter*innen, ihre eigenständige Macht fundieren, ausbauen und letztlich die Revolution in eine sozialistische umwälzen können.

Quellen:

Bollinger, Stefan (2018) „November ’18. Als die Revolution nach Deutschland kam“; Berlin

Gietinger, Klaus (2018) „November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts“; Hamburg

Herzfeld, Dr. Hans (1928) „Die deutsche Sozialdemokratie und die Auflösung der nationalen Einheitsfront im Weltkriege“; Leipzig

Langer, Bernd (2018) „Die Flamme der Revolution. Deutschland 1918/19“; Münster

Lenin, Wladimir Iljitsch (1915) „Der Zusammenbruch der II. Internationale“

Lenin, Wladimir Iljitsch (1905) „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“

Lindau, Rudolf (1960) „Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik“; Berlin

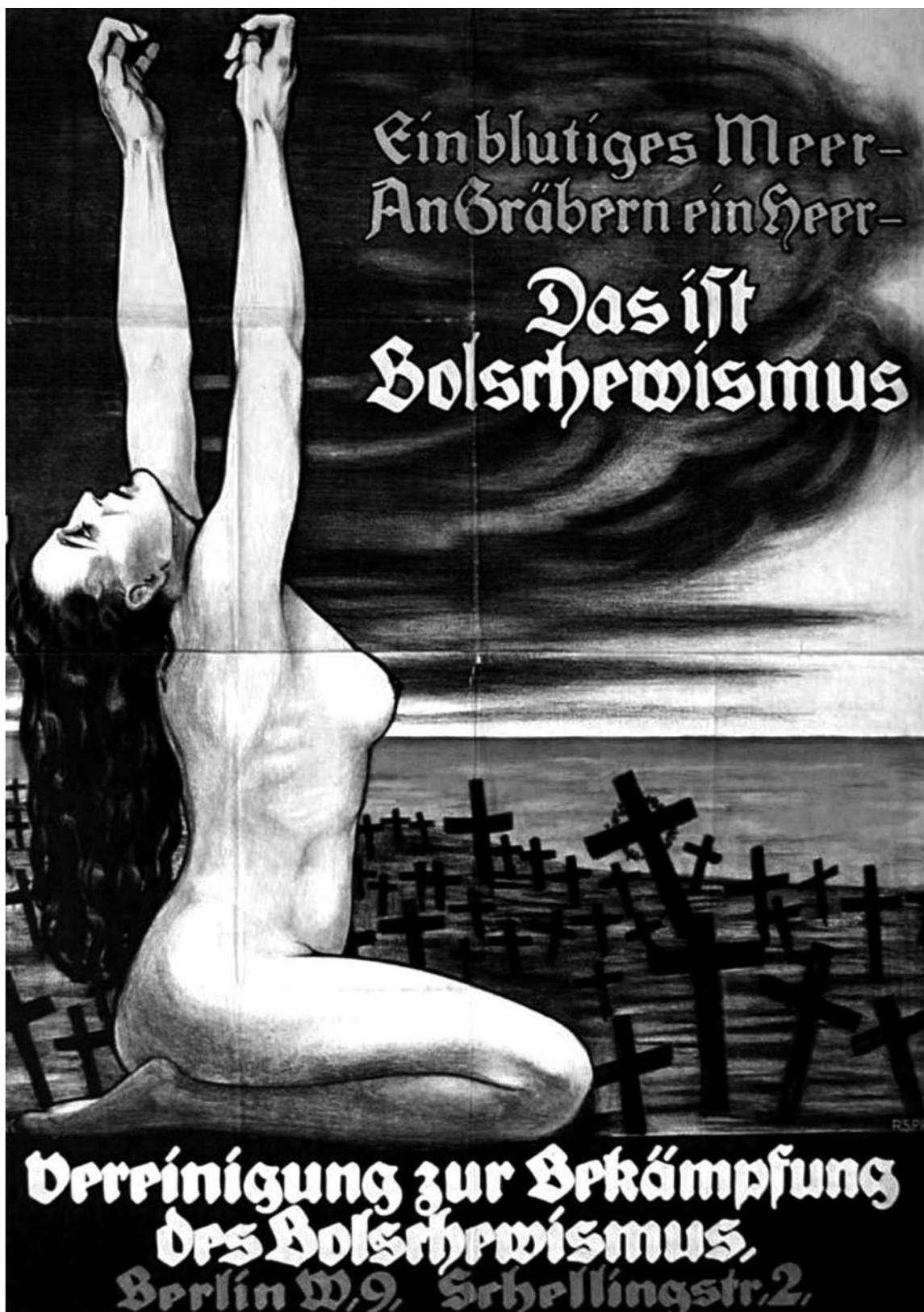
Ludendorff, Erich (1926) „Die Revolution von Oben. Das Kriegsende und die Vorgänge beim Waffenstillstand. Zwei Vorträge“; Lorch

Groener, Wilhelm (1957) „Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg“; Göttingen

Von Baden, Max (1968) „Erinnerungen und Dokumente“; Stuttgart

Ruge/Schumann [Hrsg.] (1975) „Dokumente zur deutschen Geschichte 1917-19“; Berlin

Illustrierte Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/19, Berlin, 1978



Konterrevolutionäres Plakat der „Antibolschewistischen Liga“
Zentrale Mitglieder dieser Gruppe traten später der NSDAP bei

Der Militarismus

/ Berlin Leftist Youth (BLY)

Militarismus bezeichnet den Einfluss militärischen Denkens auf Politik und ziviles Leben in einem Staat. Er zeichnet sich durch die Bereitschaft zur Anwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung politischer oder ökonomischer Ziele und der Aufrechterhaltung und Förderung hierarchischer Strukturen in der Gesellschaft aus. Der Staat, als ein System zur Sicherung der Eigentums- und damit Machtverhältnisse, benötigte seit jeher Organe zur Gewaltausübung. Der Militarismus, als Ideologie des Militärs, dient wie andere chauvinistische Ideologien dazu, von inneren Widersprüchen abzulenken und die Gesellschaft auf einen äußeren Feind einzuschwören. Außerdem legitimiert er das Vorgehen gegen Kräfte, welche die Position des Militärs oder der von ihm geschützten Klassen in der Gesellschaft schwächen wollen. Dies ist die Manipulationsfunktion des Militarismus, die mit dem Aufkommen der Massenmedien zu einem wichtigen Bestandteil staatlicher Propaganda wurde. Der Militarismus wirkt sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Auch die Wirtschaft wird so gestaltet, dass sie der Unterstützung von Kriegen dienen kann. Das Militär selbst wird genutzt zur direkten Bekämpfung sozialer Bewegungen, die den besitzenden Klassen gefährlich werden könnten.

„In seinen beiden Formen bildet [der moderne Militarismus] eine ‚Lebenserscheinung‘ des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten in ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen, und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats.“ (s. Lenin, „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“).

Um die Rolle des Militarismus in der deutschen Geschichte zu verstehen, muss man sich mit dem Königreich Preußen beschäftigen. Preußen war ein Sonderfall in Europa, ein „Militärstaat unter den Militärstaaten“ (Franz Mehring) oder auch „eine Armee, die sich einen Staat leistet“ (Graf Mirabeau). Seit jeher bedienen sich historisch überlebte Ausbeuterklassen des Militarismus, um ihre Herrschaft zu erhalten und auszubauen. Entlang dieser Linie entwickelte sich in den deutschen Fürstentümern eine Form des Absolutismus, als Reaktion auf die gescheiterten frühbürgerlichen Revolutionen und Bauernkriege Anfang des 16. Jahrhunderts. So festigte sich hier der Feudalismus. In

Brandenburg-Preußen schaffte es der Adel, die landwirtschaftliche Produktion an die kapitalistische Produktionsweise anzupassen und so seine Macht weiter auszubauen. Dieser preußische Weg der wirtschaftlichen Entwicklung wurde prägend für Europa und die Welt. Mit der wirtschaftlichen Umstellung ging ein weiterer Ausbau der Armee einher, die bald nur noch durch die Eroberung neuer Gebiete unterhalten werden konnte.

Bis zur Niederlage in den napoleonischen Kriegen 1807 herrschten die preußischen Könige auf absolutistische Art. Das bisherige System wies jedoch einige Schwächen auf. Infolge der Niederlage wurden weitreichende Reformen eingeführt. So wurde die Verwaltung vereinheitlicht und zentralisiert, außerdem wurde ein modernes Gewerberecht eingeführt, Binnenzölle abgeschafft, den preußischen Städten Selbstverwaltungsrechte eingeräumt, die Leibeigenschaft beendet und weitere Reformen eingeführt. Insgesamt wurde die Stellung des Adels in der preußischen Gesellschaft geschwächt, was zur Folge hatte, dass bis 1820 die Reformbewegungen gestoppt wurden. Bei der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871, nach dem deutsch-französischen Krieg, nahm Preußen eine Sonderrolle ein. Der preußische König wurde deutscher Kaiser. Mit seiner Regentschaft gewannen das preußische Militär und mit ihm der preußische Adel auch im restlichen, bislang nicht-preußisch dominierten Deutschland an Einfluss und prägten die Bevölkerung durch die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht.

Es wurde streng darauf geachtet, dass Sozialdemokrat*innen nicht in das Offizierskorps aufgenommen wurden, darüber hinaus waren sie von modernen, motorisierten und technischen Truppenverbänden fernzuhalten. Soldatenverbände wurden gezielt von Offizieren unterwandert, um dort sozialdemokratische Einflüsse zurückzudrängen. Fortan arbeiteten die Verbände daran, die Rolle des Militärs in der Gesellschaft zu stärken und den Militarismus mit seinen anti-sozialistischen, nationalistischen Ausprägungen tief in der Gesellschaft zu verankern. Die Schulen, Kirchen und Universitäten waren vom militaristischen Geist durchzogen, so dass sie endlich in

der Novemberrevolution 1918, wie bereits während der Märzrevolution 1848, konterrevolutionär wirkten. Mit der Gründung des Deutschen Reichs 1871 bildete sich auch ein Bündnis von „Rittergut und Hochofen“ (Bismarck), zwischen dem preußischen Landadel und dem aufkommenden Großkapital. Die Entwicklung Preußens und später des gesamten Reiches, zur Industrienation, geschah in einem Tempo, das in Folge nur von der Sowjetunion übertroffen werden sollte. Ein Faktor in dieser Entwicklung war der relativ früh erreichte, hohe Grad der Monopolbildung in den Rohstoffindustrien (Kohle 1893, Stahl 1904), was ein effektiv planwirtschaftliches Vorgehen ermöglichte.

Die herrschenden Klassen, der alte Adel und die noch junge Bourgeoisie, spielten schon damals permanent mit dem Gedanken die, in ihren Augen zu liberale, konstitutionelle Monarchie durch ein autoritäreres Herrschaftssystem zu ersetzen. Auch nach Aussetzung der „Sozialistengesetze“ (einem Verbot kommunistischer, sozialistischer u.a. Organisationen 1878 - 1890) sah sich die Sozialdemokratie, mehr noch als andere demokratische Kräfte, permanent durch eine Rücknahme der ihr gewährten Freiheiten bedroht. Deutlich wird diese Gefahr, wie auch die schon früh im deutschen Adel vorhandene Kriegslust, an folgendem Zitat Kaiser Wilhelms II., der 1905 feststellte: „Daß wir wegen unserer Sozialdemokraten keinen Mann aus dem Lande nehmen können, ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen und unschädlich machen, wenn möglich per Blutbad und dann Krieg nach außen; aber nicht vorher und nicht à Tempo!“

Auch später, z.B. 1913 in der Zabern-Affäre, wurde deutlich, wie viel Macht die Armee auch in innenpolitischen Fragen hatte. Die Krise war durch einen preußischen Offizier ausgelöst worden, der sich herablassend gegenüber elsässischen Rekruten geäußert hatte. Das Militär im Elsass griff in der Folge Demonstrierende an, was zu deutschlandweiten Protesten gegen Militärwillkür führte. Keiner der in die Affäre involvierten Offiziere wurde bestraft, allerdings regelte der Reichstag das Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Behörden zugunsten der Zivilen neu. Fortan musste das Militär angefordert werden und konnte nicht mehr nach Belieben einschreiten.

Die mörderische Ideologie des preußischen Militarismus propagierte schon früh Ziele, die sich wie

eine Vorwegnahme der späteren nationalsozialistischen Forderung nach mehr „Lebensraum im Osten“ für die deutsche Nation lesen. Die deutsche Militärführung wollte den 1. Weltkrieg - und zwar so früh wie möglich. Als die Nazis im Verlauf des von ihnen angezettelten Krieges die, schon 1916 von der Obersten Heeresleitung (OHL) Hindenburg-Ludendorff propagierte, „totale Mobilisierung aller Kräfte von Volk und Wirtschaft“ verwirklichten, setzten sie den Weg fort, der schon im Kaiserreich beschritten wurde. Neben den ideologischen gab es unzählige personelle Kontinuitäten, deren Ausführung an dieser Stelle zwar den Rahmen sprengen würde, die dennoch signifikant sind.

Nachdem sich 1916 abzeichnete, dass der Krieg für Deutschland mit einer Niederlage enden würde, begann die Oberste Heeresleitung (OHL), Vorbereitungen zur Erhaltung der Monarchie nach Ende des Krieges zu treffen. Als Ergebnis führten diese Überlegungen in mehreren Schritten zur Stärkung des Parlaments, der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und zur erstmaligen Einbeziehung von Sozialdemokrat*innen in eine Regierung. Der Umstand, dass die Friedensverhandlungen 1918 von Sozialdemokrat*innen geführt wurden, ebenso wie der Kieler Matrosenaufstand, wurde später von der reaktionären Propaganda zur „Dolchstoßlegende“ umgemünzt und so intensiv verbreitet, dass Millionen Deutsche schließlich fest glaubten, die Heimat habe die kämpfende Front verraten. Eine Lüge, an die die Nazis mit ihrer Propaganda später anknüpfen sollten. Als nach dem Kieler Matrosenaufstand 1918 die Novemberrevolution ausbrach und gegen den Willen des Kaisers seine Abdankung verkündet wurde, war die MSPD gezwungen, die Republik auszurufen, um Räten und USPD zuzukommen. Schon einen Tag später, am 10. November, schloss die Oberste Heeresleitung unter Wilhelm Gröner einen geheimen Pakt mit der Regierung Ebert, unter der Bedingung, dass man gemeinsam gegen USPD und Spartakusbund vorgehen würde. Im Verlauf der Novemberrevolution verhinderte die MSPD-Führung wirkliche Veränderungen an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen durch bewusst konterrevolutionäre Handlungen, deren Folgen den durch Großindustrielle finanzierten Aufstieg der NSDAP ermöglichten.

Da sich die von der Front zurückkehrenden Truppen im revolutionären Chaos schnell auflösten, war die Armeeführung gezwungen, die Ränge ihrer Truppen mit Freiwilligen aufzufüllen. Daneben bildeten



Frans Masereel (1946) aus: „Remember!“

sich die sogenannten „Freikorps“, erzreaktionäre Veteranenverbände, die bis 1920 das Rückgrat der monarchistischen und ultrarechten Kräfte in Deutschland bildeten und der MSPD-Regierung in der Regel gehorchten. Diese Verbände waren verantwortlich für die Niederschlagung zahlreicher Streiks und Aufstände, sowie für die Zerschlagung der Münchener Räterepublik. Außerdem verübten „Freikorps“ in Kooperation mit britischen Truppen Angriffe auf die junge Sowjetunion, andere schlossen sich den gegen die revolutionäre Regierung der Bolschewiki kämpfenden Weißgardisten an. Die Gräueltaten der „Freikorps“ wurden von der MSPD-Führung gedeckt und befürwortet, ja gar gefordert. Die Zusammenarbeit mit den „Freikorps“ endete mit dem „Kapp-Lüttwitz-Putsch“ 1920. Dieser Versuch der Errichtung einer erneuten Militärdiktatur scheiterte nach fünf Tagen an einem Generalstreik, der sogar die Beamtenschaft erfasste. In der Folge wurden große Teile der „Freikorps“ in die neugegründete Reichswehr eingegliedert. Nicht eingegliederte Reste der „Freikorps“ schlossen sich dem rechtsradikalen Wehrverband „Stahlhelm“, der SA oder ähnlichen paramilitärischen, rechten Gruppen an. Eine Ausnahme bildet die aus den technischen Einheiten diverser Armeeteile gebildete „Technische Nothilfe“, die erst 1945 aufgelöst wurde und bis dahin als Streikbrecher*innenorganisation den Weiterbetrieb (kriegs-)wichtiger Betriebe sicherstellte. 1950

wurde die „Technische Nothilfe“ als „Technisches Hilfswerk“ neugegründet und besteht bis heute. Bei allen Umstrukturierungen der Armee wurden die durchweg monarchistischen, oft adligen Kommandostrukturen kaum angetastet. So waren schon 1918 nur die einfachen Soldaten aus dem Militär entlassen worden, die Offiziere blieben.

Nach dem 2. Weltkrieg waren die Vertreter des Militarismus in Deutschland mit der Auflösung ihrer Strukturen, einer kriegsmüden Bevölkerung und einem zerstörten Land konfrontiert. In den Besatzungszonen der westlichen Alliierten war ihr jahrzehntealter Antikommunismus jedoch anschlussfähig. So gingen diverse Teile der Wehrmacht und anderer NS-Strukturen direkt in neugeschaffene Institutionen wie der „Organisation Gehlen“ (erster bundesdeutscher Auslands-Nachrichtendienst) und den Verfassungsschutz über. Sammelten sich von 1945-47 noch hauptsächlich Nachrichtendienstoffiziere der Abteilung „Fremde Heere Ost“ um Gehlen, wurde ab 1947 damit begonnen, sich einen Überblick über die Remilitarisierungsbestrebungen zu verschaffen und gezielt operative Generalstabsoffiziere anzuwerben. Man kann hier von einem Rettungsboot für den Generalstab sprechen, da den Offizieren neben gewissem Schutz vor Strafverfolgung und einer Anstellung auch

die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme geboten wurde. So wurden in der Dienststelle Mellenthin innerhalb der Organisation Gehlen diverse Denkschriften und Konzepte entwickelt und festgelegt, wie eine neue Armee aussehen sollte. Dies geschah mit Zustimmung der CIA, auf die die Gründung der „Organisation Gehlen“ zurückging und ohne deren Duldung die Arbeit an der Remilitarisierung nicht denkbar wäre.

Ursprünglich war vorgesehen, eine europäische Armee zu schaffen. In der Dienststelle Mellenthin wurde festgelegt, wie weit man bei der europäischen Integration zu gehen bereit war (gemischte Kommandostrukturen, „rein deutsche“ Mannschaften). Nach dem Scheitern des EVG-Vertrags wurde schließlich mit dem Aufbau der Bundeswehr und der Wiedereinführung der Wehrpflicht begonnen. Als am 12. November 1954 die Bundeswehr gegründet wurde, waren 31 ihrer 38 Generäle ehemalige Wehrmachtsgeneräle. 1959 waren von 14900 Offizieren in der Bundeswehr 12660 ehemalige Wehrmacht- und Waffen-SS-Offiziere. In der DDR lag der Anteil ehemaliger Wehrmachtangehöriger bei der Gründung der NVA bei rund 23%. Unter den höheren Dienstgraden waren 61 von 82 aus der Wehrmacht, vier Generäle wurden übernommen. Bis 1960 wurden alle ehemaligen Wehrmachtsoffiziere aus der NVA entlassen.

Begleitet wurde die Remilitarisierung der BRD durch die Wiedereinstellung von nationalsozialistischer Beamenschaft ab Mai 1953 und der Wiederaufnahme der Waffenproduktion, die Westdeutschland bereits 1960 zum achtgrößten Waffenexporteur weltweit machte. Der Wiederaufbau im Rahmen des „Marshallplans“ war dazu gedacht, Westdeutschland auch wirtschaftlich in die Lage zu versetzen, sich an einem zukünftigen Krieg gegen die Sowjetunion zu beteiligen. In der DDR wurden diverse Betriebe der NVA angegliedert, um für den eigenen Bedarf und für den Export Waffen zu produzieren.

Beide deutschen Staaten beteiligten sich bis zur Annexion der DDR durch die BRD nur indirekt, durch Waffenlieferungen, durch Entsenden von Militärberatern und Ausbildern, sowie mit geheimdienstlichen Operationen an den Kriegen in der Welt. Seit der Annexion der DDR und der Angliederung von Teilen der NVA an die Bundeswehr nimmt diese vermehrt an Kriegseinsätzen im Ausland teil. So beteiligte sich die Bundeswehr am Krieg der NATO gegen Jugo-

slawien, wo sie seit 1999 im Rahmen der KFOR an der Kontrolle des Kosovo beteiligt ist. Von 1995 bis 2012 war Deutschland mit Truppen in Bosnien-Herzegowina an verschiedenen Einsätzen beteiligt. Seit Dezember 2001 ist die BRD mit eigenen Truppen im Afghanistankrieg. Außerdem ist die Bundeswehr an den Kriegen in Mali und Südkurdistan beteiligt.

Zusätzlich zur NATO-Osterweiterung arbeitet die Bundeswehr an einer stärker werdenden Verflechtung der europäischen Armeen. Teil dieser Versuche, ein europäisches Gegengewicht zu den USA zu schaffen, ist der Aufbau des Satellitensystems „Galileo“, das europäischen Armeen Navigation unabhängig vom amerikanischen GPS erlauben soll. EU-Infrastrukturprojekte werden militärischen Anforderungen angepasst, Brücken und Straßen bei Modernisierungen für die großen und schweren NATO-Panzer ausgelegt. Außerdem arbeitet man im Bereich der Marine enger zusammen, u.a. mit anderen EU-Staaten im Mittelmeer, sowie vor dem Horn von Afrika. Auch in Afrika nimmt die Bundeswehr häufiger an Militäreinsätzen teil.

In ihrer Selbstdarstellung gibt sich die Bundeswehr das Bild einer demokratischen Armee, die treu die Verfassung schützt und für den Frieden in der Welt kämpft. Dabei sieht die Realität deutlich düsterer aus. Immer wieder gibt es Verbindungen von Bundeswehrangehörigen zu rechten Terrorist*innen. Die Affäre um den Offizier Franco Albrecht ist nur das jüngste Beispiel für offene NS-Verherrlichung. Auch früher schon waren Bundeswehr und die ebenso aus Nazibehörden hervorgegangenen Geheimdienste in neonazistische Machenschaften verwickelt. Es ist Fakt, dass eine sogenannte NATO-Stay-Behind-Organisation (SBO) in Deutschland existierte. Dies ist durch mehrere Bundesregierungen bestätigt worden.

Außerdem hatte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR Teile der Strukturen ermittelt. Unklar ist, wie diese SBO in die rechtsextreme und neonazistische Szene Westdeutschlands verstrickt war. Ein bekanntes Beispiel sind die Wehrsportgruppen, insbesondere die WSG Hoffmann, in denen Neonazis sich bis in die 80er auf einen eventuellen Bürgerkrieg vorbereiteten und auf deren Konto diverse Morde, sowie der Bombenanschlag auf das Oktoberfest 1980 gehen. Die Geschichte der NATO-SBO in Deutschland ist unvollständig aufgeklärt.

Außerdem versucht die Bundeswehr, sich als ein normaler Arbeitgeber darzustellen, der lediglich ein wenig mehr Aufregung verspricht. Seit Aussetzung der Wehrpflicht wirbt die Bundeswehr mit einer massiven Propagandakampagne um Rekrut*innen. Insgesamt soll die Bevölkerung darauf eingestellt werden, dass von Deutschland aus in Zukunft noch mehr Kriege geführt werden. Ein weiterer Aspekt der Militarisierung ist die Umwandlung der Polizei zu einer Bürgerkriegsarmee.

Neben neuen Spezialeinheiten, die zusammen mit der Bundeswehr trainieren, werden auch die Streifenpolizist*innen mit immer mehr, teils militärischer Ausrüstung versorgt. Mittlerweile führt z.B. jeder Streifenwagen vollautomatische Maschinenpistolen im Kofferraum mit. Auch die Polizei ist an Auslandseinsätzen beteiligt. Die Einsätze reichen von Ermittlungen über Ausbildungsmissionen bis hin zu Spezialeinsätzen in Kooperation mit militärischen Einheiten.

Quellen:

Fischer, Fritz (1979) „Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945“

Lenin, Wladimir Iljitsch (1908) „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“

Von Bülow, Bernhard (1930) „Denkwürdigkeiten“, 2. Bd.; Berlin



Frans Masereel (1946) aus: „Remember!“

Alle Macht den Räten!

/ Radikale Linke Berlin (RLB)

Im letzten Teil der Broschüre wollen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, inwiefern der Räte-Gedanke auch heute noch Aktualität besitzt. Diese Frage stellt sich vor allem für unser Wirken in Berlin und den Rest der Bundesrepublik, denn darüber hinaus existieren vielfältige Formen der Organisierung in Räten mit revolutionärer Perspektive. Blicken wir auf die Selbstverwaltungsstrukturen Rojavas, die in Brasilien entstehenden Komitees gegen den Faschismus, die Dorfkommunen in maoistisch kontrollierten Gebieten Indiens, die „consejos comunales“ in Venezuela oder die „Räte der Guten Regierung“ in den autonomen Gemeinden in Chiapas/Mexico, so finden wir Räteansätze in der einen oder anderen Form in zahlreichen Ländern.

Hierzulande sehen wir uns seit Jahrzehnten einer anhaltenden organisatorischen, wie ideologischen Schwäche der radikalen Linken ausgesetzt. Der Rückzug in subkulturelle Zusammenhänge, die Übernahme bürgerlicher und neoliberaler Werte, wie dem Wunsch nach individueller Selbstverwirklichung in Karriere und Familie oder eine Herrschaftskritik, die jede Form der individuellen Verantwortung für die Gesellschaft verneint - dies alles ist darauf ausgelegt, eine Trennungslinie zwischen der radikalen Linken (der „Szene“) und dem Rest der Gesellschaft zu ziehen. Diese Politik war folgenreich für mehrere Generationen linker Aktivist*innen.

Mit dem Niedergang der weltweiten Anti-Globalisierungsbewegung und der Antifa-Bewegung hierzulande begann eine neue Phase der Reflexion und Kritik an der Praxis der radikalen Linken. Verschiedene Debatten und Kongresse - wie jene um den „Selber-Machen Kongress“ oder die Diskussion um „Neue Klassenpolitik“ bzw. um Internationalismus im Zuge der Kurdistan-Solidarität - drehten sich um die entscheidende Frage, welche strategischen Ziele in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten vielversprechend erscheinen.

Im gleichen Zeitraum richtete sich ein starker Fokus auf internationale Entwicklungen. Ausgehend von der Occupy-Bewegung, den Gezi-Protesten, dem Tahrir in Kairo oder den Protesten in Folge der Krise in Südeuropa verfolgten wir die Bildung von lokalen Versammlungen, Assambleas und Kommissionen während der Proteste. Diese formulierten weit über den eigentlichen Ursprung der Proteste hinaus vielfältige Forderungen und Vorschläge für einen gesellschaftlichen Wandel. Sie stellten im Keim basisdemokratische Formen der Selbstverwaltung dar.

Spätestens seit dem aufopferungsvollen Kampf der kurdischen Bewegung gegen die Banden des sogenannten „Islamischen Staats“ im nordsyrischen Kobane setzten wir uns auch intensiver mit der Ideologie der kurdischen Bewegung auseinander. Im Streben nach einer „demokratischen Moderne“ baut diese Bewegung in allen vier Teilen Kurdistans rätedemokratische Strukturen auf Grundlage des „demokratischen Konföderalismus“ auf.

Konzepte, die im Nahen Osten oder Mittelamerika ganz gut funktionieren, können wir indes nicht einfach kopieren. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Kurdistan sind anders als die hiesigen. Dass es wesentlich erfolversprechender ist, mit der Gesellschaft und nicht gegen sie zu kämpfen, lässt sich aus diesen Erfahrungen allerdings ableiten. Auch diese Erkenntnis nahmen wir und viele andere zum Ausgangspunkt, um die eigene politische Arbeit kritisch zu hinterfragen.

Nun reicht es aber nicht aus, allen zu erklären, dass die neoliberalen Erzählungen vom „Ende der Geschichte“ und der Alternativlosigkeit zum bestehenden wirtschaftlichen System Lügen sind, und dass es durchaus funktionierende Gesellschaftsmodelle unter anderen Vorzeichen gibt. In langwieriger, kleinteiliger Basisarbeit müssen wir unsere Prinzipien von Kollektivität, Solidarität, Freiheit und Gleichheit selbst neu erlernen und schrittweise in der Gesellschaft verankern.

Diese Arbeit beginnt dort, wo wir leben und arbeiten. Wir müssen uns selbst, genauso wie alle um uns herum, als Adressat*innen unserer politischen Arbeit betrachten. Erst dann, wenn wir selbst auf das vertrauen und ernst nehmen, wofür wir kämpfen und

wenn wir bereit sind, persönliche Risiken einzugehen, wird es möglich sein, dass auch andere Vertrauen in unsere Strukturen und Ideen haben.

Der erste Schritt beim Aufbau in der Basis verankerter Strukturen besteht in der Schaffung einer Initiativkraft für den entsprechenden Kiez oder Betrieb. Diese (oftmals zunächst aus wenigen, aber politisch bewussten Aktivist*innen bestehende) Gruppe hat die Aufgabe, die Themen, die für die Bevölkerung relevant sind, aufzugreifen und zu politisieren. In einem weiteren Schritt sammelt diese Gruppe alle, die in dieselbe Richtung wollen, um sich und arbeitet in lokalen Initiativen mit. Entscheidend ist, herauszufinden, welche Themen die wirklich massentauglichen sind. Da mag es in einem Gebiet um Gentrifizierung gehen, im anderen um Antifaschismus oder Arbeitskampf.

Gleichzeitig müssen wir bestehende Infrastruktur öffnen und umgestalten oder neue schaffen. Die Häuser, Ladenlokale, Sporthallen, die wir betreiben, müssen ansprechend sein für alle und eine Atmosphäre ausstrahlen, die anzieht. Sie müssen zu allgemeinen Treffpunkten der Nachbarschaft, der Streikenden, der Studierenden, der Jugend werden.

Darüber hinaus ist ein Bildungsprogramm entscheidend. Unsere Erfahrung in den Teilbereichskämpfen zeigt: Ohne eine allgemeine Politisierung bleiben die Menschen nach dem Kampf, der sie konkret betrifft, wieder weg. Ihre Aktivitäten dehnen sich nicht auf andere Gebiete aus. Weltanschauliche Bildung ist hier das zentrale Werkzeug, um vom Kampf um die eigene Wohnung, den eigenen Lohn usw. zur Ablehnung von Staat und Kapital im Allgemeinen weiter zu kommen.

Das Ziel der Initiativkraft ist die Schaffung der Kommune im Stadtteil oder Betrieb. Die „Kommune“ ist ein durchaus populärer Begriff, der beschreibt, dass schon auf dieser Ebene alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kollektiv organisiert werden. Um nicht alle Fragen gemeinsam besprechen zu müssen, könnten sich Kommissionen mit spezifischen Problem- oder Aufgabenbereichen bilden. Denkbar sind unter anderem Kommissionen zu Bildung, Frauen*organisation, Reproduktion, Arbeit oder Selbstverteidigung.

All diese Entwicklungen werden früher oder später staatliche Reaktionen hervorrufen. Nicht ohne Grund wurden alle rätedemokratischen Ansätze, in Deutschland wie international, erbittert durch Staat und Kapital bekämpft und letztendlich meist zerstört. Verständlich erscheint deshalb auch, welche zentrale Rolle die Guerilla innerhalb der kurdischen bzw. zapatistischen Bewegung einnimmt.

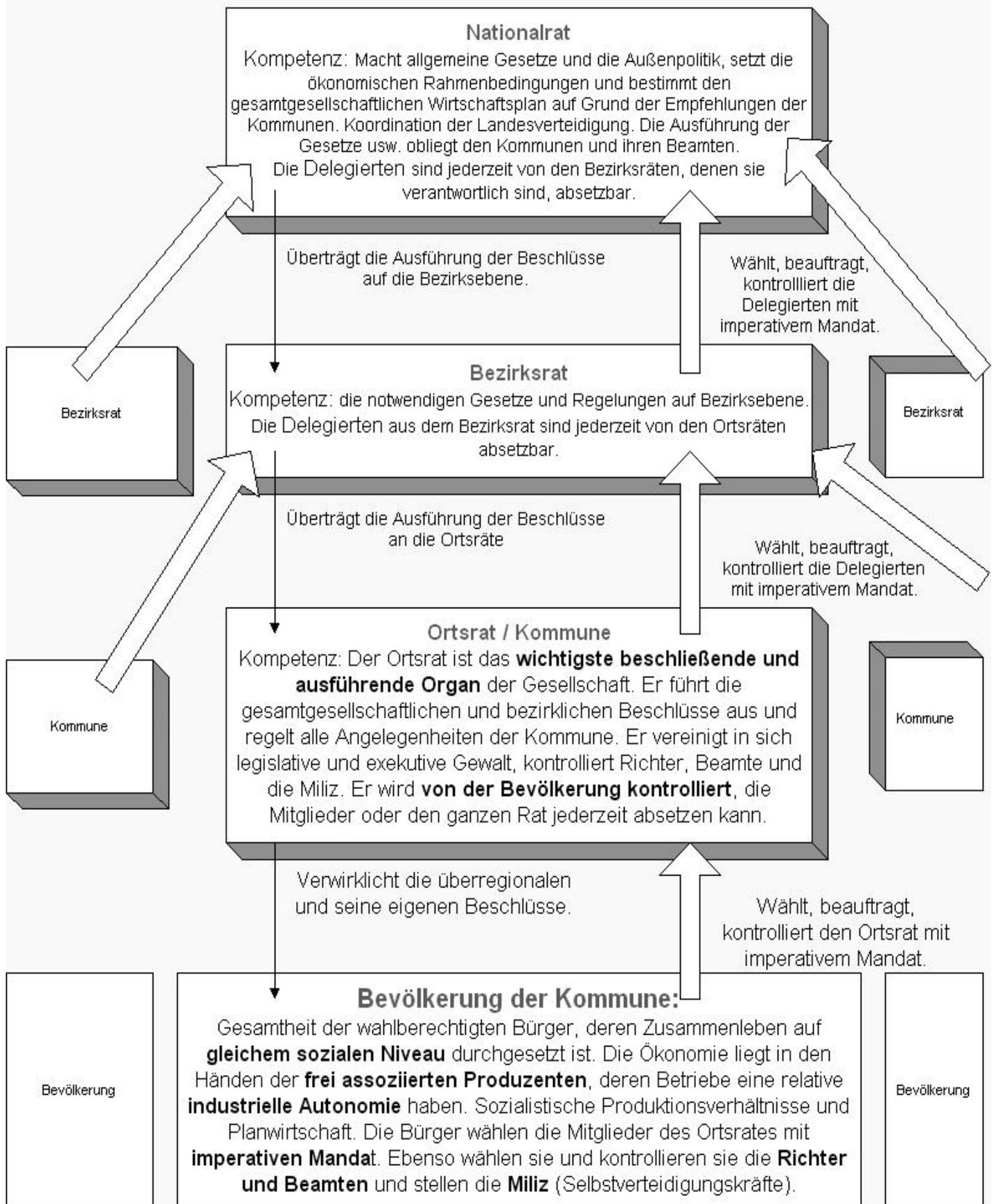
In der BRD bedarf es unserer Meinung nach deshalb einer erneuten Auseinandersetzung über die Rolle des Antifaschismus. Wir begreifen Antifaschismus als Teil der organisierten Selbstverteidigung der Gesellschaft. Antifaschismus als politische Strategie ist also durchaus sehr notwendig, bietet aber allein keine revolutionäre Perspektive, sondern kann lediglich Bestandteil der Räte sein. Wer Antifaschismus vom Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative trennt, rutscht immer häufiger ab in eine Verteidigung des Bestehenden und der „kleineren Übel“.

Die einzelnen Kommunen können letztlich allerdings keine gesamtgesellschaftlichen Veränderungen bewirken, wenn sie isoliert und unverbunden bleiben. Deshalb braucht es ihren Zusammenschluss, ihre Vereinigung zunächst auf Ebene der Stadt, dann überregional (bundesweit, europaweit, weltweit).

Parallel zum Aufbau dieser Kommunen als Koordination lokaler Gegenmacht braucht es eine überregionale, letztlich internationale Koordination dieser Kommunen. Ein Delegiertensystem mit imperativen Mandat und im Rotationsprinzip hat dabei eine Schlüsselrolle. So ist grundlegend sichergestellt, dass alle Entscheidungsgewalt in der Basis verbleibt. Klar ist, dass überregionale Koordinierung ohne lokale Verankerung keinen Sinn ergibt. Danach sollten dann auch die Prioritäten gesetzt werden.

Zentrales Ziel all dieser Überlegungen bleibt, dass wir eine handlungsfähige radikale Linke aufbauen, die nach internationalistischen, klassenkämpferischen, anti-patriarchalen und sozial-ökologischen Grundsätzen handelt. Eine solche wäre die Grundlage für eine soziale Revolution in der BRD.

Die Idee der Räte Demokratie



Parlamentarismus - Räte Demokratie

Form bürgerlicher Herrschaft / Privateigentum an Produktionsmitteln - Organisationsform des Sozialismus / Sozialisierte PM
Gewaltenteilung von Institutionen - Machtkontrolle von unten durch das Volk bzw. seine Delegierten / imperatives Mandat
Machtschwerpunkt: zentrale Regierung - Machtkonzentration in der Kommune
Staatapparat von Gesellschaft getrennt / Beamte unkündbar - Einheit von Gesellschaft und ihrer Organisation / Beamte kündbar
Volk hat periodischen Einfluss durch Wahlen - direkte Demokratie: Volk kann jederzeit Abgeordnete abwählen

Chronik der Ereignisse

1914 - 1919

1914

28.06.1914

Der junge Bosnier Gavrilo Princip erschießt den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie. Dies gilt als Auslöser für den Krieg, in den die imperialistischen Staaten Europas bis Anfang August die Welt stürzen. Dieser Erste Weltkrieg kostete ca. 20 Millionen Menschenleben.

04.08.1914

Der deutsche Reichstag ermöglicht durch die Bewilligung von Kriegskrediten den Krieg. Auch die SPD-Fraktion stimmt geschlossen für die Bewilligung und begründet damit die während des Krieges geltende „Burgfriedenspolitik“. Diese beinhaltete z. B. während des Krieges keine Arbeitskämpfe durchzuführen u.ä.

05.08.1914

Linke SPD-Mitglieder gründen die „Gruppe Internationale“, die sich ab 1916 „Spartakusgruppe“ und ab 1918 „Spartakusbund“ nennt.

02.12.1914

Bei einer weiteren Abstimmung schert Karl Liebknecht aus der „Burgfriedenspolitik“ aus und stimmt öffentlich mit „Nein“. Zuvor hatte er sich noch der Fraktionsdisziplin gebeugt.



1915

18.02.1915

Rosa Luxemburg tritt aufgrund der Verurteilung für eine politische Rede eine einjährige Haftstrafe an. Später wird diese in „Schutzhaft“ umgewandelt, so dass sie bis zum 08.11.1918 fast ununterbrochen im Gefängnis saß.

1916

12.01.1916

Karl Liebknecht wird aus der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen. Otto Rühle tritt daraufhin freiwillig aus dieser aus. 18 weitere Fraktionsmitglieder werden im März ausgeschlossen, als sie einem „Notetat“ der Regierung die Zustimmung verweigerten. Sie schließen sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) zusammen.

01.05.1916

Auf der Maidemonstration auf dem Potsdamer Platz agitiert Liebknecht gegen Krieg und Regierung und wird daraufhin (bis zum 23.10.1918) verhaftet.



1917

08.03.1917

Beginn der Februarrevolution in Russland (nach julianischem Kalender 23.02.1917).

06.04.1917

Sozialdemokratische Kriegsgegner gründen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Neben der revolutionären Linken um den Spartakusbund gehören ihr auch Zentrist_innen wie Karl Kautsky und Reformist_innen wie Eduard Bernstein an.

April 1917

In den Aprilstreiks oder sogenannten Brotstreiks protestieren in vielen Städten vor allem Frauen gegen die immer schlechter werdende Lebensmittelversorgung.

07.11.1917

Oktoberrevolution in Russland (jul. Kalender 25.10.1917).

1918



28.01.–03.02.1918

Der Streik von beinahe einer Million Menschen mit Schwerpunkt in Berlin (sogenannter Januarstreik), bringt Teile der Rüstungsindustrie zum Stillstand. Er wird hauptsächlich von den revolutionären Ob-leuten getragen.

29.09.1918

Die OHL (Oberste Heeresleitung) gesteht die mili-tärische Niederlage ein und empfiehlt Waffenstill-standsverhandlungen und aus Opportunitätsgründen eine Parlamentarisierung.

03.10.1918

Der liberale Prinz Max von Baden wird zum Reichs-kanzler ernannt. Am nächsten Tag bildet er eine neue Regierung, an der erstmals auch Sozialdemokraten beteiligt sind.

27.10.1918

Admiral Scheer genehmigt einen Befehl zum Aus-laufen der Flotte, die in einem letzten Seegefecht in einen „glorreichen“ Untergang geschickt werden sollte. Es kommt zu ersten Befehlsverweigerungen.

03.11.1918

Bei einer Demonstration der Matrosen werden meh-rere dieser von einer Patrouille erschossen. Der Pro-test weitet sich zu einem offenen Aufstand aus und schwappt in den nächsten Tagen von Kiel auf das gesamte Reichsgebiet über.

08.11.1918

In München wird das Königreich Bayern abgeschafft und der Freistaat Bayern ausgerufen. Kurt Eisner (USPD) wird ihr Ministerpräsident.

09.11.1918

In Berlin kommt es zu Streiks und Demonstrationen. Max von Baden erklärt eigenhändig die Abdankung des Kaisers und überträgt die Regierung an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert. Es kommt zur doppelten Proklamation der Republik durch Schei-demann („deutsche Republik“) und Liebknecht („freie sozialistische Republik“).





10.11.1918

Die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wählt als oberste Regierungsinstanz den Rat der Volksbeauftragten (3 SPD, 3 USPD, Vorsitzender Friedrich Ebert) sowie den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte als kontrollierende Instanz.

11.11.1918

Der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente wird unterzeichnet.

30.11.1918

Der Rat der Volksbeauftragten beschließt die Einberufung einer Nationalversammlung. Der Reichsrätekongress bestätigt diesen Schritt am 19.12.1918. Damit ist faktisch die Entscheidung zu Ungunsten einer sozialistischen Räterepublik gefallen.

23.12.1918

Friedrich Ebert befiehlt den Abzug der Volksmarine-division aus der Stadt. Diese verweigert jedoch den Befehl (auch da noch Lohn ausstand) und besetzt stattdessen das Berliner Stadtschloss. Die Regierung schickt Truppen um gegen die Matrosen vorzugehen. Es kommt am 24.12.1918 zu den sogenannten Weihnachtskämpfen.

30.12.1918 – 01.01.1919

Gründungsparteitag der KPD. Sie rekrutiert sich zu Beginn v. a. aus dem Spartakusbund und den Internationalen Kommunisten Deutschlands. Die revolutionären Obleute verbleiben in der USPD.

1919

04.01.1919

Die Regierung entlässt den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Am nächsten Tag kommt es zu Massendemonstrationen.

09.01.1919

Der Januaraufstand wird von rechten Freikorps (unter Bewilligung der Regierung) blutig niedergeschlagen.

15.01.1919

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg werden verhaftet, misshandelt und von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Einwilligung von Gustav Noske (SPD) ermordet.





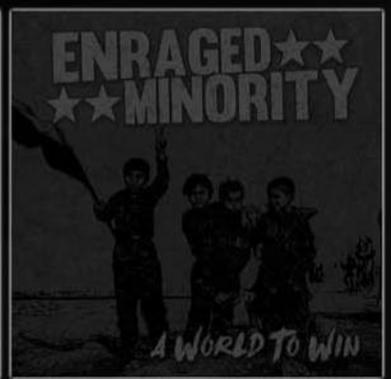
FFM062 SHARP CUT
"Trouble From The Streets" 12"/CD
Leipzig RASH'n'Roll.



FFM060 BULL BRIGADE/NON SERVIUM
"The Chaos Brotherhood" 10"
Antifa Oi-Core Clash of the Titans.



FFM058 VARIOUS ARTISTS
"Red Skins Over Leipzig" EP
10 Years RASH LE Compilation.



FFM057 ENRAGED MINORITY
"A World To Win" LP/CD
Classwar Streetpunk better than ever.



FFM056 DOCNEST
"Born To Be Riot" LP
Riot Rap straight outta St. Pauli.



FFM055 MOSCOW DEATH BRIGADE
"Boltcutter" LP/CD
Circle Pit Hip-Hop next level.



FFM054 WHAT WE FEEL/MISTER X
"All Against All" Split 12"/CD
East Europe AFA HC & Streetpunk Connexion.



FFM053 DROWNING DOG & MALATESTA
"Sick Of This Shit" 12"
Anarchist Electro Rap Dream-Team.



WWW.FIREANDFLAMES.COM

STREETSHOP: Mo./Mi./Fr. 12-17 Uhr / Kaiserstr. 31b, Kiel - Gaarden



Berlin | November 2018